



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht September 2019



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Stand

30. August 2019

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, 60386 Frankfurt

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Bildnachweis

Freepik / S. 22

iStock

EmirMemedovski / S. 20

Grafner / S. 24

onurdongel / S. 5

peeterv / S. 28

Getty Images

Ian Lishman / S. 16

MirageC / S. 34

Nils Hendrik Mueller / S. 12

Kugler / Bundesregierung / S. 2

Shutterstock/ aguiters / S. 9

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Referat Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721

Bestellfax: 030 18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Aufruf für eine zukunftsorientierte EU-Mittelstandspolitik	5
Neue Regeln für Ökodesign und Energielabel	6
Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	8
Grafik des Monats	9
Überblick über die wirtschaftliche Lage	10
Wertschätzung – Stärkung – Entlastung Eckpunkte der Mittelstandsstrategie	12
Mitarbeiterkapitalbeteiligung Ein Win-win-Instrument für Unternehmen und Beschäftigte	20
Finanztransfers des Bundes – Bedeutung für gesamtstaatliche Investitionen	24
Die pan-afrikanische Freihandelszone AfCFTA – der Weg zu einem integrierten, aufstrebenden und friedlicheren Afrika?	28
Zwerge mit riesiger Verantwortung Warum die Mikroelektronik für Europa so wichtig ist	34
II. Wirtschaftliche Lage	39
Internationale Wirtschaftsentwicklung	40
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	42
Anhang: Übersichten und Grafiken	53
Verzeichnis der Artikel der letzten 12 Ausgaben	84

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Mittelständische Unternehmen tragen das Wachstum und legen die Grundlage für den Wohlstand in unserem Land: Als Innovationsmotor prägen sie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und bilden das Rückgrat der guten Arbeitsmarktentwicklung in der letzten Dekade. Deutschland ist wie kaum eine andere Volkswirtschaft von einem starken und wertorientierten Mittelstand geprägt.

Auf meiner Mittelstandsreise Ende August habe ich zahlreiche Gespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern geführt. Ich konnte mich dabei vor Ort von der Innovationskraft und dem Ideenreichtum gerade in kleinen und mittleren Unternehmen überzeugen. Doch wir haben zugleich über Herausforderungen für den deutschen Mittelstand gesprochen – Digitalisierung und Fachkräftemangel ebenso wie die Lasten aus Bürokratie, Steuern und Abgaben. Wenn unser Mittelstand auch in Zukunft vital und stark sein soll, müssen wir hier etwas tun.

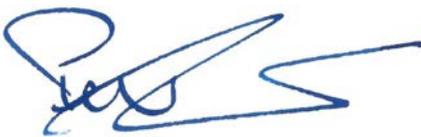
Ich habe daher Eckpunkte für eine umfassende Mittelstandsstrategie vorgelegt, die Sie in dieser Ausgabe der Schlaglichter finden. Ziel dieser Mittelstandsstrategie, die ich in den nächsten Wochen mit den Stakeholdern aus den Eckpunkten entwickeln werde, wird es sein, die starke Stellung des Mittelstands im nationalen und internationalen Wettbewerb auch in Zukunft sicherzustellen. Dabei geht es um Wertschätzung, Stärkung und Entlastung. Kernstück ist eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wir müssen die Unternehmen von Steuern und Abgaben entlasten, den Bürokratieabbau entschieden angehen sowie für mittelstandsfreundliche Energiepreise und gute Finanzierungsmöglichkeiten sorgen. Darüber hinaus enthalten die Eckpunkte zahlreiche Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, den Mittelstand bei Digitalisierung und Innovationen zu unterstützen und arbeitsrechtliche Regelungen flexibler zu gestalten.

Um dem Querschnittscharakter der Mittelstandspolitik gerecht zu werden, soll ein „Staatssekretärsausschuss Mittelstand“ eingerichtet werden, der Vorhaben aller Ressorts auf ihre Mittelstandsverträglichkeit überprüft.

Um auch auf europäischer Ebene starke Akzente in der Mittelstandspolitik zu setzen, hat das Netzwerk der europäischen KMU-Botschafter auf deutsche Initiative einen Aufruf für eine vitale und zukunftsorientierte EU KMU-Politik erarbeitet. Dieser sendet ein deutliches Signal für die gerade begonnene Legislatur an die sich neu konstituierenden Institutionen – das Europäische Parlament und die Europäische Kommission. Hintergründe und Details zur hochrangigen Expertengruppe der Europäischen Kommission und ihrer Arbeit finden Sie in dieser Ausgabe der Schlaglichter.

In dieser Ausgabe berichten wir darüber hinaus über das Thema Mitarbeiterkapitalbeteiligung, die einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens leistet. Ein weiterer Artikel befasst sich mit den Finanztransfers des Bundes und deren Bedeutung für gesamtstaatliche Investitionen. Zudem werfen wir einen Blick auf die neuen Regeln für Ökodesign und Energielabel. Schließlich informieren wir – wie immer – ausführlich über die wirtschaftliche Lage in Deutschland.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche und interessante Lektüre!



Peter Altmaier

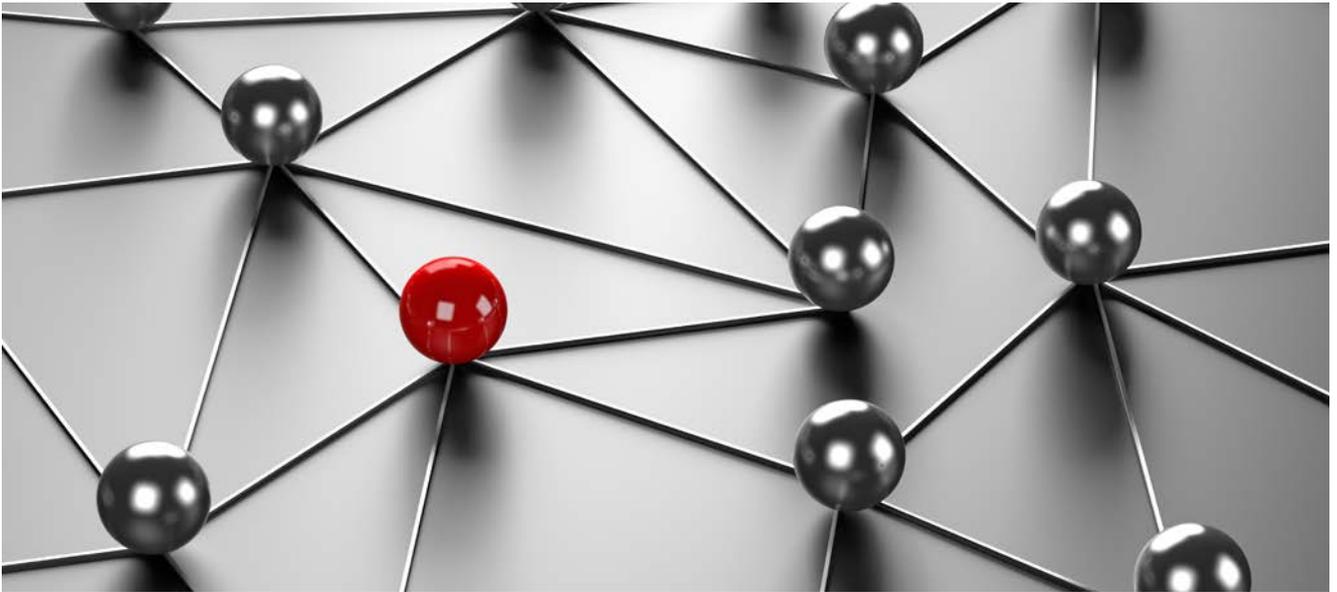
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Aufruf für eine zukunftsorientierte EU-Mittelstandspolitik

Das Netzwerk der europäischen Botschafter für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) hat einen Aufruf für eine zukunftsorientierte EU-Mittelstandspolitik erarbeitet. In diesem fordert es die EU-Institutionen dazu auf, einen neuen politischen Rahmen für mittelständische Unternehmen in der EU zu schaffen.



Das Netzwerk der KMU-Botschafter (das sogenannte SME Envoys Network) hat auf deutsche Initiative einen Aufruf für eine zukunftsorientierte EU-Mittelstandspolitik erarbeitet.

Das Netzwerk der KMU-Botschafter ist eine seit 2011 bestehende hochrangige Expertengruppe der Europäischen Kommission, die sich aus den KMU-Botschaftern der Mitgliedstaaten und Vertretern der wichtigsten europäischen Dachverbände der Wirtschaft zusammensetzt. Den Vorsitz führt die derzeitige EU-Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, Elżbieta Bienkowska. Deutschland wird vertreten durch die Abteilungsleiterin Mittelstandspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Dr. Sabine Hepperle.

Mit seinem „Call of the SME Envoys Network for a vigorous and forward-looking EU policy for small businesses“ vom Juli 2019 möchte das Netzwerk der KMU-Botschafter frühzeitig Akzente für eine vitale und zukunftsorientierte EU-Mittelstandspolitik setzen. Hiermit soll den sich neu bildenden Institutionen – Europäisches Parlament und Europäische Kommission – auch ein deutliches Signal für die gerade begonnene Legislatur gesendet werden.

Die wesentliche Forderung des Netzwerks ist die Schaffung eines modernen politischen Rahmens für mittelständische Unternehmen in der EU – aufbauend auf dem „Small Business Act“ aus dem Jahr 2008 und seither gemachten Erfahrungen. Die Empfehlungen für diesen neuen politischen Rahmen konzentrieren sich auf folgende Bereiche:

1. „Think small first“-Prinzip und bessere Rechtsetzung,
2. Unternehmertum und Innovation,
3. Fachkräftesicherung und Digitalisierung,
4. Zugang zu Finanzierung,
5. Marktzugang (Binnenmarkt, internationale Märkte).

Die rund 23 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Europa spielen eine Schlüsselrolle für Innovationen, Beschäftigung und inklusives Wachstum. Deshalb gilt es, KMU und ihre Bedürfnisse in allen Politikbereichen mitzudenken – dies ist mit dem Leitgedanken „Think small first“ oder „Vorfahrt für KMU“ gemeint. Konkrete Bürokratieabbauziele auch auf Ebene der EU-Kommission, Regulierung mit Augenmaß – beispielsweise im Beihilfe- oder im Bankenbereich – sowie die Förderung von Unternehmertum und

grenzüberschreitenden Gründungsökosystemen sind nur einige der Vorschläge des Netzwerks, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen in Europa zu verbessern. Bei der Digitalisierung kann eine europaweite Dateninfrastruktur den Mittelstand dabei unterstützen, neue digitale Plattformen erfolgreich zu etablieren.

Außerdem fordert das Netzwerk der KMU-Botschafter die Europäische Kommission dazu auf, die EU-Mittelstandspolitik in ihrer künftigen Organisation angemessen zu berücksichtigen. Zudem wirbt es für eine verbesserte öffentliche Kommunikation mittelstandsspezifischer Angebote, Maßnahmen und Informationen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird sich auf europäischer und internationaler Ebene auch weiterhin für zukunftsorientierte, mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen. Dazu sprechen wir aktiv die neue EU-Kommission und die Abgeordneten des Europäischen Parlaments an.

Wie es mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene gestaltet, lesen Sie ab Seite 12 in den „Eckpunkten der Mittelstandsstrategie“.

Sie können den Aufruf des Netzwerks der europäischen KMU-Botschafter unter folgendem Link abrufen: <https://bit.ly/2LWel0O>.

Nähere Informationen zum Netzwerk der europäischen KMU-Botschafter finden Sie unter: <https://bit.ly/2GS5PxM>.

Kontakt: Marion Lemgau
Referat: Grundsatzfragen der nationalen und europäischen Mittelstandspolitik

Neue Regeln für Ökodesign und Energielabel

Energieverbrauchskennzeichnungen und ökologisches Produktdesign sind wichtige Instrumente der Energie- und Klimapolitik. Im Winterhalbjahr 2018/2019 wurde auf europäischer Ebene das bisher größte Maßnahmenpaket zu Ökodesign und zum Energielabel verhandelt. Es soll noch in diesem Herbst in Kraft treten.

Die neuen Anforderungen für die verhandelten Produktgruppen (siehe Kasten) gelten überwiegend ab dem 1. März 2021. Zu diesem Zeitpunkt wird auch das neue Energielabel für Verbraucherinnen und Verbraucher erstmalig im Handel sichtbar sein. Die Europäische Kommission schätzt, dass mit den Neuregelungen ab dem Jahr 2030 europaweit jährlich Energie im Umfang von knapp 260 Terawattstunden eingespart werden kann. Damit leistet das Ökodesign einen wichtigen Beitrag, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig können die deutschen Hersteller die neuen Standards mit vertretbarem Aufwand umsetzen.

Impulse für Energieeinsparungen, Reparierbarkeit und Ressourceneffizienz

In den Verhandlungen spielten auch die Einführung von Anforderungen an die Reparierbarkeit von Elektrogeräten,

insbesondere bei weißer und brauner Ware, sowie die Ressourceneffizienz eine herausgehobene Rolle. Neben zum Teil verschärften Vorgaben für Energieeffizienz müssen Hersteller demnach zukünftig wesentliche Ersatzteile vorhalten. Diese müssen mit gewöhnlich verfügbaren Werkzeugen ausgetauscht werden können. Darüber hinaus sollen Hersteller die zur Reparatur notwendigen Informationen zur Verfügung stellen.

Deutschland konnte in den Verhandlungen mit seinem Konzept überzeugen, das bei den vorzuhaltenden Ersatzteilen zwischen der Verfügbarkeit für Verbraucherinnen und Verbraucher einerseits und für Fachleute andererseits unterscheidet. Dies soll Verbraucherinnen und Verbrauchern verstärkt die Möglichkeit geben, bei ihren elektrischen Produkten einfach auszutauschende Teile selbst zu ersetzen, sie zugleich aber auch vor mit schwierigeren Reparaturen verbundenen Gefahren schützen.

Die Anforderungen bei der Ressourceneffizienz wurden angemessen weiterentwickelt. Von Vorgaben, die die Marktüberwachungsbehörden nicht mehr oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand überprüfen könnten (etwa grammgenaue Angaben enthaltener kritischer Rohstoffe), wurde dabei abgesehen.

Neu geregelte Produktgruppen

Haushaltsgeräte („Weiße Ware“):

Kühl- und Gefriergeräte
Geschirrspüler
Waschmaschinen
Waschtrockner



Information- und Kommunikationselektronik („Graue Ware“): Server



Unterhaltungselektronik („Braune Ware“): elektronische Displays (einschl. TV-Geräte)



Weitere Produkte:

Beleuchtungsmittel Motoren Transformatoren externe Netzteile Schweißgeräte Kühlgeräte mit Direktverkaufsfunktion
(z. B. Supermarkt-Kühlregale)



Eine weitere wichtige Neuerung ist der Austausch von Halogenlampen durch wesentlich effizientere LED-Lampen. Nach Berechnungen der Europäischen Kommission könnten allein dadurch ab 2030 europaweit jährlich bis zu 42 Terawattstunden Energie eingespart werden. Dabei wurde für die am weitesten verbreiteten Lampentypen eine Übergangsfrist bis September 2023 festgeschrieben, um eine ökonomisch und ökologisch vertretbare Umstellung zu gewährleisten.

Neues Energielabel: mehr Klarheit für Verbraucherinnen und Verbraucher

In den Beratungen zum zukünftigen Energielabel hat sich Deutschland erfolgreich dafür eingesetzt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher möglichst aussagekräftige Angaben erhalten. Damit soll ihnen die Entscheidung für energieeffiziente Produkte erleichtert werden. In den Produktgruppen der weißen und braunen Ware sowie bei den Beleuchtungsmitteln beginnt mit dem neuen Energielabel auch der Umstieg von den bisherigen A+++-Klassen zurück zu einer

mit A bis G abgestuften Kennzeichnung. Durch ein neues Design soll es dabei dem Handel und den Verbraucherinnen und Verbrauchern erleichtert werden, das neue vom alten Label zu unterscheiden. Das neue Design geht dabei im Wesentlichen auf deutsche Vorschläge zurück. Die Angabe der Effizienzklasse wird zukünftig in der Werbung, sowohl in Printmedien wie auch im Internet, deutlicher und größer gezeigt. Ebenso ist das Energielabel auf Messen für alle verkaufsbereiten Produkte zu präsentieren.

Insgesamt konnte Deutschland in den Verhandlungen rund um Ökodesign und Energielabel zukunftsweisende Impulse setzen: Sie leisten absehbar einen Beitrag, den Energie- und Ressourcenverbrauch zu senken, und auch die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Unternehmen wurden berücksichtigt.

Kontakt: Sascha Neuendorf, Agnetha Mey
Referat: Industriepolitische Aspekte der Energieversorgung, Energiebesteuerung, Ökodesign

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

September 2019	
05.09.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)
06.09.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)
13.09.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
13.09.	Eurogruppe (Helsinki, Finnland)
13./14.09.	Informeller ECOFIN (Helsinki, Finnland)
24.09.	Energieministerrat
26./27.09.	WBF-Rat
Ende September 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Oktober 2019	
07.10.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)
08.10.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)
09./10.10.	Eurogruppe/ECOFIN
14.10.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
Ende Oktober 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
November 2019	
01.11.	Amtsantritt neue EU-Kommission
06.11.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)
07.11.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)
07./08.11.	Eurogruppe/ECOFIN
14.11.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
21.11.	Handelsministerrat
28./29.11.	WBF-Rat
Ende November 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

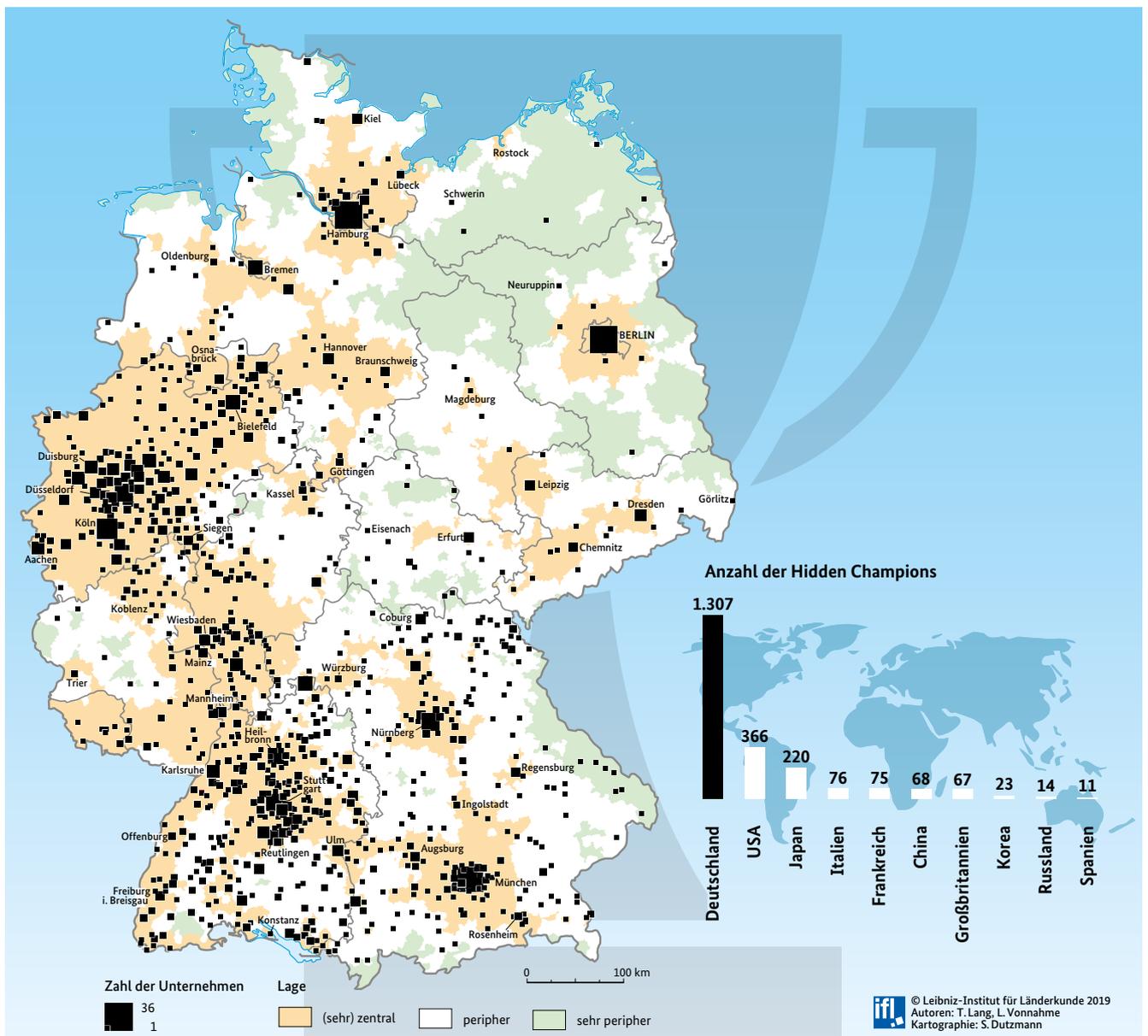
www.bmwi.de/schlaglichter



Grafik des Monats

Unbekannte Weltmarktführer – ein deutsches Phänomen

„Hidden Champions“ im internationalen Vergleich und in Deutschland



Quellen: Grafik übersetzt aus Graffenberger, Martin/Vonnahme, Lukas/Brachert, Matthias/Lang, Thilo (2019): Broadening perspectives: innovations outside of agglomerations. In: Innovation-based regional change in Europe: chances, risks and policy implications. Stuttgart: Fraunhofer Verlag, Seite 47-68. Hermann Simon.

Hidden Champions sind hochspezialisierte, meist inhabergeführte Weltmarktführer in Nischenmärkten. In der Öffentlichkeit sind sie dennoch oft kaum bekannt. Verglichen mit anderen Industrieländern gibt es in Deutschland deutlich mehr solcher Firmen. Auffällig bei der Verteilung der Weltmarktführer innerhalb Deutschlands ist zudem ihre Konzentration auf den ländlichen Raum Baden-Württembergs, Südhessens sowie Teile Bayerns und Nordrhein-Westfalens sowie außerdem die Ballung in Großstädten.

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die gesamtwirtschaftliche Wirtschaftsleistung hat sich im zweiten Quartal geringfügig abgeschwächt. Das globale wirtschaftliche Umfeld mit Handelskonflikten, Brexit und geopolitischen Krisen dämpft den Welthandel und die Weltkonjunktur. Dies trifft die deutsche Industrie. Die Binnenkonjunktur zeigt sich aber robust.
- ▶ Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im Juni zurückgegangen. Im Quartalsvergleich ergeben sich für alle Bereiche Verluste. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind trotz des Zuwachses im Juni im Quartalsvergleich nochmals leicht gesunken.
- ▶ Stützend wirken weiterhin die steigenden Einkommen der privaten Haushalte und die fiskalpolitischen Impulse.
- ▶ Am Arbeitsmarkt wird die schwächere Konjunktur sichtbarer. Der Beschäftigungsaufbau erfolgt in kleineren Schritten, die Arbeitslosigkeit stagniert auf niedrigem Niveau.

Die exportorientierte deutsche Wirtschaft agiert weiterhin in einem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld. Ihr Bruttoinlandsprodukt (BIP) schwächte sich im zweiten Quartal preisbereinigt leicht um 0,1% ab.^{1,2} Nach dem soliden Wachstum im ersten Quartal erbrachte sie dennoch die zweithöchste Wirtschaftsleistung in der Historie der Bundesrepublik. Einem bei rückläufigen Exporten negativen Wachstumsbeitrag des Außenhandels stand eine weiterhin robuste binnenwirtschaftliche Nachfrage gegenüber. Unter der stotternden globalen Wirtschaft leidet weiterhin vor allem das Verarbeitende Gewerbe. Während die mehr binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereiche ihre Wertschöpfung weiter ausweiteten, zeigten sich bei industrienahen Dienstleistungen erste Bremsspuren. Hinzu kam nach dem milden Winterquartal eine schwache Frühjahrsbelebung beim Bau. Die heimische Energieerzeugung wurde angesichts günstigerer Energieimporte zurückgefahren.

Der Ausblick bleibt vorerst gedämpft. Die Handelskonflikte haben sich zuletzt weiter verschärft und die Aussichten auf einen geordneten Brexit nicht verbessert. Vor diesem Hintergrund haben sich die Konjunkturindikatoren abgeschwächt. Der Absatz und die Auftragseingänge in der Industrie sind merklich niedriger als vor einem Jahr und das Geschäftsklima hat sich deutlich eingetrübt. Auf der anderen Seite ist die Binnenkonjunktur, wenn auch nicht gänzlich unbeeindruckt, durchaus weiterhin intakt. Beschäftigung und Löhne steigen und die Geld- und Fiskalpolitik liefert positive Impulse. Ein starker Abschwung ist daher wenig wahrscheinlich, solange nicht weitere massive Störungen von der Weltwirtschaft ausgehen.

Die Weltkonjunktur bleibt angespannt und verhalten. Zwar nahmen im Mai sowohl die globale Industrieproduktion als auch der Welthandel leicht zu, gegenüber dem Vorjahr blieben die Wachstumsraten jedoch niedrig. Das Geschäftsklima der globalen Industrie folgte auch im Juli seinem seit Anfang 2018 abwärts gerichteten Trend. Dabei sank der IHS Markt PMI noch tiefer unter seine Wachstumsschwelle. Das unterkühlte ifo Weltwirtschaftsklima hat sich im dritten Quartal 2019 angesichts der Ballung globaler Risiken weiter eingetrübt. Vor diesem Hintergrund gehen die internationalen Organisationen von einer wenig dynamischen, aber gleichwohl aufwärtsgerichteten weltwirtschaftlichen Entwicklung aus.

Die Flaute des Welthandels schlägt sich auch in den deutschen Ausfuhren nieder: Die Exporte von Waren und Dienstleistungen gingen im Juni saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 1,5% zurück. Für das zweite Quartal 2019 ergab sich ein deutliches Minus von 1,8%. Die Unternehmen gehen laut den ifo Exporterwartungen, die im Juli auf den niedrigsten Stand seit der Finanzkrise gefallen sind, auch für die kommenden Monate von keinem Exportzuwachs mehr aus. Die Importe von Waren und Dienstleistungen sanken im Juni saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 0,1%. Im gesamten zweiten Quartal nahmen sie gegenüber dem Vorquartal um 0,9% ab. Auch preisbereinigt sind die Exporte im dritten Quartal stärker als die Importe zurückgegangen und haben so für einen negativen Wachstumsbeitrag des Außenhandels gesorgt.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe wurde im Juni nach einer Verschnaufpause im Mai weiter zurückgenom-

1 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2019.

2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. August 2019 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

men (-1,5%). Gegenüber dem Vorquartal ergab sich im zweiten Quartal damit ein Rückgang um insgesamt 1,8%. Sowohl das Baugewerbe (-1,1%) als auch die Industrie (-1,7%) verzeichneten hierbei Einbußen. Innerhalb der Industrie waren es der Maschinenbau, die Metallerzeugung und die Kfz-Produktion, die im zweiten Quartal die gewichtigsten Rückgänge verbuchten. Die schwache Frühjahrsbelegung beim Bau war wohl mehr dem hohen Produktionsniveau im Winterquartal und weniger der Konjunktur geschuldet. Zum Rückgang der Energieerzeugung trugen verstärkte Nettoimporte bei. Die Entwicklung von Auftragseingangs- und Stimmungsindikatoren spricht gegenwärtig nicht für positive Impulse seitens der Industrie in den kommenden Monaten. Auch wenn die Auftragseingänge bei umfangreichen Großaufträgen im Juni um 2,5% gestiegen sind, ergab sich doch in der Quartalsbetrachtung ein erneuter Rückgang. Dieser fiel allerdings mit -1,0% merklich geringer aus als noch im ersten Quartal mit -4,2%. Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe trübte sich allerdings im Juli nochmals etwas weiter ein.

Die privaten Konsumausgaben sind daher eine noch wichtigere Stütze der binnenwirtschaftlichen Entwicklung. Sie dürften im zweiten Quartal allerdings etwas weniger dynamisch zugelegt haben als im konsumstarken ersten. So erhöhten sich die Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz im zweiten Quartal lediglich um 0,4%, trotz eines starken

Anstiegs im Juni. Auch die Neuzulassungen von Pkw bei privaten Haltergruppen fielen im zweiten Quartal nach den Nachholeffekten im ersten etwas bescheidener aus. Das Geschäftsklima im Einzelhandel ist zwar per Saldo positiv und noch deutlich günstiger als im langjährigen Durchschnitt. Es hat sich aber seit Herbst vergangenen Jahres kontinuierlich eingetrübt.

Der Beschäftigungsaufbau setzte sich im Juni mit gedrosselter Dynamik fort. Der saisonbereinigte Zuwachs der Erwerbstätigkeit lag nur bei 8.000 Personen, einen geringeren Zuwachs gab es zuletzt vor drei Jahren. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies in Ursprungszahlen aber immer noch einen Anstieg um 410.000 Personen. Auch der Anstieg bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um saisonbereinigt 20.000 Personen hat sich im Mai merklich abgeschwächt. Die Konjunkturabkühlung zeigt sich vor allem im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung, wo der Personalbestand von April auf Mai um 12.000 Mitarbeiter zurückging. Die Arbeitslosigkeit stagnierte im Juli saisonbereinigt nahezu (+1.000 Personen) auf niedrigem Niveau, in Ursprungszahlen nahm sie mit Beginn der Sommerferien um 59.000 Personen auf knapp 2,3 Millionen zu. Bei der Unterbeschäftigung zeigte sich per Saldo ebenfalls kaum Bewegung. Die Frühindikatoren lassen erwarten, dass sich der gemäßigte Beschäftigungsaufbau bei leicht steigender Arbeitslosigkeit fortsetzt.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut.

Wertschätzung – Stärkung – Entlastung

Eckpunkte der Mittelstandsstrategie



Ausgangslage

Deutschland ist Mittelstandsland. Mehr als 99 Prozent der Unternehmen zählen zum Mittelstand. Er stellt über 80 Prozent der Ausbildungs- und knapp 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Der Mittelstand ist vielfältig: Er umfasst traditionsreiche große Familienunternehmen im ländlichen Raum, Handwerksbetriebe, Freiberufler und Selbständige, Start-ups und überproportional viele „Hidden Champions“ – heimliche Weltmarktführer in Nischenmärkten. Diese Vielfalt ist eine seiner Stärken. Sie trägt maßgeblich zur Robustheit und Agilität unserer Wirtschaft bei. Ein starker Mittelstand bedeutet auch eine starke Wirtschaft.

Der Mittelstand steht für Verantwortung. In eigentümergeführten Unternehmen sind unternehmerische Verantwortung und Haftung regelmäßig in einer Hand. Unternehmerisches Risiko wird unter Einsatz eigenen Kapitals übernommen, um für Investitionen, Wachstum, Arbeitsplätze, Ausbildung und Wohlstand zu sorgen. Durch Unternehmenssteuern und Sozialabgaben werden erhebliche Beiträge für staatliche Investitionen in Infrastruktur und leistungsfähige Sozialsysteme geleistet. Ohne den Mittelstand wäre unser Gemeinwesen nicht finanzierbar. Der Mittelstand zeichnet sich durch eine hohe Standorttreue und Beständigkeit aus, die zu einer hohen Mitarbeiterbindung führt.

Die Verwurzelung in den Regionen geht häufig mit einem großen gesellschaftlichen Engagement einher und trägt damit wesentlich zur Attraktivität ländlicher Räume bei. Mittelständler spielen vor Ort eine bedeutende soziale, gesellschaftliche und kulturelle Rolle. Eigentümergeführte Unternehmen und Familienunternehmen denken nicht in Quartalen, sondern in Generationen. Sie sind damit Beispiel für gelebte Nachhaltigkeit. Die Bedeutung des Mittelstands für unser Land lässt sich nicht allein mit volkswirtschaftlichen Kennzahlen beziffern, sein Beitrag für unsere Gesellschaft geht weit darüber hinaus.

In der Öffentlichkeit wird die Leistung und Verantwortung des Mittelstandes für unser Gemeinwesen unterschätzt und vielfach nicht ausreichend gewürdigt. Dies führt dazu, dass die Belange des Mittelstandes häufig unberücksichtigt bleiben, was zu überbordender Regulierung und immer neuen Berichtspflichten führt. Dadurch fühlen sich viele Unternehmer missachtet und entmutigt. Mit unserer Mittelstandsstrategie stoßen wir deshalb auch einen gesellschaftspolitischen Diskussionsprozess an, der zu einem angemessenen, wertschätzenden Umgang mit dem Mittelstand führen soll.

Das wirtschaftliche Umfeld auf den nationalen und globalen Märkten verändert sich. Der demografische Wandel führt zu Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel. Die Digitalisierung und die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz verändern Geschäftsmodelle und verteilen die Chancen im Wettbewerb neu. Der Klimawandel führt zu einem Umdenken in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Darüber hinaus stellen veränderte Rahmenbedingungen im Ausland, darunter ein zunehmender, zum Teil staatlich beeinflusster Wettbewerb, den Mittelstand vor neue Herausforderungen.

Mit der Mittelstandsstrategie wollen wir die mittelständischen Unternehmen und Betriebe dabei unterstützen, die wirtschaftlichen Herausforderungen zu meistern und ihre starke Stellung im nationalen und im internationalen Wettbewerb auch in den nächsten Jahren zu behaupten und auszubauen. Die Strategie soll dazu beitragen, dass der Mittelstand auch in konjunkturellen Schwächephasen robust und der Stützpfeiler der Wirtschaft bleibt, der er immer war. Sie enthält Maßnahmen, die kurzfristig greifen, aber auch solche, die langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands sichern sollen. Dabei setzen wir vor allem auf klare, konsistente und stabile Rahmenbedingungen, ergänzt durch passende Förderung. Damit geben wir den Unternehmen Flexibilität und Freiheit, damit sie für die Zukunft gut gerüstet sind und ihre innovative Kraft optimal entfalten können.

I. Rahmenbedingungen verbessern

Wir setzen uns dafür ein, dass der Mittelstand bei Steuern, Abgaben und Bürokratie entlastet wird; zudem müssen wir eine sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten. Genauso wichtig ist die Schaffung eines investitions- und innovationsfreundlichen Umfelds, das Flexibilität ermöglicht, Forschung honoriert und die Digitalisierung in die Breite des Mittelstands trägt.

Steuern und Abgaben

- Der **Solidaritätszuschlag** muss schrittweise vollständig abgeschafft werden – ein konkretes Enddatum ist zwingend festzulegen. Außerdem sollte ein Freibetrag die Freigrenze ersetzen, damit alle Zahler des Solidaritätszuschlags, auch der Mittelstand, kurzfristig zumindest teilweise von der Ergänzungsabgabe entlastet werden.
- Es ist erforderlich, stärkere **steuerliche Anreize** für private Investitionen, Wachstum und Beschäftigung zu setzen. Damit sichern wir gleichzeitig die **steuerliche Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Wirtschaft im internationalen Umfeld – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Steuerreformen in den USA, Großbritannien und Frankreich.
- Es bedarf einer **umfassenden Unternehmenssteuerreform** zur mittelstandsfreundlichen Ausgestaltung des Steuerrechts, mit der die **Steuerbelastung auf einbehaltene Unternehmensgewinne auf 25 Prozent** gesenkt wird.
- Zu einer solchen Unternehmenssteuerreform gehören u. a. Maßnahmen wie weitere **Verbesserungen und Entlastungen bei der Thesaurierungsbegünstigung** für Personenunternehmen, die Einführung eines **Optionsmodells** für Personengesellschaften zur Körperschaftbesteuerung, die **Verbesserung der Gewerbesteueranrechnung bei der Einkommensteuer und deren Einführung bei der Körperschaftsteuer**, die **Anpassung der Hinzurechnungsbesteuerung und der Wegzugsbesteuerung** im Außensteuerrecht, **marktnähere steuerliche Zinssätze**, **zeitnahe Betriebsprüfungen** sowie die **Verbesserung der Abschreibungsbedingungen** (u. a. für digitale Innovationsgüter).
- Für mehr Planungssicherheit muss der steuerpolitische Grundsatz „keine Steuererhöhungen“ gelten. Hierfür wollen wir einen „Steuerdeckel“ einführen, um die

Steuerbelastung von Personenunternehmen auf maximal 45 Prozent zu begrenzen.

- Bei der Substanzbesteuerung werden wir uns für eine **schrittweise Reduzierung der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung** mit dem Ziel ihrer Abschaffung einsetzen; eine Wiedererhebung der **Vermögensteuer lehnen wir ab**.
- Wir wollen die **Sozialabgaben bei 40 Prozent** deckeln.
- Die hohen Reserven in der **Arbeitslosenversicherung** müssen für eine weitere **Absenkung des Beitragssatzes** genutzt werden.
- Die **Datenschutzgrundverordnung** wird insbesondere von vielen mittelständischen Unternehmen als bürokratische Belastung empfunden. Wir werden uns für eine Überarbeitung auf europäischer Ebene einsetzen, bei der die Belange des Mittelstands besonders berücksichtigt werden. In einem ersten Schritt muss dazu auf nationaler Ebene die Schwelle für die **Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten auf 50 Beschäftigte** angehoben werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die bürokratischen Belastungen durch die sog. „**A1-Bescheinigung**“ bei Dienstreisen in das EU-Ausland reduziert werden.

Bürokratieabbau

- Mittelständische Unternehmen und Betriebe werden durch unnötige Bürokratie besonders stark belastet. Die Reduzierung von bürokratischen Lasten ist eine Daueraufgabe, der die gesamte Bundesregierung verpflichtet sein muss. Herzstück eines umfassenden Bürokratieabbaus müssen Entlastungen in der Steuerbürokratie sein – denn dort liegen 40 Prozent aller bürokratischen Belastungen. Wir werden ein **Bürokratieentlastungsgesetz III** auf den Weg bringen, das insbesondere kleine und mittlere Unternehmen um mindestens eine Milliarde Euro entlastet und u.a. Vereinfachungen bei der elektronischen Archivierung, die Einführung einer einheitlichen elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung und Vereinfachungen bei Meldescheinen im Hotelgewerbe umfasst.
- Darüber hinaus setzen wir uns für eine Verkürzung der **Aufbewahrungsfristen** für Unterlagen im Handels- und Steuerrecht von zehn auf mindestens acht Jahre, eine bessere Nutzung der Möglichkeiten der **Digitalisierung**, insbesondere auch bei Erklärungspflichten zur Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer, einen Wechsel von der monatlichen auf die vierteljährliche **Umsatzsteuervoranmeldung** für Gründerinnen und Gründer sowie die deutliche Reduzierung der geltenden **Mindestlohndokumentationspflichten** ein.
- Eine **nationale Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle**, die über die EU-Richtlinie zur Anzeigepflicht für internationale Steuergestaltungsmodelle hinausgeht, und die **Schaffung eines Unternehmensstrafrechts** lehnen wir ab.
- Kleine und mittlere Unternehmen sind auf eine möglichst unkomplizierte Einreichung von Anträgen und Meldungen an Behörden angewiesen. Wir machen uns deshalb für eine **zügige Digitalisierung von Verwaltungsleistungen** für die Wirtschaft stark. Bis 2022 müssen alle Leistungen der öffentlichen Verwaltung online angeboten werden. Mittels eines einheitlichen Nutzerkontos sollen die Unternehmen künftig unkompliziert Online-Leistungen beantragen können („Once-only-Prinzip“).
- Die Bundesregierung hat bereits Maßnahmen zur Beschleunigung von **Planungs- und Genehmigungsverfahren** auf den Weg gebracht. Dennoch werden wir Planungs- und Genehmigungsverfahren auf zusätzliche Beschleunigungspotenziale überprüfen.
- Bei EU-Rechtsakten setzen wir uns für eine **stärkere Berücksichtigung der Belange von kleinen und mittleren Unternehmen** ein und achten darauf, dass **europäisches Recht 1:1 umgesetzt** wird. Dazu gehört auch die konsequente Anwendung des Prinzips „**Think Small First**“ („**Vorfahrt für KMU**“) bei allen EU-Legislativvorhaben. Zudem setzen wir uns auf europäischer Ebene für die Einführung des Prinzips „**One in, One out**“ ein.

Arbeitsmarkt

- Mittelständische Unternehmen müssen flexibel auf wechselnde Auftragslagen reagieren können. Die geplanten Einschränkungen dieser Flexibilität wie etwa **Beschränkungen bei der sachgrundlosen Befristung** müssen auf den Prüfstand. Auch müssen hierbei für die öffentliche Hand die gleichen Maßstäbe gelten wie für die Wirtschaft.

- Wir setzen uns dafür ein, die **Minijob-Grenze von 450 Euro im Monat zu dynamisieren**, indem wir diese an die allgemeine Lohnentwicklung koppeln.
- Das **Arbeitszeitgesetz** mit seinen täglichen Höchst-arbeitszeiten ist in einer modernen, digitalen Arbeits-welt nicht mehr zeitgemäß. Arbeitgeber und Arbeit-nehmer wollen flexibler arbeiten. Es ist deshalb erforderlich, das Arbeitszeitgesetz zu reformieren und dabei die Spielräume des EU-Rechts zu nutzen. Anstelle der täglichen wollen wir eine wöchentliche Höchst-arbeitszeit festlegen. Die entsprechende Regelung soll für tarifgebundene und tarifungebundene Unterneh-men gelten.
- Die Beauftragung von Subunternehmen kann erhebli-che Haftungsrisiken aus Mindestlohnansprüchen mit sich bringen. Um diese Risiken kalkulierbar zu machen und Unternehmensbeziehungen nicht unnötig zu belasten, ist es erforderlich, die **Auftraggeberhaftung beim Mindestlohn zu begrenzen**.

Infrastrukturen

- Die gesamte Wirtschaft benötigt **leistungsfähige Stra-ßen-, Schienen-, Schiffs- und Flugverkehrsinfrastruk-turen**, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch eine **leistungsfähige Breitband- und Mobilfunkversorgung** ist für den Mittelstand von elementarer Bedeutung. Wir müssen rasch die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass mittelständische Unternehmen in allen Regionen in Deutschland in gleicher Weise von der Digitalisierung profitieren können.
- Deshalb werden wir den möglichst **flächendeckenden Ausbau zukunftsfester Gigabitnetze** bis zum Jahr 2025 durch ein besseres Investitionsklima und zusätzliche Fördermittel (insbesondere auch für Gewerbegebiete) unterstützen. Zudem werden wir den Ausbau eines zuverlässigen LTE-Mobilfunks in allen Regionen for-cieren und Deutschland zum Leitmarkt für 5G machen. Mit einer Gesamtstrategie „Mobilfunk“ werden wir wei-tere wirkungsvolle Schritte folgen lassen.
- Zudem unterstützen wir den Aufbau einer **Dateninfra-struktur** in Deutschland und Europa, in den auch Cloud-Anbieter aus dem Mittelstand eingebunden wer-den sollen. Damit können mittelständischen Unterneh-men **vertrauenswürdige und sichere Cloud-Lösungen**

sowie eine breite Datengrundlage angeboten werden. So schaffen wir die Voraussetzung, dass Mittelständler sowohl von den Effizienz- und Wettbewerbsvorteilen durch Cloud-Nutzung profitieren als auch selbst mit großen Datenmengen Algorithmen entwickeln und dadurch innovative Produkte und Geschäftsmodelle entstehen können. Eine solche Dateninfrastruktur unterstützt den Mittelstand auch bei der **Etablierung erfolgreicher digitaler Plattformen**.

Energie- und Klimapolitik

- **Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung** ist eine wesentliche Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren und für den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Momentan wird gerade der Mittelstand durch hohe Energiekosten belastet. Diese Kosten müssen im Klimakabinett im Blick gehalten werden, wo wir derzeit über Modelle einer CO₂-Bepreisung diskutieren. Es ist äußerst wich-tig für die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands, dass Belastungen durch einen CO₂-Preis mit einer dras-tischen Verringerung der sehr hohen Stromkosten kompensiert werden. CO₂-Minderung und Verringe-rung der Kostenbelastung für den Mittelstand müssen die Richtschnur sein.
- Vor allem die **steuerliche Förderung/Absetzbarkeit von energetischer Gebäudesanierung** könnte Klima-schutz wirklich effizient gestalten und gleichzeitig die Konjunktur ankurbeln. Auch mittelständische Unter-nehmen – insbesondere das Handwerk – würden davon profitieren.

Mittelstandsfinanzierung

- Mittelständische Unternehmen brauchen auch künf-tig ein **ausreichendes Kreditangebot zu angemessenen Konditionen**. Dabei profitieren Mittelständler von dem bewährten Dreiklang aus Privatbanken, öffentlich-recht-lichen Kreditinstituten und Genossenschaftsbanken. Hinzu kommen die Angebote der KfW-Mittelstandsbank und der Bürgschaftsbanken. Um den Zugang mittelstän-discher Unternehmen zur Kreditfinanzierung auch mit der Umsetzung von „Basel IV“ zu erhalten, ist die **Beibe-haltung des KMU-Faktors** (SME Supporting Factor) von essenzieller Bedeutung. Dafür werden wir uns auf natio-naler und europäischer Ebene mit Nachdruck einsetzen.

- Deutschland ist bei der Frühphasenfinanzierung innovativer Start-ups gut aufgestellt. Unsere erfolgreichen Instrumente zur Finanzierung von Gründungen entwickeln wir kontinuierlich weiter – wie z. B. den **High-Tech-Gründerfonds**, **EXIST** und **INVEST**. In der Wachstumsphase mangelt es Unternehmen dagegen häufig an ausreichendem Kapital. Zur Stimulierung von Investitionen in neue Technologien ist es notwendig, den **Wagniskapitalmarkt auszubauen**. Das erfordert neben einem stärkeren Engagement der neuen KfW-Beteiligungstochter KfW Capital im Bereich der Wachstumsfinanzierung auch vermehrt private und institutionelle Investoren wie Versicherungen oder Stiftungen zu mobilisieren.

II. Fachkräfte gewinnen, ausbilden und qualifizieren – Unternehmertum stärken

Mehr als sechs von zehn Betrieben sehen den Fachkräftemangel als ihr größtes Geschäftsrisiko – insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen sind betroffen. Wir halten es für unabdingbar, den Mittelstand bei der Gewinnung, Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften zu unterstützen und das Unternehmertum zu stärken.

- Wir brauchen mehr qualifizierte Fachkräfte auch aus dem Ausland. Meilenstein der Fachkräftepolitik in dieser Legislaturperiode ist das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz**, das Deutschland für internationale Fachkräfte attraktiver macht. Wir haben erreicht, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt nicht nur für Akademiker und Akademikerinnen, sondern auch für ausländische Fachkräfte mit beruflicher Qualifikation erleichtert wird.
- Eine rein rechtliche Verbesserung des Zugangs für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland reicht allerdings nicht aus. Wir müssen **aktiver als bisher auf ausländische Fachkräfte zugehen** und für unser Land und die guten Perspektiven bei uns werben. Dies ist eine Aufgabe für die gesamte Bundesregierung. Es geht u. a. um schlankere Visa-Verfahren, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen oder neue Sprachförderkonzepte im In- und Ausland. Wir entwickeln gemeinsam mit der Wirtschaft Projekte zur gezielten Ansprache und Gewinnung passender Fachkräfte aus dem Ausland.
- Wir wollen für ausländische Fachkräfte den Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt erleichtern, indem **Behördengänge an einer Stelle gebündelt** werden („One-Stop-Shop“).
- Um auch das inländische Fachkräftepotenzial stärker auszuschöpfen, modernisieren wir unsere **Aus- und**



Fortbildungsordnungen im Hinblick auf die Digitalisierung. Damit steigern wir zugleich die Attraktivität der dualen Berufsausbildung und unterstützen die Gleichwertigkeit mit der akademischen Bildung.

- Damit das **Handwerk** im Hinblick auf seine Innovationsfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Bedeutung für die duale Berufsbildung gestärkt wird, bereiten wir für einige Berufe die **Rückkehr zur Meisterpflicht** vor.
- Durch die demografische Entwicklung werden nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Einnahmen in den Sozialversicherungen fehlen – diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren noch verstärken. Damit ältere Arbeitskräfte länger im Erwerbsleben bleiben können, werden wir uns dafür einsetzen, mit der **flexiblen Rente** den Übergang zwischen Erwerbsleben und Rente weiter zu verbessern.
- Mit der Gründungsoffensive stärken wir das **Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge**. Die unternehmerische Selbständigkeit muss schon von jungen Menschen als Chance wahrgenommen werden.
- Die **Unternehmensnachfolge** ist eine große Herausforderung für den Mittelstand. Die frühzeitige Sensibilisierung von Unternehmern und Nachfolgeinteressenten wird immer wichtiger für den erfolgreichen Fortbestand des Unternehmens. Wir starten deshalb die Initiative „Unternehmensnachfolge – aus der Praxis für die Praxis“.

III. Mittelstand bei Innovation und Digitalisierung unterstützen

Die Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen auf der Basis innovativer Querschnitts- und „Gamechanger“-Technologien wie z.B. Künstliche Intelligenz (KI), Blockchain oder Biotech erfordert Investitionen in technologisches und organisatorisches Know-how mit entsprechend hohem Kapitalbedarf. Wir müssen deshalb die Innovationsfähigkeit stärken und die Digitalisierung vorantreiben.

- Nur mit mehr Innovationen wird der Mittelstand zukunftsfähig bleiben und sich schnell an neue Marktgegebenheiten und -chancen anpassen. Hierzu müssen wir den jahrelangen Trend der sinkenden Innovatoren-

quote umkehren und die **Innovatorenquote auf 40 Prozent im Jahr 2025 steigern**. Der industrielle Mittelstand ist hierbei von zentraler Bedeutung.

- Die **steuerliche Forschungsförderung** kommt 2020. Bei der Auftragsforschung werden wir uns für eine mittelstandsfreundliche Lösung einsetzen, bei der der Auftraggeber seine entsprechenden Ausgaben geltend machen kann. Wir setzen mit der Forschungsförderung ein starkes Signal für eine innovative Wirtschaft in Deutschland. Ziel sind mehr Forschung und Innovationen und damit mehr Wettbewerbsfähigkeit besonders im Mittelstand.
- Unser Ziel ist, Deutschland und Europa zu führenden Standorten für die Entwicklung und die Anwendung von **KI-Technologien** zu machen. Hierbei ist es zentral, dass mittelständische Unternehmen KI schneller in die wirtschaftliche Praxis bringen – etwa über den KI-Innovationswettbewerb, der auch den Mittelstand adressiert und darauf abzielt, wichtige KI-Kompetenzen im eigenen Unternehmen aufzubauen und erforderliche Kooperationen einzugehen.
- Mit Hilfe der **Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren** unterstützen wir den Mittelstand auf dem Weg in das digitale Zeitalter. Die Kompetenzzentren werden zusätzliche Transferleistungsangebote für das Themengebiet KI entwickeln, etwa ein **bundesweites Netzwerk von speziellen „KI-Trainern“**.
- Erforderlich sind stärkere Anreize für mehr Investitionen in digitale Technologien und digitales Know-how. Daher starten wir **ab 2020 ein neues Zuschussprogramm für den Mittelstand**. Außerdem steht der **ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit** jetzt auch Gründerinnen und Gründern sowie innovativen Unternehmen zur Verfügung.
- Die geplante **Agentur für Sprunginnovationen** soll dabei unterstützen, radikal neue Innovationen in den Markt zu bringen. Wir werden mit ihr die Innovationskraft der Unternehmen und den Transfer innovativer Ideen in die Praxis verstärken. Diesem Ziel dient auch die stärkere Vernetzung digitaler Start-ups mit dem etablierten Mittelstand, etwa im Rahmen der Digital Hub Initiative.

- Die kürzlich gestartete **Transferinitiative** unterstützt den Mittelstand darin, Ergebnisse der Forschung in zukunftsfähige Lösungen umzusetzen. Unser innovativ-politisches Konzept „Von der Idee zum Markterfolg“, u. a. mit seinem erfolgreichen **Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) und der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF)**, wird weiter verbessert. Dazu gehört auch die Einführung der Unterstützung nichttechnischer Innovationen mit dem **Start des Innovationsprogramms für Geschäftsmodelle und Pionierlösungen (IGP)** noch in diesem Jahr.
- Mit der **Reallabore-Initiative** unterstützen wir mittelständische Unternehmen dabei, ihre innovativen Geschäftsmodelle und Technologien in Deutschland zu erproben und umzusetzen, u. a. durch die Stärkung von Experimentierklauseln, die für mehr Flexibilität in Gesetzen und Verordnungen sorgen.
- Um die Vernetzungs- und Digitalisierungsprozesse in allen Sektoren und Regionen voranzutreiben und auch den Breitbandausbau vor Ort zu beschleunigen, wollen wir **Digitalkompetenzen auf Behördenseite bündeln („Digitalagentur“)**.
- Wir werden uns für eine **mittelstandsgerechte Datenökonomie** einsetzen. Mit der geplanten **Novellierung des Wettbewerbsrechts** (GWB-Digitalisierungsgesetz) werden wir insbesondere die Stellung kleiner und mittlerer Unternehmen im Wettbewerb mit größeren Digitalunternehmen und Plattformen stärken. Dies gilt insbesondere für den Zugang zu Daten bei gemeinsamer Wertschöpfung mit größeren Unternehmen.
- Die Mitwirkung von kleinen und mittleren Unternehmen an der Entwicklung nationaler, europäischer und globaler **Normen und Standards** muss erleichtert werden. Hierfür werden wir in einem ersten Schritt Mittelständler mit bis zu 50.000 Euro Zuschuss unterstützen.
- Um die Digitalisierung für den Mittelstand erschwinglich und nutzbar zu machen, ist ein breiter Einsatz von **einheitlichen IKT-Standards** erforderlich. Damit befördern wir vom Mittelstand entwickelte innovative Angebote, die auch dazu beitragen sollen, die starke Dominanz von einzelnen Großkonzernen bei Plattformen und digitalen Technologien abzuschwächen.

IV. Mittelstand in den Regionen unterstützen

Wir haben das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. Um das zu erreichen, benötigen wir einen starken, regional verwurzelten Mittelstand.

- Aufbauend auf der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)** werden wir zum kommenden Jahr ein **gesamtd deutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen** einrichten. Dabei werden bislang auf Ostdeutschland beschränkte Förderprogramme weitergeführt und bundesweit auf alle strukturschwachen Regionen ausgeweitet. Zudem erhalten bundesweit angebotene Programme zur Innovationsförderung, Digitalisierung, Fachkräfteentwicklung oder zum Ausbau der regionalen Infrastruktur besondere Förderkonditionen, mit denen die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen gezielt unterstützt wird.
- Von einem raschen **Ausbau leistungsfähiger Breitband- und Mobilfunkinfrastrukturen** in der Fläche werden gerade auch strukturschwache Regionen profitieren.
- Mit dem **Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen** werden wir bis zu 14 Milliarden Euro für bedeutende Investitionen von Ländern und Gemeinden zur Verfügung stellen. Der Bund wird darüber hinaus im Rahmen eigener Zuständigkeit zusätzliche Maßnahmen (z. B. Infrastrukturausbau, Ansiedlung von Forschungsinstituten und Bundeseinrichtungen) für die Kohleregionen mit einem Volumen von bis zu 26 Milliarden Euro vornehmen. Davon profitiert auch der Mittelstand in den Regionen.

V. Neue Märkte im In- und Ausland erschließen

Wir unterstützen mittelständische Unternehmen dabei, neue Märkte im In- und Ausland zu erschließen.

- Die **Nationale Industriestrategie 2030** unterstützt das Miteinander von industriellem Mittelstand und Großunternehmen mit Blick auf nachhaltige Wertschöpfungsketten. Ziel der Strategie ist es, Schlüsseltechnologien und Basisinnovationen zu stärken. Weitere Akzente sind leistungsfähige Netzwerk- und Clusterstrukturen,

der beschleunigte Transfer von Forschungsergebnissen in mittelständische Unternehmen und Start-ups sowie die technologieoffene Förderung von Innovationen.

- Um **neue Märkte** zu **erschließen**, ist der deutsche Mittelstand auf **offene Märkte, regelbasierten Handel** und ein **Level Playing Field** angewiesen. Wir setzen uns auf internationaler Ebene u. a. für einheitliche Finanzierungsstandards sowie für den Zugang europäischer Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen in Drittstaaten ein. Wir unterstützen die EU in ihren Bestrebungen für die **Reform der WTO**, auch mit dem Ziel, sie für neue Themen (z. B. digitaler Handel) zukunftsfest aufzustellen. Um ausländische Märkte transparenter und zugänglicher zu machen, bringen wir uns außerdem aktiv in die EU-Verhandlungen über **ambitionierte Handels- und Investitionsabkommen mit strategisch wichtigen Partnern** ein, zuletzt etwa mit Japan, Mercosur, Singapur und Vietnam. Wir haben uns auf EU-Ebene zum Ziel gesetzt, dass die tatsächliche Nutzung präferentieller Handelsabkommen durch kleine und mittlere Unternehmen verbessert wird und die Nutzungsrate durch den Mittelstand mittelfristig bei mindestens 85 Prozent liegt.
- Wir passen unsere erfolgreichen Institutionen und Instrumente der **Außenwirtschaftsförderung** kontinuierlich an neue Herausforderungen an. Das Netz der Auslandshandelskammern bauen wir weiter gezielt aus. Mit der vereinfachten Absicherung kleinvolumiger Exportgeschäfte haben wir zuletzt die Finanzierungsinstrumente wesentlich verbessert. Zudem sollen kleine und mittlere Unternehmen noch stärker in geeignete strategische Auslandsprojekte eingebunden werden.
- Mit dem **Wirtschaftsnetzwerk Afrika** stellen wir künftig ein neues Maßnahmenbündel bereit, um die deutsche Wirtschaft beim Markteintritt in die Chancenregion Afrika passgenau zu flankieren. Das Paket beinhaltet eine verstärkte AHK-/GTAI-Präsenz, den Ausbau des Markterschließungs- und Auslandsmesseprogramms sowie eine gezielte Ansprache und Begleitung von Unternehmen.

VI. Staatssekretärsausschuss Mittelstand

Mittelstandspolitik ist eine **Querschnittsaufgabe**, die einen konzertierten Einsatz der gesamten Bundesregierung erfordert. Deshalb wollen wir einen „Staatssekretärsausschuss Mittelstand“ einrichten, der Vorhaben aller Ressorts auf ihre Mittelstandsverträglichkeit überprüft. Richtschnur für wirtschaftspolitische Entscheidungen innerhalb der Bundesregierung muss die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer mittelständischen Unternehmen sein.

Kontakt: Stabsstelle Mittelstand sowie Referat Grundsatzfragen der nationalen und europäischen Mittelstandspolitik

Sind Sie Mittelständler/in?
Erzählen Sie uns Ihre Geschichte!

Was treibt Sie an?

<https://bit.ly/32kEwTf>

Mehr Informationen finden Sie hier:

www.champions-von-hier.de

Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Ein Win-win-Instrument für Unternehmen und Beschäftigte

Im europäischen Vergleich ist die Mitarbeiterkapitalbeteiligung (MKB) in Deutschland wenig verbreitet, hauptsächlich in Großkonzernen. Sie wird von staatlicher Seite aber auch kaum gefördert. Dabei kann die MKB einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe der Beschäftigten am wirtschaftlichen Erfolg „ihres“ Unternehmens leisten und ist zugleich eine Möglichkeit, Mitarbeiter zu motivieren und stärker an das Unternehmen zu binden.



Was ist Mitarbeiterkapitalbeteiligung?

Finanzielle Mitarbeiterbeteiligung kann in Form von Erfolgsbeteiligungen (Sonderzahlungen wie z. B. Prämien, Gratifikationen, Boni etc.) oder durch eine Kapitalbeteiligung stattfinden, die MKB. Ziel der MKB ist es, Beschäftigte am Produktivitätsfortschritt des Unternehmens teilhaben zu lassen. Beschäftigte erhalten im Rahmen eines MKB-Programms häufig die Möglichkeit, vergünstigt oder gratis eine Beteiligung an „ihrem“ Unternehmen zu erwerben. Hierbei sind verschiedene Beteiligungsformen möglich, abhängig vor allem von den Zielen und Vorstellungen des Unternehmens und seiner Rechtsform. Zur Verfügung stehen Eigenkapital- oder Fremdkapitalbeteiligungen. Bei einer Eigenkapitalbeteiligung (Belegschaftsaktien, GmbH-Beteiligung) hat der Mitarbeiter die größten Informations- und Mitwirkungsrechte, bei einer Fremdkapitalbeteiligung deutlich geringere. Daneben gibt es auch Mischformen: Zwei dieser Mischformen (Genussrecht, stille Beteiligung) gelten wegen des Gestaltungsfreiraums als wichtigste Durchführungswege im Mittelstand.

Unstrittig sind im Wesentlichen die positiven Effekte einer MKB; dazu gehören unter anderem:

- ▶ Beschäftigte verbreitern ihre Vermögensanlage und leisten damit gerade im derzeitigen Niedrigzinsumfeld einen wirksamen Beitrag zur Vermögensbildung.
- ▶ Die Unternehmensdemokratie wird gestärkt, sofern mit der MKB auch Stimmrechte der beteiligten Mitarbeiter (z. B. durch Belegschaftsaktien) einhergehen.
- ▶ Stärkeres Engagement und höhere Motivation der Beschäftigten steigert die Unternehmensleistung insgesamt und fördert die Identifikation der Mitarbeiter mit „ihrem“ Unternehmen. Darüber hinaus kann ein MKB-Programm für Unternehmen auch einen wichtigen Wettbewerbsvorteil bei der Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter darstellen.

- Eine stärkere Verbreitung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen kann Unternehmensinvestitionen erleichtern, da die Einräumung der Kapitalbeteiligung nicht mit einem Liquiditätsabfluss verbunden ist, sondern häufig sogar mit einem Eigenbeitrag des Beschäftigten.

Trotz dieser Vorteile ist die MKB in Deutschland im europäischen Vergleich nicht weit verbreitet: Lediglich rund ein Prozent aller Unternehmen bieten nach den letzten verfügbaren Erhebungen eine MKB an und demgegenüber rund neun Prozent eine Form der Erfolgsbeteiligung. Im europäischen Durchschnitt verfügen fünf Prozent der privaten Unternehmen über MKB-Modelle. In Deutschland partizipieren rund zwei Millionen Mitarbeiter an solchen Modellen, insbesondere in Form von Belegschaftsaktien, Genussscheinen und stillen Beteiligungen.

Rahmenbedingungen in Deutschland ...

Vergünstigungen im Rahmen der Überlassung von Unternehmensbeteiligungen an Beschäftigte, wie sie meist mit einem MKB-Programm verbunden werden, stellen grundsätzlich steuer- und abgabenpflichtiges Entgelt dar. Bis zu 360 Euro pro Jahr sind sie steuer- und sozialabgabenfrei. Allerdings besteht im Falle von Entgeltumwandlungen keine Sozialabgabenfreiheit.

Unabhängig davon kann die Teilnahme an einem MKB-Programm auch als vermögenswirksame Leistung mit der Arbeitnehmer-Sparzulage gefördert werden. Diese beträgt im Falle der MKB 20 Prozent der vermögenswirksamen Leistungen, höchstens aber 80 Euro pro Jahr (daraus ergibt sich ein maximaler geförderter Anlagebetrag von 400 Euro pro Jahr). Diese Förderung wird nur gewährt, wenn der Arbeitnehmer bestimmte Einkommensgrenzen (20.000 Euro pro Jahr für Ledige bzw. 40.000 Euro für Verheiratete) nicht überschreitet.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stellt in seinem webgestützten Existenzgründungsportal (www.existenzgruender.de) insbesondere jungen Unternehmen umfangreiche Informationen zur Einführung der MKB zur Verfügung. Interessierte können sich auch an das BMWi-Infotelefon zu Mittelstand und Existenzgründung und das Bürgertelefon Mitarbeiterkapitalbeteiligung des

Bundesministeriums für Arbeit und Soziales¹ wenden. Bei den Kosten für die Inanspruchnahme externen Sachverständigen zur MKB im Rahmen betriebswirtschaftlicher Beratungen leistet das BMWi im Rahmen des Programms „Förderung unternehmerischen Know-hows“ (durchgeführt durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle/BAFA) Unterstützung.

... sollten mit der wirtschaftlichen Entwicklung mitgehen

Der steuerliche Freibetrag für Vergünstigungen bei der Einräumung einer Mitarbeiterkapitalbeteiligung wurde zuletzt 2009 angepasst. Stimmen aus der Wirtschaft – insbesondere der Mittelstand, aber auch Start-ups – verlangen daher, dass auch vor dem Hintergrund der Debatte über die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland die Rahmenbedingungen für die MKB attraktiver gestaltet werden müssen. Konkret forderten beispielsweise im Herbst 2017 hochrangige Unternehmensvertreter in einem „Berliner Appell zu mehr Vermögensbildung in Mitarbeiterhand“, dass der Freibetrag von 360 Euro auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von mindestens 3.000 Euro angehoben werden sollte. In ihrem Appell sprechen sich die Unterzeichner zudem dafür aus, dass reinvestierte Dividenden und Zinserträge nach einer Haltefrist von mindestens zehn Jahren steuerfrei bleiben.

Der Koalitionsvertrag vom März 2018 weitet den Blickwinkel und sieht vor, dass neue Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung geprüft werden sollen.

Start-ups bringen neuen Wind in die Debatte

In letzter Zeit haben sich besonders Start-up-Unternehmen mit Vorschlägen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die MKB zu Wort gemeldet.

Dem liegt das zutreffende Verständnis zugrunde, dass Deutschland im Standortwettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen mit anderen EU-Mitgliedstaaten steht, aber auch mit den Vereinigten Staaten. Ein wichtiger Standortfaktor für Start-up-Unternehmen ist dabei, ob und wie sie vor allem talentierten und gesuchten Mitarbeitern

1 BMWi-Infotelefon: 030-340606560, Montag – Donnerstag 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr, Freitag 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr.
BMAS-Bürgertelefon: 030-221911008, Montag – Donnerstag 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr.

Abbildung: Formen der Mitarbeiterkapitalbeteiligung



attraktive Anreize für eine enge Unternehmensbindung bieten können. Dabei kommt auch der MKB eine besondere Bedeutung zu, denn junge Unternehmen wollen und können häufig noch keine Spitzengehälter wie die etablierte Industrie oder große Konzerne zahlen. Eine zielführende Alternative zur Mitarbeiterbindung sind daher Angebote, an der künftigen Wertentwicklung des Unternehmens zu partizipieren. Dabei wird als ein Problem in der Praxis häufig die „dry income“-Situation genannt: Erhält ein Beschäftigter eine vergünstigte Unternehmensbeteiligung, so muss er diesen Vorteil als Sachbezug versteuern, unabhängig davon, ob er zu diesem Zeitpunkt die Liquidität hat, um diese Steuerschuld begleichen zu können. Zudem ist der rechtliche Transfer von Anteilen nicht börsennotierter Gesellschaften aufwändig und mit relativ hohen Kosten, etwa für Beurkundungspflichten, verbunden. Start-up-Vertreter sprechen sich deshalb für deutliche Verbesserungen der gesellschaftsrechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen aus.

In einem europaweiten Aufruf (notoptional.eu), der seit Anfang 2019 von mehr als 700 Start-up-Führungskräften unterzeichnet wurde, wird unter anderem die Einführung steuerbegünstigter Mitarbeiter-Optionsprogramme gefor-

dert. Inhalt dieser Forderung ist vor allem die generelle Einordnung der Optionsprogramme als Kapitalerträge, die anstelle der progressiven Steuer dem besonderen Steuersatz in Höhe von 25 Prozent unterliegen. Darüber hinaus soll die steuerliche Bewertung von Mitarbeiteroptionen vereinfacht werden.

Einzelne Mitgliedstaaten haben die Anliegen der Start-up-Unternehmen in den letzten Jahren bereits aufgegriffen:

Schweden schuf 2018 eine neue Kategorie von Anteilsoptionen, die *kvalificerade personaloptioner*, die nur für Beschäftigte von kleinen Start-up-Unternehmen verfügbar ist und erst bei Ausübung eine Steuerpflicht in Höhe des Steuersatzes für Kapitalerträge (in Schweden wie in Deutschland 25 Prozent) auslöst. Dem schwedischen Unternehmen Spotify, das intensiv im Vorfeld der Gesetzesänderung für eine steuerliche Förderung warb, dürfte dieses Instrument freilich nicht mehr zugutekommen, da das Unternehmen die Größenkriterien überschreitet.

In Frankreich wurde bereits im Jahr 2000 ein neues Instrument der Mitarbeiterbeteiligung für Start-up-Unter-

nehmen eingeführt, die sogenannten *Bons de Souscription de Parts de Createur d'Entreprise* (BSPCE), die eine Besteuerung bei Ausübung der Option mit einem vergünstigten Pauschalsteuersatz verbinden. Mit dem *Loi Macron* wurden 2015 zudem auch Gratisanteile für die Beschäftigten einem vergünstigten steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sonderregime unterworfen.

Der Bundesverband Deutsche Startups e.V. schlägt nach dem Vorbild Schwedens und Frankreichs auch für Deutschland vor, dass für Beschäftigte von Start-ups eine Steuerpflicht erst bei Verkauf der Anteile und dann auch nur in Höhe des Steuersatzes für Kapitalerträge anfallen soll.

Ausblick – Mitarbeiterkapitalbeteiligung, quo vadis?

Neben den schwierigen rechtlichen und steuerlichen Fragen, die auch mit Blick auf grenzüberschreitend tätige Unternehmen eine möglichst EU-weit einheitliche Vorgehensweise erfordern, birgt die Debatte auch national schwierige Zielkonflikte: So verständlich das grundsätzliche Anliegen der Start-up-Unternehmen auch ist, kann die Einschränkung von MKB-Programmen auf ausgewählte, besonders gesuchte Mitarbeiter (z. B. Programmierer) in Frage gestellt werden. Denn etablierte MKB-Programme großer Unternehmen stehen typischerweise allen Mitarbeitern gleichermaßen offen – dies ist nicht nur Voraussetzung für die steuerliche Förderung, sondern steht im Zusammenhang des übergeordneten Kontextes der Vermögensbildung, die gleichermaßen für alle Beschäftigten möglich sein soll. Es stellen sich somit in mehrfacher Hinsicht Gleichbehandlungsfragen: Weshalb soll eine stärkere Begünstigung nur für Start-up-Unternehmen gelten? Bis zu welcher Schwelle/Kenngröße gilt ein Unternehmen noch als Start-up? Sollte man nicht zur Voraussetzung machen, dass Beschäftigte aller Unternehmen einbezogen werden – und wenn nicht bereits ab Beginn, ab welchem späteren Zeitpunkt? Für Start-up-Mitarbeiter dürften sich zudem – wenn sich das

Unternehmen am Markt durchsetzt – Kapitalerträge in einer ganz anderen Dimension ergeben als der bestehende Steuerfreibetrag von 360 Euro pro Jahr. Aus Sicht des Staates wachsen wiederum mit jeder Ausweitung des Begünstigtenkreises die potenziellen fiskalischen Belastungen, die zudem im Falle einer nachgelagerten Besteuerung kaum abschätzbar sind. Aus übernationaler Sicht sollten sich einzelne Staaten zudem im Standortwettbewerb nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Das Rückgrat der Beschäftigung und Wirtschaftskraft Deutschlands ist vor allem der Mittelstand. Für die Zukunftsfähigkeit etablierter kleiner und mittelgroßer Unternehmen (KMU) ist es ebenso wichtig, attraktiv für Mitarbeiter zu sein. Eine Förderung allein von Start-up-Mitarbeitern wäre vor diesem Hintergrund nicht zielführend, da etablierte Unternehmen davon nicht profitierten.

Dieses Spannungsfeld zwischen MKB-Förderung in der Breite und Sonderregelungen für Start-ups wird in einem laufenden Forschungsgutachten ausgelotet, das derzeit im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie von Prof. Dr. Jens Lowitzsch (Viadrina-Universität, Frankfurt/Oder) als Federführer gemeinsam mit dem Bundesverband Mitarbeiterbeteiligung – Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft e.V. und der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg erarbeitet wird. In dem bis Anfang 2020 laufenden Forschungsprojekt werden schwerpunktmäßig erfolgreiche MKB-Modelle bei KMU und Start-up-Unternehmen untersucht und die Rahmenbedingungen im europäischen Kontext verglichen. Die Ergebnisse werden der wirtschaftspolitischen Debatte um die Stärkung der MKB weitere Impulse geben und das Blickfeld noch stärker für neue Formen der Mitarbeiterbeteiligung öffnen.

Kontakt: Dr. Malte Rosenberg, Doreen Geyer
Referat: Geld, Kredit, Finanzmärkte

Finanztransfers des Bundes – Bedeutung für gesamtstaatliche Investitionen

Finanztransfers des Bundes an Länder und Kommunen sind fester Bestandteil der Wachstums- und Strukturpolitik im föderalen System Deutschlands. In der 19. Legislaturperiode sind sie unter anderem in den Kommissionen „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in den Mittelpunkt gerückt. Durch Finanztransfers soll eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in allen Regionen Deutschlands gestützt werden. Wissenschaftliche Analysen der Wirkungen vertikaler Finanztransfers lassen bislang nur eingeschränkt allgemeine Schlussfolgerungen zu; hier besteht auch angesichts aktueller Entwicklungen weiterer Forschungsbedarf.



Die Rolle von Finanztransfers im Föderalstaat

Föderale Finanzsysteme und die Aufgabenverteilung im Gesamtstaat sind im internationalen Vergleich sehr unterschiedlich. Frankreich ist zum Beispiel ein stark zentralisierter Staat und die Schweiz als Gegenbeispiel ein stark dezentralisierter Staat. In beiden Staaten existieren wie in Deutschland vertikale Finanztransfers. Die Unterschiede in den Fiskalverfassungen in Föderal- und Einheitsstaaten führen allerdings zu unterschiedlichen Anreizstrukturen, sodass Transfers keine einheitliche Wirkung entfalten. Der Zentralisierungsgrad wird üblicherweise an den Anteilen der zentralen Ebene (in Deutschland: des Bundes) an den gesamtstaatlichen Einnahmen und Ausgaben festgemacht. In Deutschland ist im OECD-Vergleich der Grad der Ausgaben-Dezentralisierung relativ hoch. Dies deutet auf eine relativ starke Dezentralisierung auch der Aufgaben hin.

Allerdings sind die Ausgaben- und die Aufgaben-Dezentralisierung nicht deckungsgleich. Ausgaben können steigen,

ohne dass zusätzlich Aufgaben übernommen werden. Über die OECD-Länder hinweg übersteigen die Ausgaben der unteren staatlichen Ebenen in der Regel ihre Einnahmen. Die eigene Einnahmeautonomie der lokalen Ebene reicht typischerweise nicht aus, um die Ausgaben zu decken, sodass eine Steuerverteilung in Kombination mit vertikalen Finanztransfers von der zentralen Ebene auf die dezentralen Ebenen erforderlich ist. Zu den „vertikalen“ Finanztransfers zählen im Föderalstaat ferner die Gemeinschaftsaufgaben und Gelder zum Ausgleich für Politikmaßnahmen, die sich über Regionen hinweg auswirken. Mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 nimmt das Volumen der vertikalen Transfers in Deutschland weiter zu (unter anderem steigen die Bundesergänzungszuweisungen sowie die Sanierungshilfen für das Saarland und Bremen), ohne dass Länder und Kommunen zusätzliche Aufgaben übernehmen. Der Bund entlastet die Länder ab 2020 in Höhe von anfänglich etwas über 9,7 Milliarden Euro.

Vertikale Finanztransfers kommen in sehr unterschiedlichen Politikbereichen (etwa in den Bereichen Infrastruktur, sozialer Wohnungsbau, Digitalisierung und Städtebauförderung) zum Einsatz. Sie haben jedoch alle das gemeinsame Ziel, die regionalen Finanzkraftunterschiede auszugleichen und zu einer homogenen Entwicklung im Gesamtstaat beizutragen. Vor dem Hintergrund des in Deutschland insbesondere auf der kommunalen Ebene anhaltend hohen Bedarfs an Infrastrukturinvestitionen können Finanzhilfen einen wichtigen Beitrag leisten, öffentliche Investitionen zu steigern.

Der Bund hat in den vergangenen Jahren unter anderem investitionsbezogene Transfers gewährt oder aufgestockt: mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (sieben Milliarden Euro von 2015 bis 2022), dem Gute-KiTa-Gesetz (5,5 Milliarden Euro von 2019 bis 2022) und im sozialen Wohnungsbau (zwei Milliarden Euro von 2020 bis 2021). Allein im Jahr 2019 betragen die Zuweisungen des Bundes für Investitionen von Ländern und Kommunen rund sieben Milliarden Euro. Das Ziel ist, die öffentliche Investitionstätigkeit auf allen Ebenen zu beleben. Die Investitionstätigkeit des Bundes selbst hat entsprechend stark zugenommen. Die aktuelle Finanzplanung sieht weitere Investitionen in Höhe von 159,2 Milliarden Euro für die Jahre 2020 bis 2023 vor. Dieser neue Höchstwert zeigt, dass die Bundesregierung ihre Investitionsoffensive fortsetzt. Auch wegen des kontinuierlichen Engagements der Bundesregierung ist der Investitionsrückstand auf kommunaler Ebene gesunken; dennoch liegt dieser laut KfW-Kommunalpanel 2019 noch bei 138,4 Milliarden Euro.

Unterschiedliche Transfertypen

Vertikale Finanztransfers können danach unterschieden werden, inwieweit sie zweckgebunden, zeitlich begrenzt und mit einer Kofinanzierung durch die Länder und Kom-

munen verbunden sind. Die Finanztransfers etwa, die im Rahmen des „Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen“ zur Anpassung an den Strukturwandel in den Kohleregionen geplant sind, sollen zweckgebunden, zeitlich begrenzt und mit einem Kofinanzierungsanteil der Länder in Höhe von zehn Prozent gewährt werden. Außerdem sollen die im Art 104b Abs. 2 im Grundgesetz eingeführten Steuerungs- und Kontrollrechte des Bundes verankert werden.

Ein Vorteil zeitlich begrenzter Finanztransfers ist, dass die Möglichkeit besteht, flexibler auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Dies können beim sozialen Wohnungsbau zum Beispiel ein durch einen Bauboom ausgelöster verringerter Wohnungsbedarf sein oder im Bereich des Breitbandausbaus privatwirtschaftliche Tätigkeiten, die den Bedarf für ein staatliches Eingreifen reduzieren. Genauso kann aber auch ein erhöhter Bedarf zum Beispiel im Bereich der Bildungsinfrastruktur durch unerwartet hohe Zuwanderung ein Anlass sein, die ursprüngliche Planung anzupassen. Schließlich erzeugt eine zeitliche Befristung auch einen gewissen Druck, die Fördermittel abzurufen und Investitionsprojekte zügig umzusetzen. Dies kann wünschenswert sein, wenn es gilt, aus konjunkturellen Gründen Investitionsanreize zu erhöhen und Investitionen zu beschleunigen.

Wirkung von Transfers auf die öffentliche Investitionstätigkeit von Ländern und Kommunen

Eine vollumfängliche systematische Erhebung, statistische Aufbereitung und Wirkungsanalyse aller vertikalen Finanztransfers in Deutschland liegt bis jetzt nicht vor. Eine Studie von Blöchliger et al. (2016) hat Untersuchungen für die Gruppe der OECD-Länder vorgenommen. Baskaran et al. (2017) haben den Effekt der Abhängigkeit von Transfers auf die wirtschaftliche Entwicklung untersucht. Sie

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 104b Abs. 2

(2) Das Nähere, insbesondere die Arten der zu fördernden Investitionen, wird durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, oder auf Grund des Bundeshaushaltsgesetzes durch Verwaltungsvereinbarung geregelt. Das Bundesgesetz oder die Verwaltungsvereinbarung kann Bestimmungen über die Ausgestaltung der jeweiligen Länderprogramme zur Verwendung der Finanzhilfen vorsehen. Die Festlegung der Kriterien für die Ausgestaltung der Länderprogramme erfolgt im Einvernehmen mit den betroffenen Ländern. Zur Gewährleistung der zweckentsprechenden Mittelverwendung kann die Bundesregierung Bericht und Vorlage der Akten verlangen und Erhebungen bei allen Behörden durchführen. Die Mittel des Bundes werden zusätzlich zu eigenen Mitteln der Länder bereitgestellt. Sie sind befristet zu gewähren und hinsichtlich ihrer Verwendung in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen. Die Finanzhilfen sind im Zeitablauf mit fallenden Jahresbeträgen zu gestalten.

nutzten dafür Daten zum Bund-Länder-Finanzausgleich von zehn westdeutschen Bundesländern für die Jahre 1975 bis 2005. Eine aktuelle Studie des Walter Eucken Instituts (WEI) im Auftrag des BMWi nimmt eine Analyse der deutschen Transferlandschaft nach Transfertypen mit einem Schwerpunkt auf der öffentlichen Investitionstätigkeit vor. Die dabei berücksichtigten Transferzahlungen des Bundes umfassen ein Volumen von rund 33 Milliarden Euro pro Jahr. Hiervon unterliegen jährlich knapp sechs Milliarden Euro, also etwa 18 Prozent, einer investiven Zweckbindung.

Abbildung 1 zeigt die Verteilung der durchschnittlichen Transfers der Jahre 2005 bis 2014 in Euro pro Kopf. Im bun-

desweiten Vergleich weisen insbesondere die ostdeutschen Regionen ein deutlich höheres Niveau an vom Bund ausgehenden Transferzahlungen auf. Dies ist nach dem Gutachten im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Voraussetzungen für die Gewährung von Transfers meist auf Strukturschwäche abzielen.

Abbildung 2 zeigt die regionale Verteilung der Sachinvestitionen im Zeitraum von 2005 bis 2015. Die Investitionstätigkeit ist demnach in Süddeutschland stärker ausgeprägt als im Rest von Deutschland.

Abbildung 1: Regionale Verteilung von Transfers mit investiver Zweckbindung

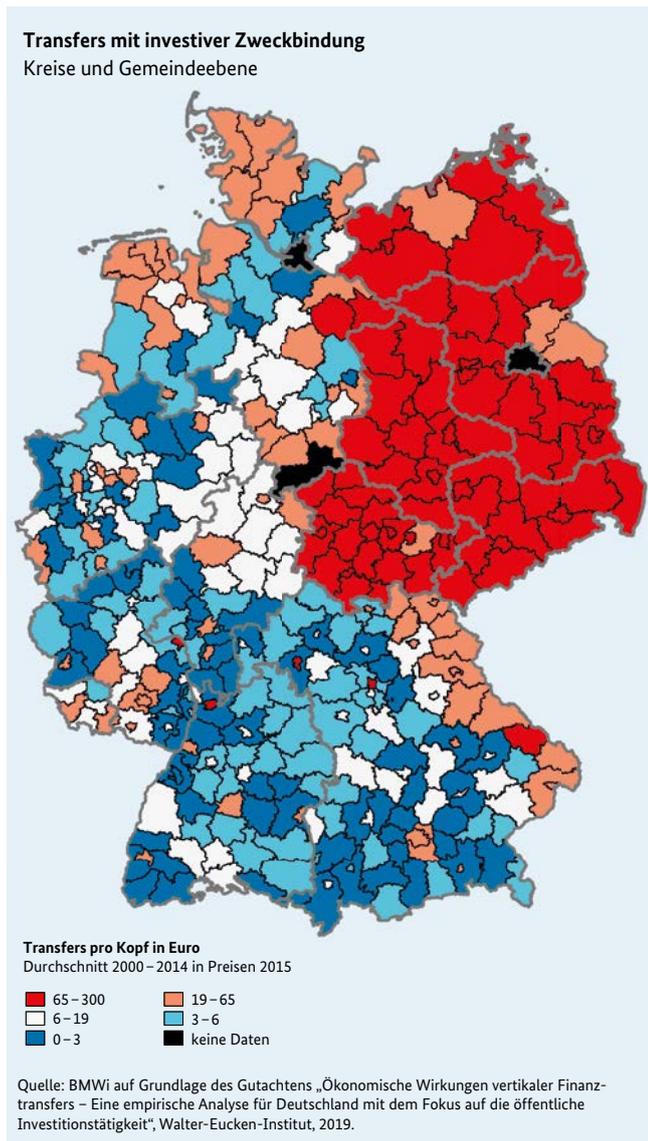
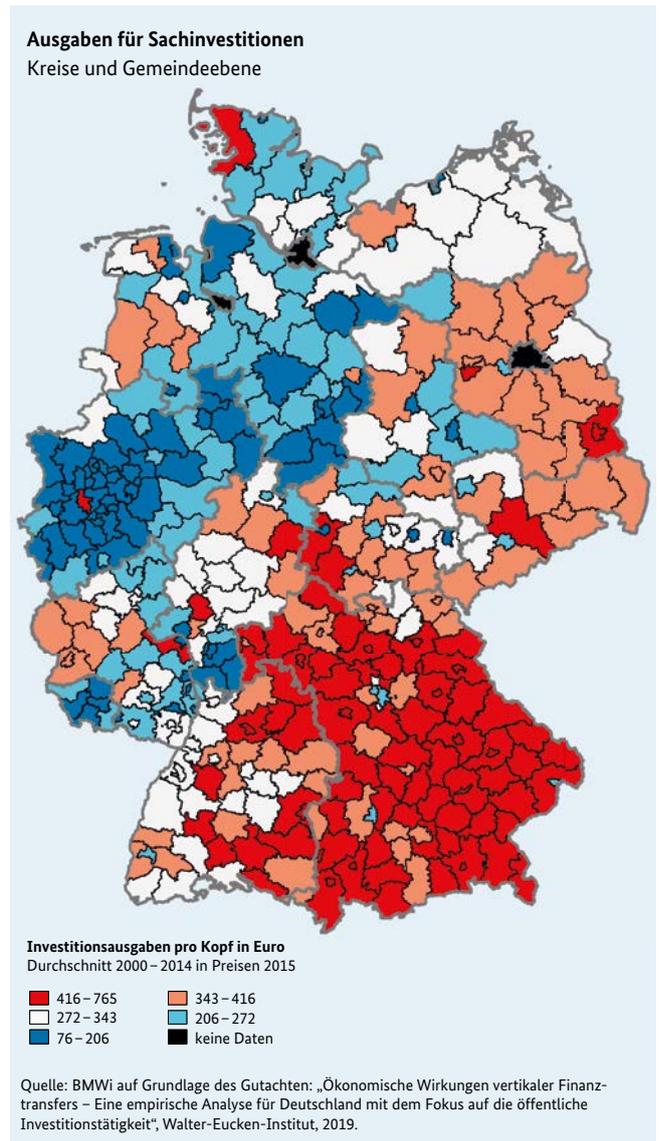


Abbildung 2: Regionale Verteilung von Sachinvestitionstätigkeiten



Auf den ersten Blick legen die beiden Grafiken somit einen negativen Zusammenhang zwischen empfangenen Transfers und Investitionstätigkeit nahe. Diese kontraintuitive Beobachtung macht deutlich, dass für die Frage, ob und wie Transfers wirken, noch weitere Faktoren berücksichtigt werden müssen, so etwa der Aufholprozess im Zuge des Aufbaus Ost oder die kommunale Finanz- und Wirtschaftskraft. Die Studie versucht, diese Einflussgrößen in einer ökonometrischen Analyse systematisch zu berücksichtigen und den kausalen Effekt zusätzlicher Finanztransfers auf die kommunale Investitionstätigkeit zu isolieren.

Wirkung unterschiedlicher Transfertypen

Die Untersuchungen des WEI über die Investitionswirkung von Transfers auf unterschiedlichen föderalen Ebenen zeigen ferner, dass für zusätzliche Investitionsimpulse die Konstruktion der Transfers und die Ausgangslage bei den Empfängern von Bedeutung sein können. Ein positiver Investitionseffekt entsteht insbesondere bei finanzschwachen Kommunen, die zweckgebundene Transfers in Kombination mit einer Kofinanzierung erhalten. Freie Transfers wirken zwar auch positiv, dies aber eher bei finanzstarken Kommunen, die nicht auf zusätzliche Mittel zur Deckung ihrer laufenden Ausgaben angewiesen sind. Finanz- und wirtschaftsstärkere Kommunen, die ohnehin viel investieren, brauchen offenbar keine Zweckbindung, um weitere Investitionen in bestimmten Bereichen zu mobilisieren. Hier kommt es eher zu zusätzlichen Investitionen, wenn der Zweck nicht von vornherein eingeschränkt ist.

Die Studienergebnisse legen den Schluss nahe, dass finanzschwache Kommunen eher dann investieren, wenn Transfers zweckgebunden sind, da sie ansonsten die Notwendigkeit sehen, mit Transfers andere dringende Ausgaben (etwa Bildungsinfrastruktur) zu priorisieren und zu finanzieren. Eine Herausforderung der Ausgestaltung von Transfers liegt somit darin, die finanzielle Eigenverantwortung von Kommunen und den für sie zuständigen Ländern zu stärken. Eine Fokussierung auf finanzschwache Kommunen, wie zwischenzeitlich im Grundgesetz Art. 104c verankert, wirkt demnach grundsätzlich in die Richtung, die Effektivität des Mitteleinsatzes zu erhöhen. Durch eine Änderung des Grundgesetzes in diesem Jahr ist dies allerdings künftig nur noch im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen mit den Ländern möglich.

Relevanter Forschungsbereich

Aufgrund vieler statistischer Unwägbarkeiten, die unter anderem in dem begrenzten Betrachtungszeitraum, der Verwendung von öffentlichen Finanzdaten statt realwirtschaftlichen Daten sowie in der nicht immer eindeutigen Wirkungsrichtung von Transfers auf Investitionen bestehen, sind allgemeine Schlussfolgerungen aus den bisher vorliegenden Untersuchungen zur Wirkung von vertikalen Finanztransfers in Deutschland nur eingeschränkt möglich.

Auch vor diesem Hintergrund wären eine Verbesserung der Datengrundlagen und darauf aufbauend weitere quantitative Analysen wünschenswert. Dies gilt umso mehr angesichts des absehbaren weiteren Anwachsens vertikaler Transfers. Angesichts anhaltender und sich teilweise beschleunigender Strukturveränderungen, wie Migration und zunehmende Mobilität, Digitalisierung, Alterung der Gesellschaft und Klimawandel, stellen sich neue Aufgaben, die in einem Föderalstaat auch eine koordinierte Finanzierung erfordern dürften.

Regelmäßige Evaluationen können einen Beitrag dazu leisten, Finanztransfers so auszugestalten, dass Effizienzverluste möglichst vermieden und eine zielgerichtete Förderung erreicht wird. Dabei sind sich ändernde Rahmenbedingungen zu beachten, so etwa gestiegene Sozialleistungen von Kommunen, veränderte Bedürfnisse an Gesundheitsversorgung einer alternden Gesellschaft oder alternative Mobilitätskonzepte.

Mit der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wurde gleichzeitig das Regelwerk zur Wirkungsanalyse und -kontrolle weiterentwickelt. Die zusätzlich mit dem Art. 104b Abs. 2 im Grundgesetz eingeführten Steuerungs- und Kontrollrechte des Bundes könnten einen Beitrag zur Verbesserung künftiger Transfers leisten. Der Bund-Länder-Koordinierungsausschuss im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist ein bewährtes Steuerungsinstrument. Es ist zu begrüßen, dass für das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ ebenfalls ein beratendes Bund-Länder-Koordinierungsgremium geplant ist.

Kontakt: Anne Feldhusen
Referat: Finanzpolitik, konjunkturpolitische
Koordinierung

Die pan-afrikanische Freihandelszone AfCFTA – der Weg zu einem integrierten, aufstrebenden und friedlicheren Afrika?

Die African Continental Free Trade Area (AfCFTA) ist das wegweisende Projekt der Afrikanischen Union (AU) für die wirtschaftliche und politische Entwicklung des afrikanischen Kontinents. Hauptziel dieser pan-afrikanischen Freihandelszone ist der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen sämtlichen afrikanischen Staaten. Während an den konkreten Inhalten des Handelsabkommens noch gearbeitet wird, wecken die Verhandlungen bereits große Hoffnungen bei afrikanischen ebenso wie europäischen Unternehmen.



Mit der African Continental Free Trade Area, kurz AfCFTA, verfolgt die Afrikanische Union (AU) das Ziel, eine pan-afrikanische Freihandelszone für Waren und Dienstleistungen zu schaffen. Es soll ein gemeinsamer afrikanischer Markt für 1,3 Milliarden Menschen mit einer gebündelten Wirtschaftsleistung von mehr als 2,3 Billionen US-Dollar entstehen. Die AfCFTA hat das Potenzial, ein Meilenstein für die wirtschaftliche und politische Entwicklung des afrikanischen Kontinents zu sein. Die geplanten Handels erleichterungen sollen den vergleichsweise geringen intra-afrikanischen Handel steigern. Der innerafrikanische Warenhandel macht nur knapp 16 Prozent des gesamten afrikanischen Warenhandels aus und entspricht mit gut 160 Milliarden US-Dollar in etwa der Hälfte des afrikanischen Warenhandels mit der EU (s. Abbildung 1). Zum Vergleich: In Europa liegt der innereuropäisch gehandelte Anteil bei etwa 70 Prozent (s. Abbildung 2).

Abbau von Handelshemmnissen soll Wohlstand erhöhen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert in seinem jüngsten Diskussionspapier, dass durch das Abschaffen der innerafrikanischen Zölle sowie das Reduzieren nicht-tarifärer Handelshemmnisse Wohlstandsgewinne für den Kontinent in Höhe von fast vier Prozent erzielt werden können, das gesamtafrikanische Handelsvolumen um etwa acht Prozent steigt und der intra-afrikanische Handel um 82 Prozent zunimmt (Abrego et al., 2019). Es ist jedoch zu erwarten, dass diese Effekte je nach Land unterschiedlich stark ausfallen. Neben Wohlstandsgewinnen durch das wachsende innerafrikanische Handelsvolumen ist auch mit einem sich beschleunigenden strukturellen Wandel durch eine stärkere Diversifizierung und Industrialisierung zu rechnen. Die Gründung der AfCFTA kann somit helfen, einige der von den Vereinten Nationen

formulierten Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals), insbesondere das Ziel zur wirtschaftlichen Entwicklung (Ziel 8) und zur Industrialisierung der Wirtschaft bzw. zum Aufbau einer modernen Infrastruktur (Ziel 9), zu erreichen. Weitere Studien (u. a. Tanyi, 2015; Saygili et al., 2017) prognostizieren steigende Realeinkommen, höhere Produktivitätsraten und ein verbessertes Geschäftsklima. Darüber hinaus kann die AfCFTA zu einer größeren Unabhängigkeit afrikanischer Produzenten vom Weltmarkt und von Weltmarktpreisen beitragen.

Neue Marktchancen nicht nur für afrikanische Unternehmen

Nicht nur afrikanische Unternehmen können von der geplanten Freihandelszone profitieren. Auch europäische Firmen erhoffen sich neue Marktchancen. Denn bisher hemmt die geringe Größe einzelner afrikanischer Märkte in Verbindung mit mangelnder regionaler Integration die wirtschaftlichen Aktivitäten europäischer Unternehmen in Afrika. Investitionen und Handel werden durch einen gesamtafrikanischen Markt für europäische Unternehmen attraktiver. Allerdings bleiben unterschiedliche Zollbestimmungen zwischen der EU und den einzelnen afrikanischen Staaten trotz der AfCFTA zunächst bestehen. Obwohl die AU langfristig eine afrikanische Zollunion anstrebt, ist kurz- und mittelfristig kein einheitlicher afrikanischer Außenzoll zu erwarten. Darüber hinaus kann der steigende innerafrikanische Warenhandel dazu führen, dass Importe aus der EU ersetzt werden. Somit bleiben die möglichen Auswirkungen der AfCFTA auf europäische Unternehmen erst einmal abzuwarten.

AfCFTA als Leuchtturmprojekt der Afrikanischen Union

Für die AU ist die pan-afrikanische Freihandelszone das Leuchtturmprojekt zur Umsetzung ihrer Agenda 2063, in welcher sie die Vision eines „integrierten, aufstrebenden und friedlichen Afrikas“ formuliert. Diese Vision stellt Ausgangspunkt und Triebfeder für die geplante Freihandelszone sowie für die parallel laufenden Verhandlungen zur Schaffung eines gemeinsamen Lufttransportmarktes dar. Im Kontext der AfCFTA wurde darüber hinaus ein zusätzliches Protokoll unterzeichnet mit dem Ziel, freien Personenverkehr innerhalb Afrikas zu ermöglichen. Damit kommt der AU eine wegweisende und beratende Rolle als Koordinatorin und Vermittlerin in den derzeit laufenden Verhandlungen der Mitgliedstaaten zur AfCFTA zu. Durch

ein gemeinsames Vorgehen der afrikanischen Staaten bei der wirtschaftlichen Vernetzung des Kontinents erhofft sich die AU zudem, langfristig ihre Position bei Verhandlungen auf globaler Ebene zu stärken. Letztlich ist die wirtschaftliche Integration der afrikanischen Staaten auch ein klares politisches Signal gegen Protektionismus und nationale Alleingänge sowie ein Beitrag zur Friedenssicherung.

Verhandlungen zur Schaffung der AfCFTA: Ambitionierter Fahrplan mit vielen Fragezeichen

Das von 2015 bis 2018 verhandelte Rahmenabkommen zur Schaffung der AfCFTA wurde von allen afrikanischen Staaten bis auf Eritrea unterzeichnet. Inzwischen hat etwa die Hälfte der unterzeichnenden Länder das Rahmenabkommen ratifiziert (s. Karte), welches im Mai 2019 völkerrechtlich in Kraft trat.

Die weiteren Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung des gemeinsamen Markts sollen in zwei Phasen erfolgen: Während der bereits begonnenen Phase I stehen die Protokolle zum Handel mit Waren und Dienstleistungen und Regelungen zum Streitschlichtungsverfahren im Fokus. Wichtigstes bisheriges Ergebnis ist die Einigung, die innerafrikanischen Zölle auf 90 Prozent aller Produktkategorien innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erlassen. Die verbleibenden Zölle sollen – mit Ausnahme weniger Zolllinien, die dauerhaft von der Liberalisierung ausgenommen werden – innerhalb von zehn Jahren abgeschafft werden. Diese Zehnjahres-Frist wurde für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) auf 13 Jahre verlängert, damit sie ihre Volkswirtschaften besser auf den zunehmenden innerafrikanischen Wettbewerb vorbereiten können. Die Verhandlungen über die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs konzentrieren sich auf fünf Sektoren: Transport, Kommunikation, Tourismus, Finanzdienstleistungen und unternehmensbezogene Dienstleistungen. In Phase II sollen die Protokolle zur Investitions- und Wettbewerbspolitik sowie zu Fragen des geistigen Eigentums verhandelt werden.

Nach wie vor bleiben viele Details und auch der genaue Zeitplan offen. Die AU zeigt sich dennoch ambitioniert und betonte auf dem Sondertreffen im Juli 2019, dass der Handel nach den Regeln der AfCFTA bereits vom 01. Juli 2020 an erfolgen soll. Ob dies gelingen wird, hängt unter anderem von der Frage ab, ob die afrikanischen Staaten über ausreichend Kapazitäten verfügen, die AfCFTA zu verhandeln und umzusetzen. In diesem Kontext ist auch die Frage nach der institutionellen Arbeitsteilung zwischen den

geplanten Organen der AfCFTA entscheidend. Auch wenn bereits im Rahmenabkommen Zuständigkeiten für diese definiert wurden, müssen die konkreten Arbeitsweisen erst noch etabliert werden. Es bleibt also abzuwarten, ob sich dieser ehrgeizige Fahrplan einhalten lässt.

Ausgestaltung der AfCFTA: eine anspruchsvolle Aufgabe

Das Abkommen konkret auszugestalten gleicht einer Herkulesaufgabe mit viel Konfliktpotenzial. Die Heterogenität der Vertragsstaaten mit Blick auf Größe, Einkommensniveau und Offenheit der Volkswirtschaften stellt eine große Herausforderung dar. Mögliche Ausnahmeregeln auf bestimmte Zolllinien sowie die Schutzmaßnahmen für sensible Industrien oder junge Industriezweige stehen auf der Liste möglicher Konfliktpunkte ganz oben.

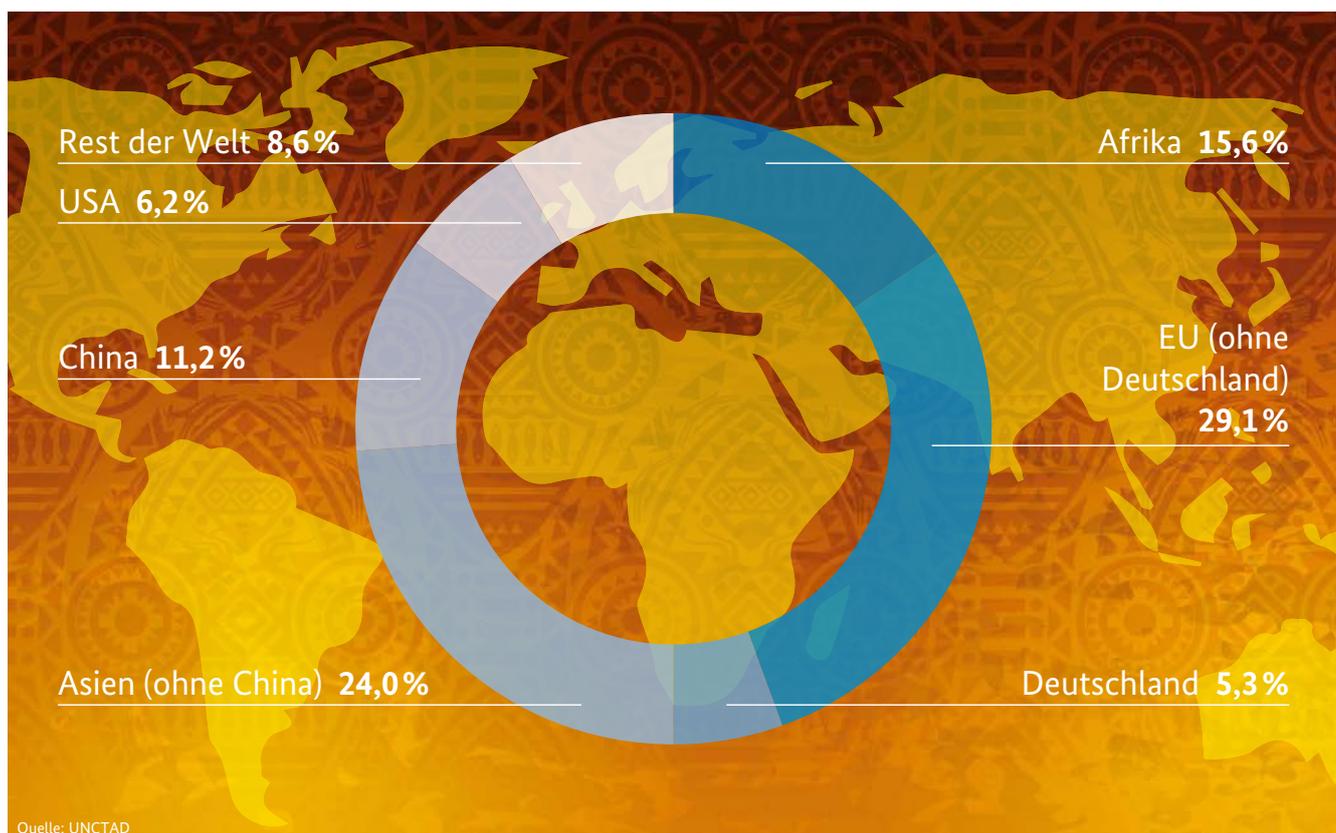
Um Nachverhandlungen und spätere Auseinandersetzungen zu vermeiden, ist es erforderlich, die Handelsregeln transparent, verständlich und eindeutig auszugestalten.

Dies betrifft insbesondere die Ursprungsregeln. Diese geben Auskunft, welche Produkte aufgrund ihrer Herkunft bzw. Weiterverarbeitung innerhalb Afrikas unter die Regelungen der AfCFTA fallen. Je strikter und komplexer diese Regeln sind, desto eher kann sichergestellt werden, dass nur afrikanische Produkte und Dienstleistungen von dem Abkommen profitieren. Da viele Staaten in Afrika die Kapazitäten erst aufbauen müssen, um strikte Ursprungsregeln wirksam durchzusetzen, empfehlen die Vereinten Nationen (UNCTAD, 2019) den Verhandlungspartnern, in der Anfangsphase der Umsetzung weniger restriktive Ursprungsregeln zu wählen.

Nationale Umsetzung: Herausforderungen insbesondere bei der Reduzierung nicht-tarifärer Handelshemmnisse

Um die AfCFTA erfolgreich umzusetzen, müssen auf nationaler Ebene kohärente und adäquate Maßnahmen ergriffen werden. Es gibt kein supra-nationales Organ, das für die Umsetzung der neuen Handelsregeln direkt verantwortlich

Abbildung 1: Warenhandel Afrika nach Exportdestinationen 2018



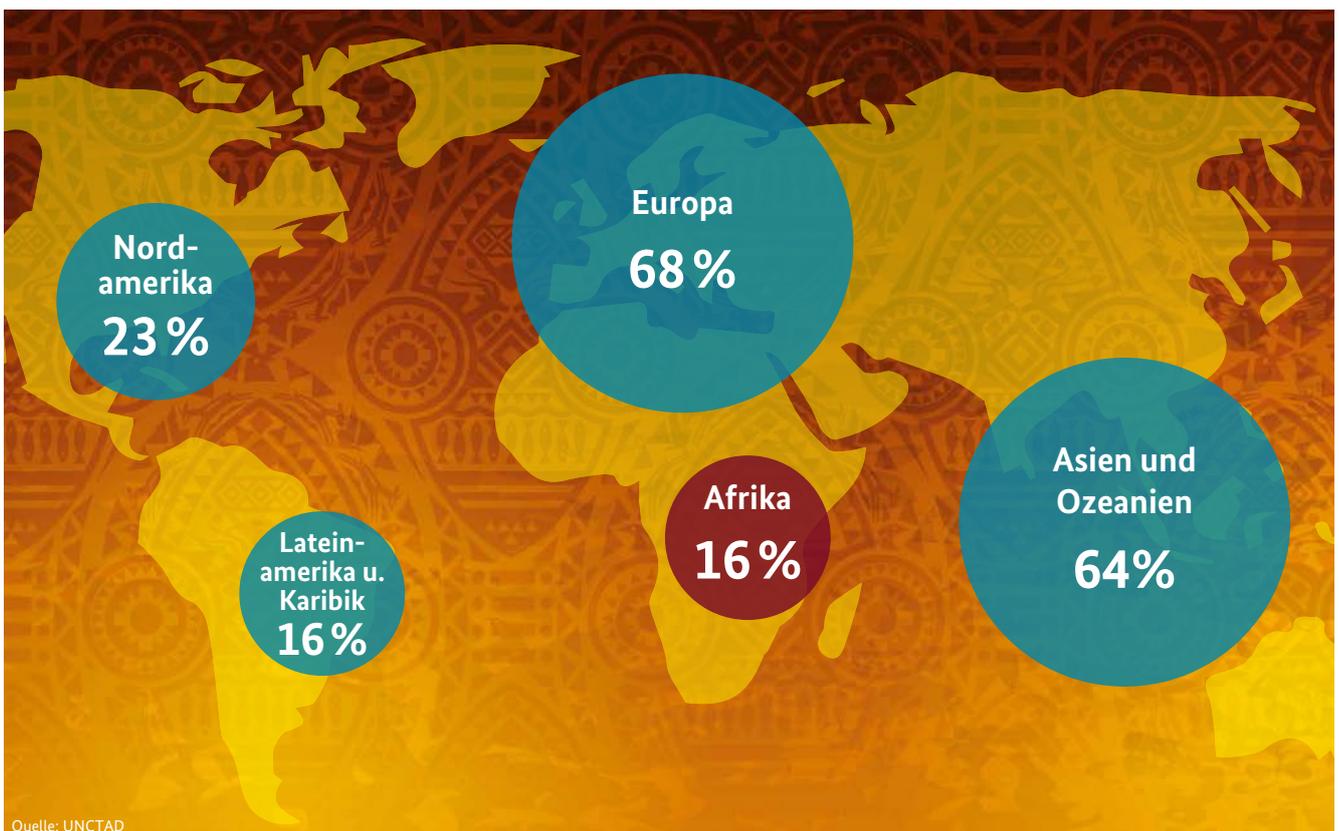
ist. Die AU unterstützt und koordiniert die Etablierung der AfCFTA, aber letzten Endes müssen nationale Gesetze und Verordnungen verabschiedet werden, um die Wirksamkeit der Handelsregeln zu gewährleisten.

Auch zum Abbau der nicht-tarifären Handelshemmnisse sind Maßnahmen auf nationaler Ebene notwendig. In Afrika sind diese Handelshemmnisse ein größeres Hindernis für den grenzüberschreitenden Handel als Zölle. Lange Wartezeiten an Grenzübergängen, Korruption und bürokratische Hürden bremsen den innerafrikanischen Handel bisher immens aus. Auch die fehlende oder marode Infrastruktur, wie überlastete Straßen oder zu kleine Brücken, stellt häufig ein Hindernis für den grenzüberschreitenden Handel dar. So kann ein Transport von Lagos nach Hamburg weniger kosten als ein Transport von Lagos nach Tema im benachbarten Ghana. Um die AfCFTA erfolgreich umzusetzen, ist es daher ebenso erforderlich, ein handelsfreundliches Rechtssystem zu schaffen, wie auch die Infrastruktur zu modernisieren.

EU und Deutschland unterstützen die Bemühungen der AU

Die Europäische Union (EU) und Deutschland fördern die Bemühungen der AU durch eine Reihe von Maßnahmen. Konkret unterstützt die EU die Verhandlungen der AfCFTA mit 50 Millionen Euro für den Zeitraum von 2018 bis 2020. Ein erstes Projekt mit einem Volumen von drei Millionen Euro wurde im Dezember 2018 in Zusammenarbeit mit der Economic Commission for Africa der Vereinten Nationen (UNECA) gestartet. Im selben Jahr half die EU afrikanischen Ländern mit fünf Millionen Euro, globale Zollstandards und weitere Handelserleichterungen umzusetzen. Zudem unterstützt die Bundesregierung die AfCFTA unter anderem über die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB).

Abbildung 2: Intra-kontinentaler Warenhandel 2018 (Anteil am Gesamtwarenhandel)



EU-Kommissionspräsident Juncker hatte im September 2018 angekündigt, langfristig ein Kontinent-zu-Kontinent-Abkommen zwischen EU und AU anzustreben. Dieses Abkommen könnte perspektivisch auf der AfCFTA aufbauen, erfordert auf afrikanischer Seite jedoch die tatsächliche Umsetzung der AfCFTA und eine Zollunion mit gemeinsamem Außenzoll. Da dies innerhalb der nächsten Jahre kaum realistisch erscheint, ist vorerst die Umsetzung der Economic Partnership Agreements (EPAs) der EU mit regionalen Staatengruppen in Afrika zentral.

Zusammenfassend erweisen sich die Bestrebungen der afrikanischen Staaten, eine pan-afrikanische Freihandelszone

zu gründen, als weiterer Schritt auf dem Weg zu einem integrierten, aufstrebenden und friedlicheren Afrika. Ein gemeinsamer afrikanischer Markt wird nicht nur afrikanischen, sondern auch europäischen Unternehmen neue Marktchancen bieten. Allerdings gilt es trotz der beeindruckenden Geschwindigkeit der vergangenen Verhandlungen weiter abzuwarten, wie ernst es die afrikanischen Regierungen mit der Umsetzung dieser Vision meinen.

Kontakt: Alessandro Hörmann, Dr. Ulrike Zirpel
Referat: Subsahara-Afrika

Literatur

Abrego, M. L., Amado, M. A., Gursoy, T., Nicholls, G. P., & Perez-Saiz, H. (2019). The African Continental Free Trade Agreement: Welfare Gains Estimates from a General Equilibrium Model. International Monetary Fund.

Saygili, M., Peters, R., & Knebel, C. (2017). African continental free trade area: Challenges and opportunities of tariff reductions. UN.

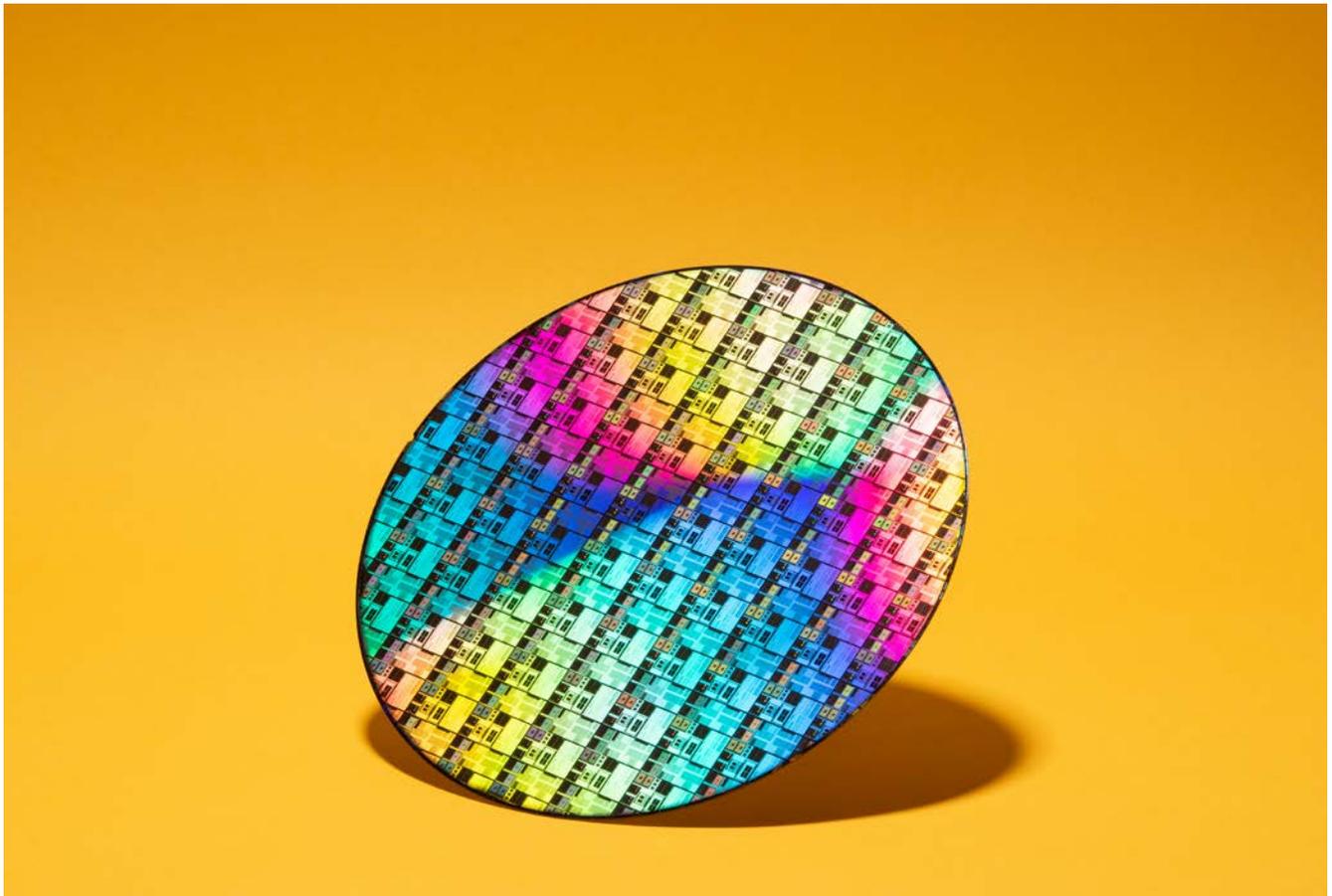
Tanyi, K. T. (2015). Assessing Africa's two billion populated market by 2063: The facts and fallacies of a Continental Free Trade Area (CFTA). Business and Economics Journal, 6(3), 1.

UNCTAD (2019). Economic Development in Africa Report 2019 (Made in Africa – Rules of Origin for Enhanced Intra-African Trade).

Zwerge mit riesiger Verantwortung

Warum die Mikroelektronik für Europa so wichtig ist

Ohne sie geht fast nichts mehr: Flugzeuge bleiben am Boden, Banken überweisen kein Geld und Patienten werden nicht behandelt. Mikroelektronische Komponenten steuern unser modernes Leben. Diese unverzichtbaren elektronischen Bauteile fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) im Rahmen eines „IPCEI Mikroelektronik“ (Important Project of Common European Interest) mit einer Milliarde Euro.



Winzige Komponenten überall

Ein Leben ohne Computer, Smartphone und viele internet-basierte Angebote wie Lieferdienste, Handelsplattformen und Social-Media-Kommunikation kann sich wohl kaum noch jemand vorstellen. Mikroelektronik leistet jedoch weit mehr, als den Alltag von Verbraucherinnen und Verbrauchern angenehmer zu gestalten. Chips, Sensoren und Co. steuern unseren Verkehr mit seinen Personen- und Warenströmen sowie unseren Energieverbrauch. Sie ermöglichen eine moderne medizinische Versorgung in Arztpraxen und OP-Sälen. In der Landwirtschaft kontrollieren sie, wie unsere Nahrungsmittel gedeihen, helfen bei Ernte und Verarbeitung. Behörden, Sicherheitskräfte und Wissenschaft arbeiten dank der IT-Infrastruktur schneller und bürgernäher. Kurzum, Mikroelektronik ist im 21. Jahrhundert geradezu überlebenswichtig: für die Bürgerinnen und Bürger, für die Unternehmen und den Staat. Und sie

wird es bleiben, denn die Digitalisierung schreitet dank technischer Innovationen – auch in der Mikroelektronik – immer weiter voran. Leistungsfähigere Chips und andere mikroelektronische Komponenten sind Schlüsseltechnologien für zahlreiche Anwendungen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft.

Branchenübergreifende Schlüsseltechnologie mit Hebelwirkung ...

Mikroelektronische Bauelemente werden in der Regel aus Halbleitermaterialien wie Silizium hergestellt. Unternehmen und Forschungseinrichtungen arbeiten daran, immer mehr Informationen auf immer geringerer Fläche noch schneller zu erfassen, zu verarbeiten und zu speichern. Solche mikroelektronischen Bauteile sind in nahezu allen elektronischen Geräten eingebaut. Deshalb gilt die Mikro-

Abbildung 1: Einsatz von Mikroelektronik



- 1 Fabrik: Roboter, Produktionsanlagen, Infrastruktur steuern die Prozesse und sorgen dafür, dass alles läuft.
- 2 Intelligente Verkehrsleitsysteme beruhen auf mikroelektronischen Bausteinen wie Sensoren und Aktoren.
- 3 Autos und Busse: Elektrobusse und autonom fahrende Autos können den Verkehr effizienter, nachhaltiger und sicherer gestalten – benötigen dafür aber leistungsstarke, sichere und energieeffiziente Mikroelektronik.
- 4 Flugzeug: Undenkbar: Flugzeuge ohne Chips, Sensoren und andere mikroelektronische Bauteile und Systeme, die besonders leicht und zuverlässig sein müssen.
- 5 Schule oder Uni: In Bildungseinrichtungen haben E-Learning-Formen, Whiteboards und natürlich die Kommunikations- und Unterhaltungselektronik in den letzten Jahren zunehmend Einzug gehalten.
- 6 Krankenhaus: Intelligente Operationssäle, die gesamte Steuerung des Krankenhauses ist ohne mikroelektronische Systeme nicht denkbar.
- 7 Büro: Die meisten Menschen arbeiten am oder unterstützt durch den Computer.
- 8 Pflegeheim: Unterstützung von Pflege durch Assistenzrobotik.
- 9 Wohnung/Zuhause: In unserem Zuhause halten immer mehr Smart-Home-Anwendungen Einzug, intelligente Kühlschränke und Sprachsteuerungsassistenten. Aber schon seit Jahrzehnten setzen beispielsweise Fernseher und Telefon auf Mikroelektronik.
- 10 Mikroelektronische Komponenten sorgen für eine intelligente Lichtsteuerung in der Stadt.
- 11 Menschen im Bild mit Smartphone/Laptop: Fast alle von uns sind fast immer online: Basis dafür sind leistungsstarke Bausteine und daraus entstehende Produkte.
- 12 Internet (Mast oder unsichtbar): Ohne Informationsverarbeitung und -speicherung kein Internet, die Grundlage für fast alle Anwendungen und die alles durchdringende Digitalisierung.
- 13 Energieversorgung/Windrad, Solaranlage: Die Energiewende braucht neue Energieformen, beispielsweise Sonnenenergie muss gespeichert, umgewandelt und weitergegeben werden: Wer kann das? Mikroelektronische Komponenten.
- 14 Landwirtschaft: Auch auf dem Feld und im Stall kommen mikroelektronische Komponenten zum Einsatz und erlauben effizientes und bodengerechtes Bestellen der Felder, effizientes Ernten und eine individuelle Versorgung der Tiere.

Quelle: BMWi

elektronik als Schlüsseltechnologie für Innovationen. Diese entfaltet eine volkswirtschaftliche Hebelwirkung und treibt die Entwicklung neuer marktfähiger Produkte voran: So arbeitet beispielsweise die Automobilindustrie an autonom fahrenden Fahrzeugen, der Maschinen- und Anlagenbau entwickelt hochautomatisierte und durch Künstliche Intelligenz (KI) gesteuerte Industrieanlagen und die Medizintechnik forscht an noch intelligenterer Bilderkennungssoftware, um zuverlässigere Diagnosen stellen zu können.

... und auf weltweitem Wachstumskurs

Es ist daher kein Wunder, dass der Bedarf an Mikroelektronikprodukten seit Jahrzehnten weltweit steigt – und zwar so rasant, dass Zulieferer ebenso wie Anlagenhersteller die Nachfrage der Halbleiterindustrie kaum bedienen können. Der globale Halbleitermarkt wuchs in den letzten Jahren stetig, 2017 um rekordverdächtige 21,6% und 2018 um 13,7%. Auch der deutsche Halbleitermarkt nahm laut dem

Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI) 2018 gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent auf 14 Milliarden Euro zu. 2018 lag das weltweite Marktvolumen von Halbleitern bei 469 Milliarden US-Dollar. Marktgröße und Wachstum verteilen sich dabei ungleichmäßig über die Weltregionen. China belegt mit 158,4 Milliarden US-Dollar Platz 1. Mit weitem Abstand folgen die USA (95,2 Milliarden US-Dollar), Südkorea (48,8 Milliarden US-Dollar) und die Europäische Union (EU) (41,2 Milliarden US-Dollar).

Europa mag auf den ersten Blick kein großer Player im Vergleich zu Asien und den USA sein. Jedoch arbeiten im „Silicon Europe“ zurzeit etwa 400.000 Menschen in Unternehmen und Forschungseinrichtungen mit ihrer Expertise an neuen Technologien „Made in Europe“. Dank ihnen ist Europa führend bei Halbleitern für die Automobil- und Industrieelektronik. Dort entwickelte Lösungen in der Mikroelektronik sind damit indirekt die Grundlage für Millionen Arbeitsplätze in den Zulieferindustrien und in nachgelagerten Anwendungen.

Mikroelektronik in Deutschland

In Deutschland haben sich vor allem Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Südwestdeutschland zu starken Zentren der Halbleiterindustrie bzw. der Mikroelektronik entwickelt. Allein im sogenannten „Silicon Saxony“ arbeiten rund 25.000 Menschen.

Zum weit verzweigten Netzwerk der Mikroelektronik-Akteure gehören neben namhaften Großunternehmen und Forschungseinrichtungen auch weit über tausend kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Viele sind auf Gebiete wie Sensorik, Verbindungstechnik oder Systemintegration spezialisiert und auf dem Weltmarkt erfolgreich.

IPCEI: Gemeinsam in Europa für die mikroelektronische Zukunft

Künstliche Intelligenz, Internet der Dinge, Elektromobilität und autonomes Fahren: In den Technologien der Zukunft wird es noch wichtiger sein, über welche Fähigkeiten Chips und Co. verfügen und mitzubestimmen, wofür und wie sie verwendet werden. Aus wirtschaftlicher und (sicherheits-)politischer Sicht ist es wichtig, dass Deutschland und Europa ihre Mikroelektronik-Kompetenzen stärken und Produktionskapazitäten entsprechend ausrichten: eine Aufgabe, die die EU-Mitgliedstaaten am besten gemeinsam schultern können.

IPCEI – einfach erklärt

Mit einem „Important Project of Common European Interest“ können EU-Mitgliedstaaten erstmals Innovationen bis zur ersten gewerblichen Nutzung fördern. Das ist neu, denn grundsätzlich dürfen EU-Staaten Innovationen außerhalb von Regionalfördergebieten nur als Forschungs- und Entwicklungsprojekte fördern. Damit soll der Wettbewerb gewahrt werden. Gibt es aber ein übergeordnetes europäisches Interesse und sind die zu tätigen Investitionen nicht alleine von den Unternehmen zu stemmen, können solche Projekte dank spezieller Beihilferegeln von mehreren Staaten gemeinsam umgesetzt werden. Ein IPCEI erfordert die beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission. Diese achtet darauf, dass alle EU-Mitgliedstaaten profitieren können und keine unverhältnismäßige Wettbewerbsverzerrung stattfindet. Das Fördergeld kommt bisher aus den beteiligten Ländern selbst, nicht von der EU.

Ende 2018 hat die Europäische Kommission das „Important Project of Common European Interest (IPCEI) Mikroelektronik“ beihilferechtlich genehmigt. Damit wurde mehreren europäischen Ländern erlaubt, gemeinsam länderübergreifende Kooperationsprojekte mit großen Synergien in der Mikroelektronik zu unterstützen – und zwar erstmalig bis zur ersten gewerblichen Nutzung.

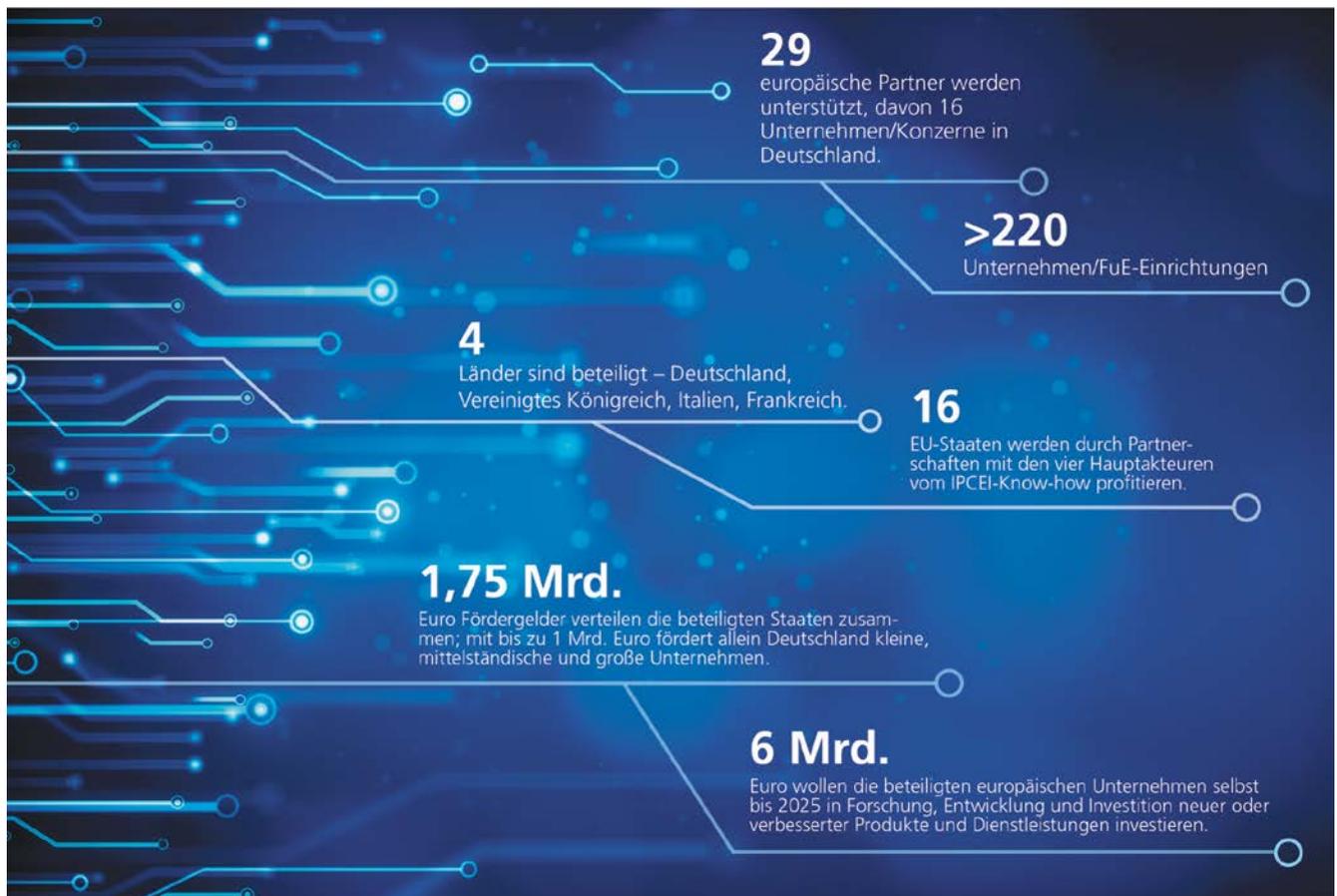
Weil die Mikroelektronik erheblichen Einfluss auf die Innovationsfähigkeit Europas hat, ist es kein Zufall, dass sich das europaweit erste derartige IPCEI gerade dieser Schlüsseltechnologie widmet. Mit dem „IPCEI Mikroelektronik“ wollen Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich die europäischen Kompetenzen in diesem Feld erhalten und weiter ausbauen. Zudem wollen sie sicherstellen, dass möglichst die gesamte Wertschöpfungskette der Mikroelektronik hiesigen Akteuren zuverlässig zur Verfügung steht. Das heißt vor allem, dass Europa Schlüsselkomponenten der Mikroelektronik auch selbst produzieren kann. Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich fördern mit staatlichen Mitteln in Höhe von insgesamt 1,75 Milliarden Euro die Entwicklung neuer mikroelektronischer Produkte über Branchen- und Ländergrenzen hinweg.

Erstmalig wurde damit das übergeordnete europäische Interesse an einer wichtigen Schlüsseltechnologie in eine gemeinsam getragene Fördermaßnahme übersetzt. Gerade Investitionen in der Mikroelektronik sind häufig finanziell sehr riskant. Mit der Unterstützung durch den jeweiligen Staat werden Unternehmen dazu motiviert, ehrgeizige Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsmaßnahmen voranzubringen. Im Rahmen von „IPCEI Mikroelektronik“ können Unternehmen auch in spezielle Ausrüstung und Baumaßnahmen investieren und damit Bedingungen schaffen, die langfristig und für viele Zwecke nutzbar sind. Im „IPCEI Mikroelektronik“ ist daher auch die ganze weitverzweigte Mikroelektronik-Themenfamilie versammelt: z. B. Optikentwicklung, Design von Hardware, Prozesswissen, Produktionsanlagen, Chipherstellung sowie nachgelagerte Anwendungen der verschiedensten Branchen.

Bis in jeden Winkel Europas

Am „IPCEI Mikroelektronik“ sind direkt 29 europäische Unternehmen beteiligt. Sie setzen 40 eng miteinander zusammenhängende Teilprojekte um. Diese Unternehmen werden im Laufe des Projekts mit zahlreichen weiteren Partnern wie beispielsweise Forschungsorganisationen oder kleinen und mittleren Unternehmen zusammenarbeiten, und zwar über die vier beteiligten Mitgliedstaaten der EU hinaus. Das technologische Wissen, das die beteiligten Unternehmen im Zuge von „IPCEI Mikroelektronik“ generieren, soll auf diese Weise weit über die vier beteiligten Mitgliedstaaten in der europäischen Mikroelektronikbranche verbreitet werden und so möglichst vielen zugutekommen. Geplant sind Veranstaltungen, Publikationen und länderübergreifende Kooperationen wie z. B. Zulieferungen

Abbildung 2: „IPCEI Mikroelektronik“ in Zahlen



Quelle: BMWi

von Materialien und Ausrüstungen für die Fertigung durch europäische Hersteller. Denn: „IPCEI Mikroelektronik“ soll nicht nur auf dem Papier ein europäisches Projekt sein, sondern bis in jeden Winkel Europas bekannt werden und auch dort andere Branchen und Anwendungen voranbringen.

Schon heute zeigt das „IPCEI Mikroelektronik“ Vorbildcharakter: Mittlerweile sind weitere IPCEI initiiert worden, bei denen unter anderem mobile und stationäre Energiespeicher im Fokus stehen.

Eine Milliarde Euro für deutsche Unternehmen

Den mit einer Milliarde Euro größten Betrag der beteiligten Mitgliedstaaten trägt das BMWi. Damit werden 16 Unternehmen mit Betriebsstätten in Deutschland unterstützt, die ihrerseits insgesamt mehr als 2,6 Milliarden Euro in Forschung, Entwicklung und Umsetzung investieren. Die Förderung durch das BMWi hat hier noch einmal für einen besonderen Schub gesorgt und Investitionen unterstützt, die sonst nicht oder nicht in dieser Höhe getätigt worden wären. So entsteht in diesem Zusammenhang beispielsweise in Dresden die größte Chipfabrik Europas und in Oberkochen einer der größten sogenannten Reinräume Europas. Mit dem finanziellen Anschub des BMWi hat die deutsche Mikroelektronikindustrie die Chance, in neuen, hochmodernen Fabriken innovative Fertigungstechnologien und -prozesse für die Massenfertigung von Chips und mikroelektronischen Systemen zu entwickeln.

Förderung in Deutschland für fünf konkrete Themenfelder

Die Projekte widmen sich fünf verschiedenen Technologiebereichen:

1. **Energieeffiziente Chips** können den Gesamtenergieverbrauch von elektronischen Geräten deutlich verringern.
2. **Leistungshalbleiter** können zum Beispiel in intelligenten Geräten, in Elektro- und Hybridfahrzeugen oder bei der Stromübertragung eingesetzt werden.

3. **Intelligente Sensoren** können unter anderem dazu beitragen, die Fahrzeugsicherheit zu verbessern. Zum Beispiel beim Fahrspurwechsel oder beim Umfahren eines Hindernisses kann das Fahrzeug so verlässlicher und schneller reagieren.

4. **Fortgeschrittene optische Geräte** ermöglichen verbesserte Technologien für zukünftige High-End-Chips und die Chipherstellung.

5. **Verbundwerkstoffe** sollen Silizium ersetzen und den Fortschritt in der Chipentwicklung beschleunigen.

Diese fünf Technologiebereiche ergänzen sich gegenseitig und sind eng miteinander verflochten – Chips werden normalerweise nicht separat, sondern als Teil eines integrierten Systems geliefert. Aus diesem Grund arbeiten die Unternehmen an 40 eng miteinander verknüpften Teilprojekten zusammen.

Der Blick nach vorn

Wie schnell und erfolgreich die Digitalisierung in Deutschland und Europa gelingt, hängt u. a. davon ab, ob hier genügend leistungsstarke mikroelektronische Systeme gefertigt werden können. Deutschland und Europa müssen im internationalen Technologiewettbewerb vorne mitspielen, denn nur so sichern wir gemeinsam die Zukunft unserer Volkswirtschaften und unseren Lebensstandard.

Mit dem „IPCEI Mikroelektronik“ ist ein wegweisender Schritt in diese Richtung gelungen. Bis 2025 sollen die geplanten Investitionen in der EU umgesetzt werden. Die Mikroelektronikbranche in Europa dürfte daraus gestärkt hervorgehen. Und das BMWi trägt dazu bei, vertrauenswürdige und leistungsfähige Mikroelektronik „Made in Germany“ und „Made in Europe“ voranzutreiben.

Kontakt: Franziska Wonneberg
Referat: Investitionsgüterindustrie

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Handelsstreit belastet Dynamik.

Die Weltkonjunktur leidet unter Handels- und geopolitischen Konflikten. Zwar hat sich das BIP-Wachstum der Welt im ersten Quartal 2019 leicht beschleunigt, für das zweite Quartal zeichnet sich jedoch wieder eine Abschwächung ab.

So konnte die US-Wirtschaft ihren starken Jahresauftakt im zweiten Quartal nicht halten. Auch das Wachstum in Europa verlangsamt sich im Frühjahr. Die japanische Wirtschaft schwächelte ebenfalls aufgrund ausbleibender Impulse aus der Außenwirtschaft.

Die Entwicklung in den Schwellenländern verlief im ersten Quartal gedämpft. So konnte die russische und die indische Wirtschaft ihr Expansionstempo nicht halten. In Brasilien schrumpfte die Wirtschaft sogar leicht. Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft ist weiterhin hoch, scheint sich aber weiter abzuschwächen.

Die Indikatoren bieten einen nüchternen Ausblick. Nach ihrer Drosselung im April wurde die weltweite Industrieproduktion im Mai kaum hochgefahren (+0,2%). Bei leichter Belebung in den entwickelten Volkswirtschaften und erneutem Rückgang bei den Schwellenländern fällt der Vorjahresvergleich gegenüber früheren Jahren schwach aus (+1,3%). Auch der Welthandel nahm im Mai nach einem rückläufigem Vormonat nur leicht zu (+0,3%) und enttäuscht im Vorjahresvergleich (-0,4%). Der globale Einkaufsmanager-

index von Markit verbesserte sich im Juli zwar etwas; der Teilindex für die Industrie fiel jedoch nach seinem 15. Rückgang in Folge noch tiefer unter die Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Das ifo Weltwirtschaftsklima für das dritte Quartal 2019 ist unterkühlt.

Der IWF rechnet in seiner letzten Prognose vom Juli mit einer Abschwächung des globalen Wachstums im Jahr 2019 auf 3,2% nach 3,6% im Jahr 2018. Die vielfältigen Risiken für die Weltwirtschaft bleiben bestehen; das betrifft allen voran die derzeit schwelenden Handelskonflikte.

USA: Binnenwirtschaft stützt zweites Quartal.

Das US-amerikanische BIP wuchs im zweiten Quartal 2019 preis- und saisonbereinigt um 0,5%. Maßgebliche Impulse stammten erneut vom privaten sowie öffentlichen Konsum. Aufgrund eines Rückgangs der Investitionen sowie der Exporte fiel das Wachstum jedoch geringer aus als im Vorquartal (+0,8%).

Für die weitere Entwicklung zeigen die Indikatoren eher eine Wachstumsverlangsamung an. Die Industrieproduktion blieb im Juni gegenüber dem Vormonat zwar in etwa konstant, zeigt aber seit Jahresbeginn einen abwärts gerichteten Trend. Auch die Auftragseingänge nehmen tendenziell ab. Im Juni erhöhten sie sich nur leicht (+0,6%), nachdem sie im April und im Mai deutliche Rückgänge verzeichnet hatten. Der zusammengesetzte Markit Einkaufsmanager-Index blieb trotz einer Erholung im Juli auf unterdurchschnittlichem Niveau, wobei der Teilindex für die Industrie etwas nachgab und nur knapp oberhalb der Wachstumsschwelle lag. Der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe verschlechterte sich im Juli hingegen zum vierten Mal in Folge nach und befand sich damit unter seinem durchschnittlichen Niveau.

In seiner Projektion vom Juli geht der IWF von einer Zunahme des BIP in Höhe von 2,6% im Jahr 2019 aus, nach 2,9% im Jahr 2018. Risiken ergeben sich vor allem aus dem Handelskonflikt mit China und geopolitischen Spannungen.

Japan: Wachstum geht zurück.

Im zweiten Quartal 2019 stieg das japanische BIP preis- und saisonbereinigt um 0,4% gegenüber dem Vorquartal

Industrieproduktion international
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2018 Q2	2018 Q3	2018 Q4	2019 Q1	2019 Q2
Euroraum	0,4	0,2	0,2	0,4	0,2
USA	0,9	0,7	0,3	0,8	0,5
Japan	0,4	-0,5	0,4	0,7	0,4

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	März	Apr.	Mai	Juni	Juli
Euroraum	7,7	7,6	7,6	7,5	-
USA	3,8	3,6	3,6	3,7	3,7
Japan	2,5	2,4	2,4	2,3	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	März	Apr.	Mai	Juni	Juli
Euroraum	1,4	1,7	1,2	1,3	1,1
USA	1,9	2,0	1,8	1,6	1,8
Japan	0,5	0,9	0,7	0,7	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond.

(+0,7%). Ausschlaggebend waren der private und öffentliche Konsum, während Impulse von der Auslandsnachfrage ausblieben.

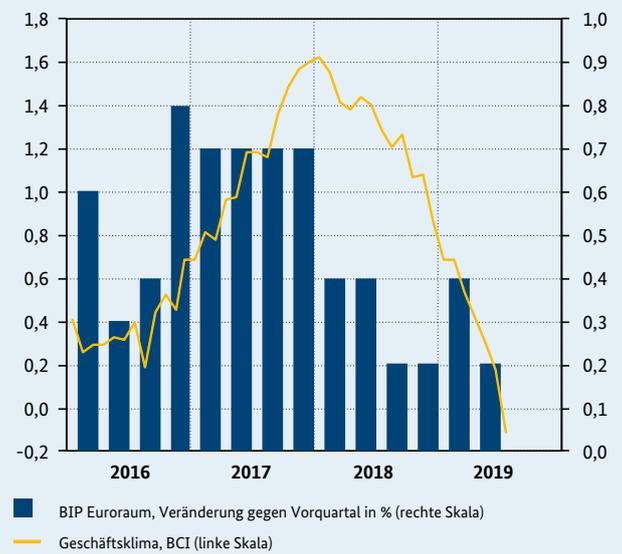
Die aktuellen Indikatoren sprechen für eine weitere Abkühlung der japanischen Konjunktur im späteren Jahresverlauf. So fiel die Industrieproduktion im Juni auf den tiefsten Stand seit drei Jahren (-3,5%). Auch die Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes verringerten sich kräftig (-7,4%). Sowohl der Tankan-Index als auch der Markt Einkaufsmanagerindex für die Industrie trübten sich zuletzt weiter ein. Der Tankan-Index war zuletzt nur noch schwach positiv und der Markt-Index für die Industrie lag unter seiner Wachstumsschwelle. Der IWF erwartet in seiner Projektion vom Juli ein Wachstum des japanischen BIP in Höhe von 0,9% im Jahr 2019 (2018: +0,8%).

Euroraum und EU: Gedämpfter Ausblick.

Die Konjunktur des Euroraums verlor im zweiten Quartal an Tempo. Die wirtschaftliche Aktivität nahm preis- und saisonbereinigt um 0,2% zu nach einem Anstieg um 0,4% im Vorquartal. Auf EU-Ebene wuchs das BIP ebenfalls um 0,2% (Q1: +0,5%).

Euroraum: BIP und Geschäftsklima

(saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Europäische Kommission.

Eine Bremswirkung ging von der Entwicklung in Deutschland (-0,1%) sowie im Vereinigten Königreich aus, wo das BIP ebenfalls leicht zurückging (-0,2%). Das französische sowie spanische Wachstum fiel ebenfalls schwächer aus als zuvor (+0,2% bzw. +0,5%). In Italien stagnierte die Wirtschaft (+0,0%).

Die Indikatoren für den Euroraum sprechen nicht für eine deutliche Belebung. Die Industrieproduktion nahm im Juni nach leichter Belebung im Mai kräftig um 1,6% ab und zeigt seit 2018 leicht abwärts. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe folgten derweil ihrem seit Jahresbeginn 2018 abwärts gerichteten Trend (-2,1%). Insgesamt deuten die Frühindikatoren auf eine abgeschwächte Dynamik hin. Sowohl der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission als auch der Markt Einkaufsmanagerindex für die Industrie trübten sich weiter ein. Der europäische Arbeitsmarkt ist jedoch nach wie vor in guter Verfassung. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag im Juni mit 7,5% auf ihrem niedrigsten Stand seit Juli 2008.

Der IWF geht in seiner Prognose vom Juli von einem Anstieg des BIP im Eurogebiet von 1,3% im Jahr 2019 aus (2018: +1,9%). Der Brexit-Prozess bleibt ein Risikofaktor für die Konjunktur.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die globale Handelsschwäche hat die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal geringfügig schrumpfen lassen. Die Binnenwirtschaft ist aber weiter robust.

Die exportorientierte deutsche Wirtschaft agiert weiterhin in einem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld. Ihr Bruttoinlandsprodukt (BIP) schwächte sich im zweiten Quartal preisbereinigt leicht um 0,1% ab.^{1,2} Nach dem soliden Wachstum im ersten Quartal erbrachte sie dennoch die zweithöchste Wirtschaftsleistung in der Historie der Bundesrepublik. Einem bei rückläufigen Exporten negativen Wachstumsbeitrag des Außenhandels stand eine weiterhin robuste binnenwirtschaftliche Nachfrage gegenüber. Unter der stotternden globalen Wirtschaft leidet weiterhin vor allem das Verarbeitende Gewerbe. Während die mehr binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereiche ihre Wertschöpfung weiter ausweiteten, zeigten sich bei industrienahen Dienstleistungen erste Bremspuren. Hinzu kam nach dem milden Winterquartal eine schwache Frühjahrsbelebung beim Bau. Die heimische Energieerzeugung wurde angesichts günstigerer Energieimporte zurückgefahren.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

(Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, preis-, kalender- und saisonbereinigt)



Der Ausblick bleibt vorerst gedämpft. Die Handelskonflikte haben sich zuletzt weiter verschärft und die Aussichten auf einen geordneten Brexit nicht verbessert. Vor diesem Hintergrund haben sich die Konjunkturindikatoren abgeschwächt. Der Absatz und die Auftragseingänge in der Industrie sind merklich niedriger als vor einem Jahr und das Geschäftsklima hat sich deutlich eingetrübt. Auf der anderen Seite ist die Binnenkonjunktur, wenn auch nicht gänzlich unbeeindruckt, durchaus weiterhin intakt. Beschäftigung und Löhne steigen und die Geld- und Fiskalpolitik liefern positive Impulse. Ein starker Abschwung ist daher wenig wahrscheinlich, solange nicht weitere massive Störungen von der Weltwirtschaft ausgehen.

2. Produzierendes Gewerbe

Im Juni sind die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe um 2,5% gestiegen, während die Produktion um 1,5% zurückging.

In der Quartalsbetrachtung verzeichnen jedoch beide Bereiche im Vergleich zum ersten Quartal 2019 einen Rückgang.

Die Konjunktur im Produzierenden Gewerbe bleibt auch im Juni schwach. Während das Baugewerbe auf abgeschwächtem Niveau stagnierte (+0,3%), ging der Ausstoß in der Industrie im Juni um 1,8% zurück. Sie bekommt die Auswirkungen der Handelskonflikte und die damit einhergehende Flaute der Weltkonjunktur deutlich zu spüren. Dadurch verzeichnet die Produktion im Produzierenden Gewerbe im Juni insgesamt einen Rückgang von 1,5%. Im Vergleich des zweiten gegenüber dem ersten Quartal 2019 zeigt sich für die beiden wichtigsten Teilbereiche im Produzierenden Gewerbe eine rückläufige Entwicklung von -1,7% in der Industrie und -1,1% im Baugewerbe. Auch die heimische Energieerzeugung wurde im zweiten Quartal zumindest teilweise wegen günstigerer Energieimporte um 5,9% merklich zurückgefahren.

Die Abnahme der Erzeugung innerhalb der Industrie erfolgte im zweiten Quartal vor allem bei den Vorleistungs- und Investitionsgütern. Auch war die Mehrzahl der Wirtschaftszweige betroffen, insbesondere Bereiche wie

- 1 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2019.
- 2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. August 2019 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

Maschinenbau, Kfz, Metallserzeugnisse und elektrische Ausrüstungen.



Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q1	Q2	Apr.	Mai	Juni
Produktion					
Insgesamt	-0,8	-1,7	-2,2	0,8	-1,8
Vorleistungsgüter	0,0	-2,3	-1,5	-0,6	-2,0
Investitionsgüter	-1,7	-1,7	-3,4	2,0	-1,8
Konsumgüter	0,2	-0,3	-0,5	0,6	-1,4
Umsätze					
Insgesamt	1,2	-1,8	-0,5	-1,3	-0,1
Inland	0,9	-2,3	0,5	-2,1	-1,2
Ausland	1,5	-1,2	-1,6	-0,6	1,0
Auftragseingänge					
Insgesamt	-4,2	-1,0	0,5	-2,0	2,5
Inland	-2,7	-4,1	-0,8	0,9	-1,0
Ausland	-5,2	1,3	1,4	-3,9	5,0
Vorleistungsgüter	-3,1	-2,4	-0,5	-1,5	1,3
Investitionsgüter	-5,3	-0,6	1,2	-2,4	3,7
Konsumgüter	0,0	2,6	0,1	-0,6	-0,4

Quellen: StBA, BBk.

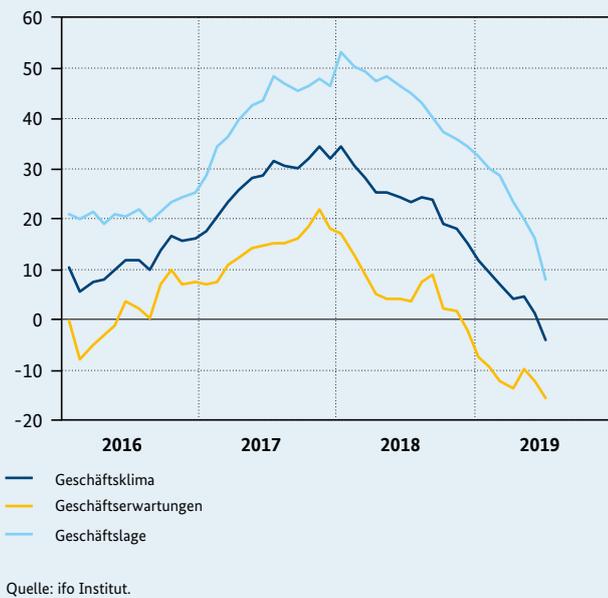
Die Umsätze in der Industrie stagnierten im Juni auf abgeschwächtem Niveau (-0,1%). Im Mai waren sie um 1,3% zurückgegangen. Im Quartalsvergleich ergab sich ein Rückgang um 1,8%. Die Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten verzeichneten hierbei die stärksten Einbußen mit jeweils -2,2% und -2,0% gegenüber dem ersten Quartal 2019. Insbesondere ein Einbruch der Nachfrage aus dem Nicht-Euroraum war hierfür maßgeblich. Ein kräftiges Minus von 3,2% bei den Investitionsgütern im Inland deutet darüber hinaus auf eine abgeschwächte Investitionsaktivität der deutschen Unternehmen im zweiten Quartal 2019 hin.



Die Nachfrage nach industriellen Produkten hat sich im Juni mit einem Plus von 2,5% im Vergleich zum Mai zunächst positiv entwickelt. Diese Entwicklung wurde maßgeblich von Aufträgen aus dem Nicht-Euroraum getrieben, die zusammen mit umfangreichen Großaufträgen um 8,6% zunahmen. Bereinigt um Großaufträge fielen die Auftrags-eingänge im Juni jedoch um 0,4% geringer aus als im Vormonat. Im gesamten zweiten Quartal ergab sich im Verarbeitenden Gewerbe ein Auftragsrückgang um 1,0% gegenüber dem Vorquartal, nachdem die Aufträge im ersten Quartal bereits um 4,2% zurückgegangen waren. Die Bestellungen aus dem Inland und aus dem Euroraum gingen um 4,1% bzw. 3,4% zurück, während aus dem Nicht-Euroraum ein Orderzuwachs von 4,5% zu verzeichnen war. Bereinigt um Großaufträge ergab sich im zweiten Quartal ein Rückgang um 2,1%

Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe hat sich im Juli erneut weiter eingetrübt. Der seit Herbst 2018 bestehende Abwärtstrend wird hiermit auch im Juli fortgesetzt.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe (saisonbereinigt, Salden)



Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q1	Q2	Apr.	Mai	Juni
Insgesamt	0,6	3,5	-0,1	-1,8	-2,4
Bauhauptgewerbe	0,2	3,9	-0,5	-1,6	-2,2
Ausbaugewerbe	1,2	3,2	0,3	-2,1	-2,5

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q4	Q1	März	Apr.	Mai
Insgesamt	10,1	-2,0	-2,2	-1,7	-4,2
Hochbau	4,5	3,5	-1,3	0,7	-5,0
Wohnungsbau*	9,6	-6,3	7,1	-4,2	0,6
Gewerblicher*	0,8	10,7	-2,8	5,4	-5,9
Öffentlicher*	-0,5	14,9	-18,7	0,3	-19,8
Tiefbau	16,7	-7,5	-3,3	-4,4	-3,4
Straßenbau*	7,2	6,0	-8,3	-2,8	-9,6
Gewerblicher*	25,1	-18,8	2,3	-11,0	3,6
Öffentlicher*	17,5	-7,3	-3,1	2,9	-3,4
Öffentlicher Bau insg.	9,3	2,6	-8,7	-0,3	-9,3

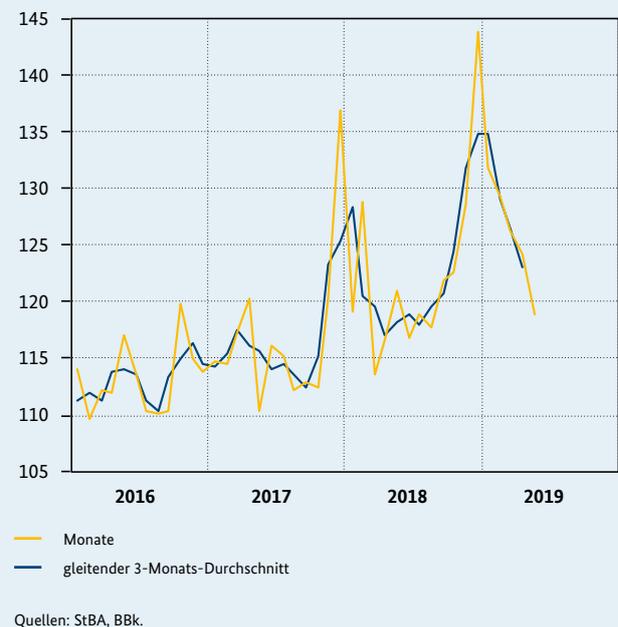
Quellen: StBA, BBk.

* Angaben in jeweiligen Preisen

Sowohl Einschätzungen zur Lage als auch die Erwartungen zeichneten ein pessimistischeres Bild. Der IHS Markt Einkaufsmanagerindex ging im Juli ebenfalls zurück und stützt damit die Einschätzung eines gedämpften Geschäftsklimas. Insgesamt setzen die Stimmungsindikatoren ihre Talfahrt fort und zeigen ein deutlich getrübtetes Konjunkturbild für die deutsche Industrie an.

Im Baugewerbe fiel die Frühjahrsbelebung schwach aus. Das erste Quartal war mit seinem starken Aufwuchs um 1,6%, der zumindest teilweise auch auf geringe witterungsbedingte Produktionsbehinderungen zurückging, auch ein strenger Maßstab. Die Produktion im Baugewerbe zeigte im Juni zwar ein leichtes Plus von 0,3%, aber nach dreimonatigem Rückgang in Folge. Im Quartalsvergleich ergab sich damit ein Produktionsrückgang um 1,1%.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sind im Mai mit einem kräftigen Minus von 4,2% zum fünften Mal in Folge zurückgegangen. Monatlich sehr stark schwankende Aufträge sind im Baugewerbe aber nicht ungewöhnlich und ergeben sich durch Großaufträge beispielsweise für Infrastrukturprojekte. Insgesamt bleibt das Auftragsniveau gerade bei einer gewissen Glättung durch Mehrmonatsbetrachtung weiterhin deutlich über dem Niveau der Auftragseingänge vor Jahresfrist.

Das ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe ist dementsprechend vergleichsweise positiv und hat sich im Juli kaum zum Vormonat verändert. Ein leichter Rückgang in der Einschätzung der aktuellen Geschäftslage wurde hierbei durch positivere Erwartungen für die kommenden Monate aufgefangen. Insgesamt ist daher von einer Fortsetzung der Hochkonjunktur im Baugewerbe auszugehen.

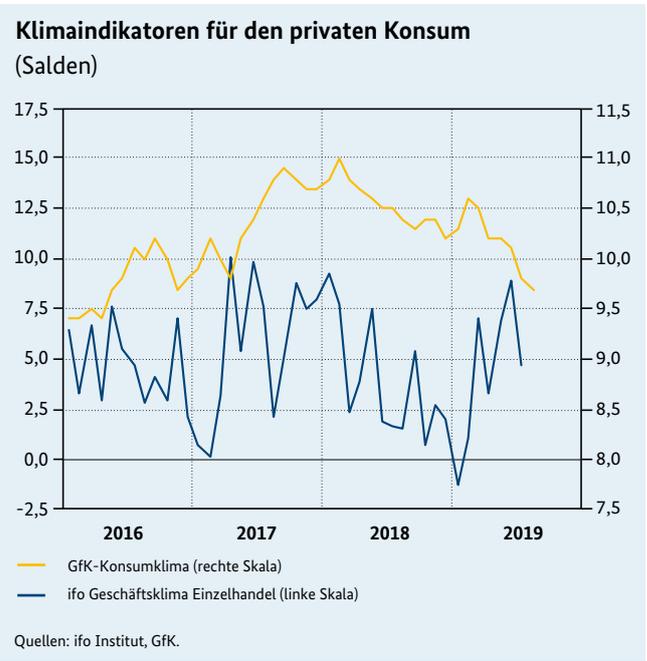
3. Privater Konsum

Die Umsätze im Einzelhandel sind im Juni nach den Umsatzrückgängen im April und Mai wieder gestiegen.

Die privaten Konsumausgaben sind weiterhin eine entscheidende Stütze für die binnenwirtschaftliche Entwicklung. Dennoch ist absehbar, dass sie im zweiten Quartal weniger stark zugenommen haben als im durch Nachholeffekte gekennzeichneten konsumstarken ersten Quartal. So haben sich die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) nach dem Rückgang im April und Mai wieder erholt und sind im Juni saisonbereinigt um 3,1% gestiegen. Die Umsätze im Einzelhandel legten im gesamten zweiten Quartal damit um 0,4% gegenüber dem Vorquartal zu. Nach den Nachholeffekten im ersten Quartal in Folge des WLTP-Zulassungsstaus entwickelten sich die Pkw-Neuzulassungen danach weniger

dynamisch. Im zweiten Quartal gingen sie um 1,2% zurück, die der privaten Halter sanken in größerem Umfang (-2,1%). Im Juli gab es dann wieder Zuwächse bei den Zulassungen.

Die Klimaindikatoren für den privaten Konsum zeichnen im Juli weiterhin ein eher günstiges Bild. Der ifo Geschäftsklimaindex ist im Einzelhandel im Juli zwar gesunken, insgesamt bewegt er sich aber eher seitwärts. Allerdings stehen der sehr positiven Lagebeurteilung immer skeptischer werdende Erwartungen gegenüber. Im Handel insgesamt, also einschließlich Großhandel, hat sich das Geschäftsklima dagegen bereits etwas mehr eingetrübt. Auch das GfK-Konsumklima fiel zum dritten Mal in Folge, fällt mit 9,7 Punkten für August aber immer noch überdurchschnittlich aus. Dies alles spricht dafür, dass die privaten Konsumausgaben, gestützt auf eine solide Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung, auch weiterhin zunehmen werden und zusammen mit den staatlichen Konsumausgaben eine verlässliche Basis der Binnenkonjunktur bleiben.



4. Außenwirtschaft

Im Juni als auch für das zweite Quartal ergab sich ein Rückgang für die deutschen Aus- und Einfuhren.

Die aktuelle Indikatorenlage spricht nicht für eine spürbare Belebung im weiteren Jahresverlauf.

Der Außenhandel dämpfte im zweiten Quartal zumindest rechnerisch das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, da die preisbereinigten Exporte stärker abnahmen als die Importe.

Im Juni 2019 wurden von Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 129,0 Mrd. Euro exportiert. Damit nahmen die Ausfuhren im Juni gegenüber Mai saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 1,5 % ab. Für das zweite Quartal ergab sich ein Minus von 1,8 %. Bei weitgehend konstanten Ausfuhrpreisen dürfte der Rückgang auch in realer Rechnung entsprechend ausfallen.

Den Ausfuhren standen im Juni Einfuhren von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 113,8 Mrd. Euro gegenüber. Im Vergleich zum Vormonat resultiert daraus saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen eine Absenkung um 0,1 %. Im

zweiten Quartal verringerten sich die Importe um 0,9 %. In preisbereinigter Rechnung dürfte diese Abnahme etwas geringer ausgefallen sein.

Der Saldo von Aus- und Einfuhren beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag im ersten Halbjahr 2019 in Ursprungszahlen bei insgesamt 112,2 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahreswert verringert sich der Überschuss damit um 4,1 Mrd. Euro.

Außenhandel*

	Q1	Q2	Apr.	Mai	Juni
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,0	-1,8		0,5	-1,5
Einfuhr	-0,1	-0,9		-0,8	-0,1
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	2,5	-1,3	-0,2	4,6	-8,0
Eurozone	1,6	-0,6	0,1	4,0	-5,6
EU Nicht-Eurozone	3,8	-6,6	-8,3	-4,4	-7,2
Drittländer	2,6	0,9	4,0	10,5	-10,7
Einfuhr	5,0	1,0	2,5	5,1	-4,4
Eurozone	5,6	3,7	3,3	8,7	-0,7
EU Nicht-Eurozone	4,0	-1,8	0,1	-3,1	-2,4
Drittländer	4,9	-0,8	3,0	5,7	-10,7

Quellen: StBA, BBk.

* Angaben in jeweiligen Preisen

In den Zahlen zum deutschen Außenhandel schlagen sich die aktuell gedämpften Signale aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld nieder. Auch die Indikatorenlage für den weiteren Jahreserlauf bleibt verhalten. So fielen die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe im Juli so pessimistisch aus wie zuletzt zu Zeiten der Finanzkrise im Jahr 2009. Per Saldo gehen die Unternehmen wie schon im Vormonat nicht länger von Exportzuwächsen aus. Die Auftragseingänge aus dem Ausland stiegen im Juni um 5,0 %, nachdem sie im Mai um 3,9 % zurückgegangen waren. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gemessen am realen effektiven Wechselkurs des Euro gegenüber den 56 wichtigsten deutschen Handelspartnern verbesserte sich im Juli deutlich. An den in den vergangenen Monaten tendenziell abnehmenden Aufträgen aus dem Euro-Raum dürfte dies jedoch nichts ändern.

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



5. Arbeitsmarkt

Die konjunkturelle Flaute wird am Arbeitsmarkt sichtbar: Der Beschäftigungsanstieg hat an Dynamik eingebüßt und die Arbeitslosigkeit stagniert.

Aktuell macht sich die schwache Konjunktur auch am Arbeitsmarkt deutlicher bemerkbar. Der Beschäftigungsaufbau verlor spürbar an Dynamik. Der saisonbereinigte Zuwachs der Erwerbstätigkeit lag im Juni nur noch bei 8.000 Personen. Die Arbeitslosigkeit stieg mit saisonbereinigt 1.000 Personen sogar etwas an. Die Frühindikatoren deuten weiterhin auf einen leichten Beschäftigungsaufbau und nunmehr auf eine geringfügig zunehmende Arbeitslosigkeit hin.

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



■ sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Veränderung gegen Vorjahr in %, rechte Skala)
 — ifo Beschäftigungsbarometer (Index 2015=100, linke Skala)

Quellen: BA, ifo Institut.

Die Frühindikatoren der Bundesagentur für Arbeit (BA), des ifo Instituts und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) waren seit Jahresanfang meist rückläufig oder stagnierend. Sie lassen derzeit nur einen Beschäftigungsaufbau in kleineren Schritten erwarten. Im Baugewerbe und in Dienstleistungsbereichen weiten die Unternehmen per saldo die Belegschaften leicht aus. Im Verarbeitenden Gewerbe rechnen die Unternehmen allerdings mit einem Stellenabbau. Die Arbeitslosigkeit dürfte in den kommenden Monaten tendenziell leicht ansteigen.

Gemeldete Arbeitsstellen

(in 1.000)



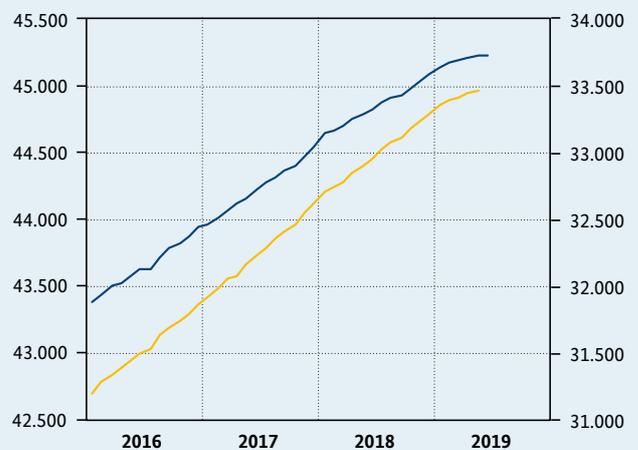
— Ursprung
 — saisonbereinigt

Quellen: BA, BBk.

Der Zuwachs bei der Erwerbstätigkeit im Inland gegenüber dem Vormonat hat sich im Juni weiter abgeschwächt und lag saisonbereinigt bei 8.000 Personen. In Ursprungszahlen wurden 45,3 Mio. Erwerbstätige ausgewiesen. Die Zuwachsrate zum Vorjahr liegt aber immer noch bei nahe 1,0%.

Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

(in 1.000, saisonbereinigt)



— Erwerbstätige (Inlandskonzept/linke Skala)
 — sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (rechte Skala)

Quellen: BA, StBA, BBk.

Nach wie vor ist die wachsende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entscheidend für die Entwicklung bei der Erwerbstätigkeit. Auch bei ihr zeigt sich ein gebremster Anstieg. Saisonbereinigt lag der Zuwachs im Mai bei 20.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen belief sie sich auf 33,4 Mio. Personen. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrug 557.000 Personen.

Im Verarbeitenden Gewerbe gab es saisonbereinigt im Mai wie schon im April 7,03 Mio. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Im Baugewerbe wuchs die Zahl um 2.000 auf knapp 1,9 Mio. Personen. Einen Personalausbau verzeichneten diverse Dienstleistungsbereiche, u.a. die Bereiche IuK und Gesundheitswesen. Im konjunktursensiblen Bereich der Arbeitnehmerüberlassung hielt der deutliche Personalausgang (um 12.000 auf 753.000) an.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,360	2,227	2,236	2,216	2,275
gg. Vorjahr in 1.000	-165	-98	-80	-60	-49
gg. Vorperiode in 1.000*	-31	19	61	-0	1
Arbeitslosenquote	5,2	4,9	4,9	4,9	5,0

Erwerbstätige (Inland)

	Q1	Q2	Apr.	Mai	Juni
in Mio. (Ursprungszahlen)	44,9	45,2	45,1	45,2	45,3
gg. Vorjahr in 1.000	507	434	465	428	410
gg. Vorperiode in 1.000	138	50	18	12	8

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q4	Q1	März	Apr.	Mai
in Mio. (Ursprungszahlen)	33,4	33,2	33,3	33,4	33,4
gg. Vorjahr in 1.000	690	637	620	582	557
gg. Vorperiode in 1.000*	166	150	18	32	20

Quellen: BA, StBA, BBk.

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die von der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Arbeitslosigkeit stieg im Juli saisonbereinigt geringfügig um 1.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen war der Anstieg auf 2,28 Mio. Personen etwas stärker als im langjährigen Mittel. Der Vorjahreswert wurde um 49.000 Personen unterschritten³. Die Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

hat saisonbereinigt etwas zugenommen. Die Arbeitslosenquote stieg leicht auf 5,0% und damit auf den saisonbereinigten Wert. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sank im Juli auf 721.000 Personen, zum Vorjahr betrug der Rückgang knapp 90.000 Personen.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

(in 1.000)

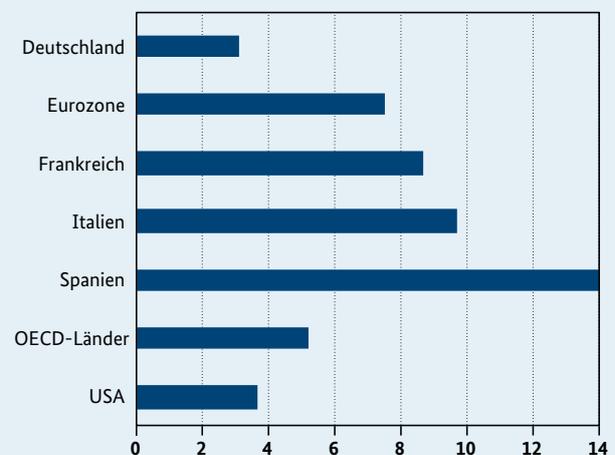


..... Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), Ursprung
 — Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), saisonbereinigt
 Arbeitslose, Ursprung
 — Arbeitslose, saisonbereinigt

Quellen: BA, IAB, BBk.

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Juni 2019)



Quelle: Eurostat.

3 Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im Juli im Vorjahresvergleich um 71.000 Personen bzw. 4,2%. Bei ausländischen Staatsbürgern stieg sie leicht an (um 21.000 Personen bzw. 3,4% ggü. dem Vorjahr).

Die Erwerbslosenquote (saisonbereinigt, ILO-Konzept) betrug im Juni weiterhin 3,1%. Im internationalen Vergleich ist sie äußerst niedrig.

Die Unterbeschäftigung, die neben Arbeitslosen auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umfasst oder die kurzfristig arbeitsunfähig sind, stagnierte im Juli. Nach den Ursprungszahlen (ohne Kurzarbeit) ist die Unterbeschäftigung weiter um 48.000 Personen niedriger als vor einem Jahr.

Die Arbeitslosigkeit sank in den letzten Jahren langsamer, als die Beschäftigung zunahm. Der Beschäftigungsaufbau erfolgte überwiegend aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials durch Zuwanderung sowie einer steigenden Erwerbsneigung, insbesondere von Frauen und Älteren.

6. Preise

Der Rohölpreis erholt sich nach einem Rückgang Anfang August wieder.

Die Verbraucherpreise bleiben unter der 2-Prozent-Marke.

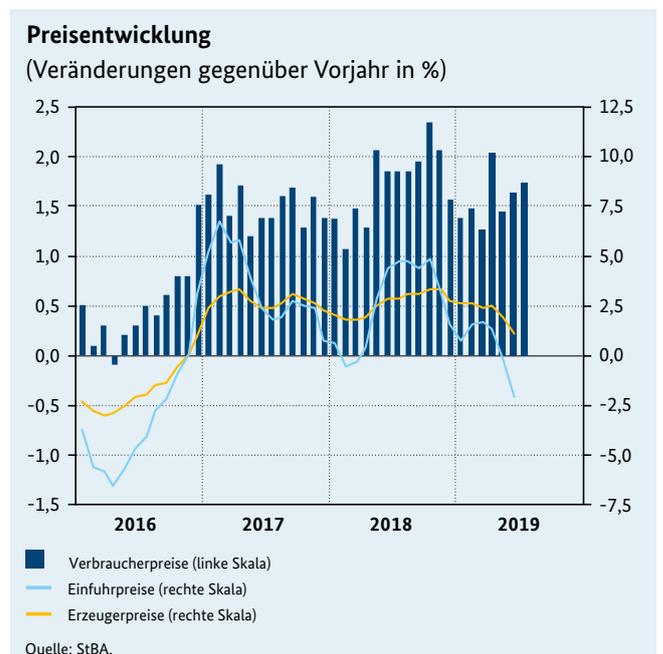
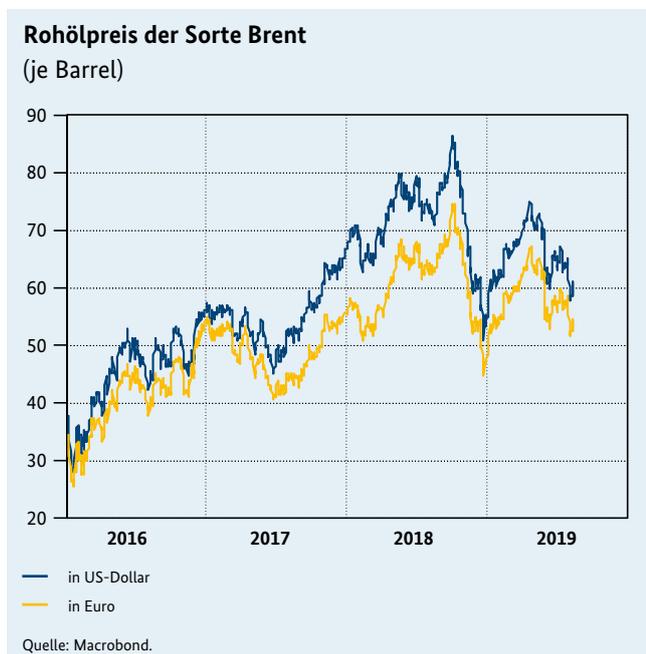
Die Zolldrohungen von US-Präsident Trump führten bei den Ölpreisen Anfang August zu dem größten Tagesverlust seit vier Jahren. Die Anleger investierten dafür vermehrt in Edel-

metalle. Mittlerweile hat der Ölpreis wieder zugelegt. Mitte August notierte der Preis der europäischen Leitsorte Brent mit ca. 60 Dollar etwa 8% unter Vormonatsniveau. Gegenüber dem Vorjahr verringerte er sich sogar um gut 15%.

Die Inflationsrate schwankt seit Jahresbeginn um 1½ Prozent. Im Juli lag sie bei 1,7%. Angesichts der weltweit zunehmenden Konjunktursorgen zeigt sich bei den vorgelegten Preisstufen der Einfuhr- und Erzeugerpreise eine Abschwächung.

Die Einfuhrpreise gingen im Juni gegenüber Mai deutlich um -1,4% zurück. Hauptursache dafür waren die gefallenen Energiepreise (im Juni im Vergleich zum Vormonat um -8,8%). Die Jahresrate fiel im Juni damit weiter unter die Null-Prozentmarke auf -2,0%. Auch im Vergleich zum Vorjahr gingen am stärksten die Preise für Energieprodukte zurück (-14%). Vorleistungsgüter verbilligten sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls etwas. Die deutlichsten Preissteigerungen waren bei Konsumgütern zu beobachten. Ohne die Berücksichtigung der volatilen Energiepreise lagen die Preise für Importgüter 0,3% unter dem Vorjahresniveau.

Die Ausführpreise nahmen im Juni gegenüber dem Vormonat ebenfalls leicht um 0,2% ab. Dabei wurden vor allem Energieprodukte, aber auch Vorleistungsgüter preiswerter als im Vormonat ins Ausland exportiert. Binnen Jahresfrist stiegen die Ausführpreise nur noch mit einer Rate von 0,2%. Zuletzt war dies im April 2018 der Fall. Hauptgrund



für den verlangsamten Preisanstieg waren die Energiepreise, welche weit unter Vorjahresniveau lagen (-14,3%). Die Terms of Trade verbesserten sich im Zuge des Rohölpreisverfalls von Juni auf Juli um 1,2%, im Vorjahresvergleich verbesserten sie sich sogar um 2,3%.

Die Erzeugerpreise sanken im Inlandsabsatz im Juni im Vergleich zum Mai um 0,4%, wobei in erster Linie die Energiepreise zurückgingen. Konsumgüter verteuerten sich hingegen merklich. Im Vorjahresvergleich schwächte sich der Preisanstieg auf der Produzentenstufe auf 1,2% ab. In den ersten vier Monaten des Jahres schwankte die Rate noch um die Marke von 2 ½%. Die Preisentwicklung bei Energie wirkt sich weiterhin am stärksten auf die Entwicklung der Erzeugerpreise insgesamt aus. Energieprodukte waren um 2,2% teurer als ein Jahr zuvor. In den industriellen Hauptgruppen stiegen die Preise weiterhin moderat (Investitionsgüter +1,5%, Konsumgüter +1,9%). Bei den Vorleistungsgütern sanken die Preise dagegen um -0,2%.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Juni	Juli	Juni	Juli
Insgesamt	0,3	0,5	1,6	1,7
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,5	0,6	1,6	1,6
Nahrungsmittel	0,1	0,4	1,2	2,1
Pauschalreisen	18,6	15,1	6,1	0,1
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,4	0,2	2,8	2,7
Energie	-1,1	-0,2	2,5	2,4
Haushaltsenergie	-0,8	0,4	3,1	3,5
Strom	0,1	0,3	3,4	3,8
Gas	0,1	0,2	4,1	4,4
Kraftstoffe	-1,9	-1,1	1,2	0,2
Dienstleistungen	0,9	1,0	1,9	1,5
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,0	0,1	-	-

Quellen: StBA, BBk.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich von Juni auf Juli saisonbedingt relativ stark um 0,5%. Dies war der sechste Anstieg im Vormonatsvergleich in Folge. Vor allem Pauschalreisen verteuerten sich den zweiten Monat in Folge aufgrund der Haupturlaubszeit in Deutschland spürbar. Die Inflationsrate – die Preissteigerung auf Jahressicht – erhöhte sich um 0,1 Prozentpunkte auf eine Rate von +1,7%. Preiserhöhungsimpulse gingen weiterhin von den Energiepreisen (+2,4%) sowie von den Dienstleistungspreisen (+1,5%) aus. Der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln (+2,1%) war oberhalb der

Gesamtteuerung. Die Kerninflationsrate, die die volatilen Preise für Nahrungsmittel und Energie nicht einschließt, lag im Juli mit +1,6% nur wenig unter der Gesamtrate.

7. Monetäre Entwicklung

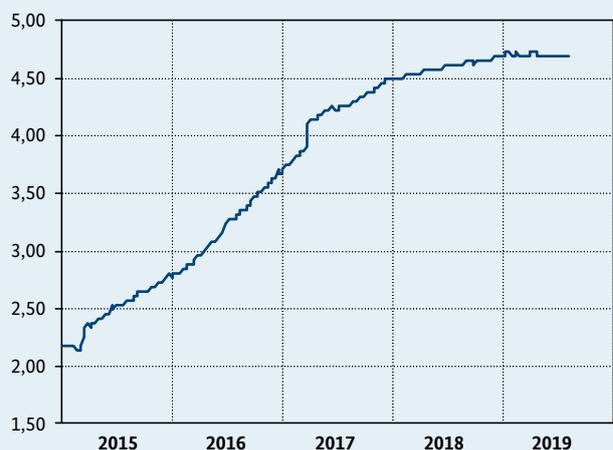
Die amerikanische Notenbank senkt zum ersten Mal seit 2009 den Leitzins.

Der Euro gewann leicht an Wert.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hält an ihrer expansiven Geldpolitik fest. Seit März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz auf dem historischen Tiefstand von 0,0%. Für die Einlagefazilität fällt derweil ein Zins in Höhe von -0,4% an, während der Spitzenrefinanzierungssatz bei 0,25% liegt. Zum Jahresende 2018 hat die EZB damit begonnen, ihre Anleihekäufe auf die Reinvestition von Zahlungen auslaufender Anleihen zu beschränken. Die Nettozukäufe seit Jahresbeginn sind leicht negativ. Die Bilanz der EZB von knapp 4,7 Billionen Euro ist jedoch noch immer mehr als doppelt so hoch wie zu Beginn der Programme im Dezember 2014 (2,0 Billionen Euro). Der EZB-Rat hat auf seiner letzten geldpolitischen Sitzung im Juli erneut bekräftigt, dass der Ankauf in der aktuellen Form auch über eine mögliche Zinswende hinaus beibehalten wird.

Die nach wie vor hohe Überschussliquidität von derzeit 1,76 Mrd. Euro führt dazu, dass die Zinsen auf dem Inter-

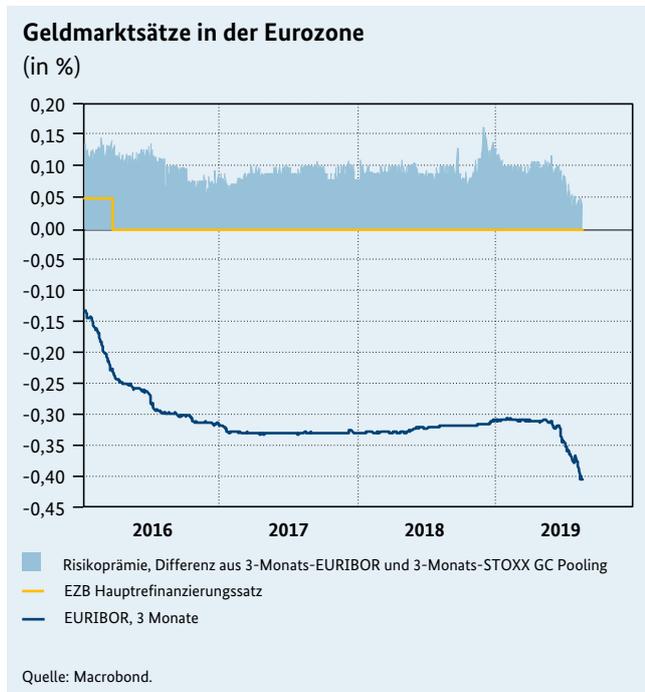
EZB-Bilanzsumme
(in Bio. Euro)



Quellen: EZB, Macrobond.

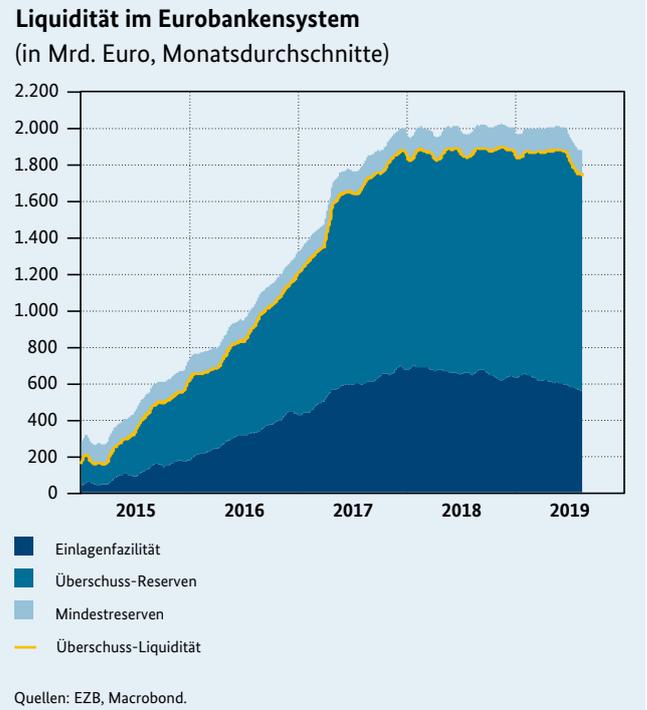
bankenmarkt sehr nahe dem Einlagesatz liegen: Der besicherte Interbankenzins beträgt derzeit etwa -0,4%, der unbesicherte ebenfalls etwa -0,4%.

Dem EZB-Rat zufolge werden die europäischen Leitzinsen mindestens über die erste Hälfte des Jahres 2020 hinaus auf ihrem aktuellen Niedrigniveau bleiben, um dem Inflationsziel von unter, aber nahe 2% Rechnung zu tragen. Nach einer ersten Schätzung von Eurostat liegt die Inflationsrate in der Eurozone im Juli mit 1,1% leicht unter der Rate aus dem Vormonat. Die Kerninflation fiel um 0,2 Prozentpunkte auf 0,9%.



Erstmals seit der Finanzkrise beschloss die US-amerikanische Notenbank (Fed) am 31. Juli eine Senkung des Leitzinses. Er liegt jetzt in einer Spanne von 2,0 bis 2,25%. Die Fed begründet die Zinssenkung mit eingetrübten Konjunkturaussichten und verringertem Inflationsdruck.

Der Euro blieb im Vormonatsvergleich gegenüber dem US-Dollar nahezu unverändert; Mitte August lagen die Notierungen für einen Euro nahe 1,12 Dollar bzw. 118 Yen. Der Kurs des Euro gegenüber dem britischen Pfund stieg etwas an. Momentan kostet ein Euro rund 0,92 Pfund. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den 56 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands, wie sie die Deutsche Bundesbank errechnet, verschlechterte sich im Juli leicht; der effektive Wechselkurs fällt auf 89,3.



Die Umlaufrendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit verfestigt sich im negativen Bereich. Momentan bewegt sie sich um -0,6%. Damit liegt sie nun unterhalb des Zins für die Einlagefazilität bei der Europäischen Zentralbank (-0,4%). Allgemein rangieren auch die Renditen auf Staatsanleihen der übrigen Euroländer auf niedrigem Niveau. Die höchsten Zinsen sind auf griechische Staatsanleihen (aktuell 2,0%) sowie auf italienische Staatsanleihen



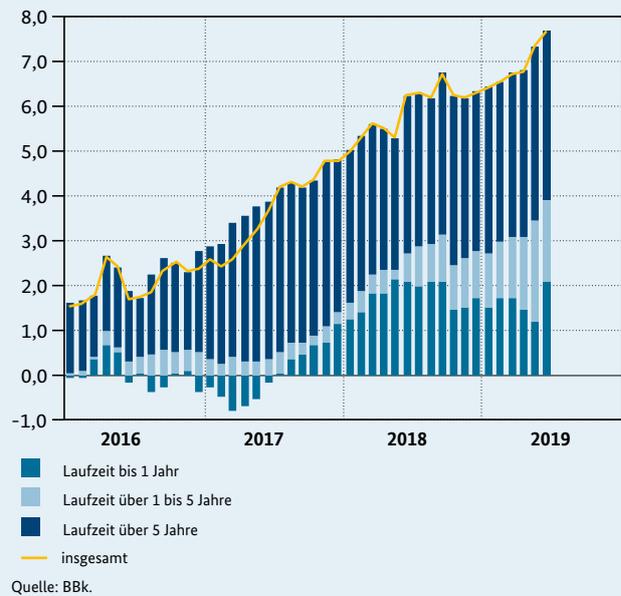
(derzeit 1,4%) zu gewähren. Auch die Renditen auf Unternehmensanleihen verharren in der Eurozone auf sehr niedrigem Stand; Anleihen mit sehr guter Bonität (AA) und einer Laufzeit von zehn Jahren liegen derzeit bei etwa 0,1%.

Im Juni 2019 lagen die Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften rund 6,9% über dem Vorjahresniveau. Nachfrageseitig zeigen die Juli-Ergebnisse der Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey), dass die Anfragen von Privathaushalten und Unternehmen nach Krediten weiter zunehmen. Gleichzeitig ist angebotsseitig vor dem Hintergrund des eingetrübten Konjunkturbilds eine leichte Straffung der Vergabestandards festzustellen.

Die Kreditvergabe an private Haushalte wächst beschleunigt und lag im Juni um 4,2% über Vorjahreswert. Der stärkste Treiber dieser Entwicklung blieb weiterhin der Zuwachs bei den Wohnungsbaukrediten (+5,1%), die durch das niedrige Zinsniveau und eine starke Nachfrage begünstigt werden.

Die Geldmenge M3 des Euroraums nahm im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 4,6% zu. Dabei ist der Anstieg maßgeblich auf die Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurückzuführen, die im Vergleich zum Vorjahr um 7,2% gestiegen ist.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegenüber Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Anhang: Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2016		2017			2018				2019	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,4	1,2	0,6	0,9	0,7	0,1	0,4	-0,1	0,2	0,4	-0,1
Inländische Verwendung	0,9	0,5	0,8	0,3	0,3	0,4	0,7	0,8	0,0	0,2	-
Private Konsumausgaben ³	0,7	0,4	0,8	0,4	0,3	0,2	0,3	-0,1	0,3	1,2	-
Konsumausgaben des Staates	0,4	0,5	0,4	0,3	0,4	-0,3	0,7	-0,3	1,3	-0,3	-
Bruttoanlageinvestitionen	0,2	2,0	1,3	0,4	0,3	1,0	0,6	0,5	0,8	1,1	-
Ausrüstungen	-0,7	2,2	2,7	1,2	0,5	2,2	0,3	0,0	0,7	1,2	-
Bauten	1,3	2,5	0,7	-0,1	0,2	0,9	0,8	0,9	1,0	1,9	-
Sonstige Anlagen	-0,7	0,5	0,4	0,2	0,4	-0,5	0,3	0,2	0,5	-1,1	-
Exporte	1,3	2,3	1,1	1,2	1,7	-0,2	0,8	-0,9	0,6	1,0	-
Importe	2,7	1,1	1,9	0,5	1,4	-0,3	1,5	1,3	0,7	0,7	-
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	0,9	0,4	0,8	0,2	0,3	0,4	0,7	0,7	0,0	0,2	-
Private Konsumausgaben ³	0,4	0,2	0,4	0,2	0,2	0,1	0,2	-0,1	0,1	0,6	-
Konsumausgaben des Staates	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	-0,1	0,1	-0,1	0,3	-0,1	-
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	0,4	0,3	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	-
Ausrüstungen	-0,1	0,1	0,2	0,1	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	0,1	-
Bauten	0,1	0,2	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	-
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung ⁵	0,3	-0,3	0,0	-0,1	0,0	0,1	0,3	0,8	-0,6	-0,6	-
Außenbeitrag	-0,5	0,7	-0,2	0,4	0,2	0,0	-0,2	-0,9	0,0	0,2	-

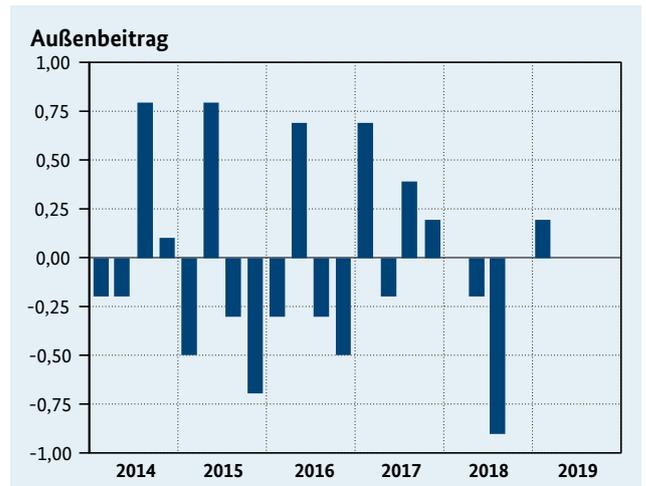
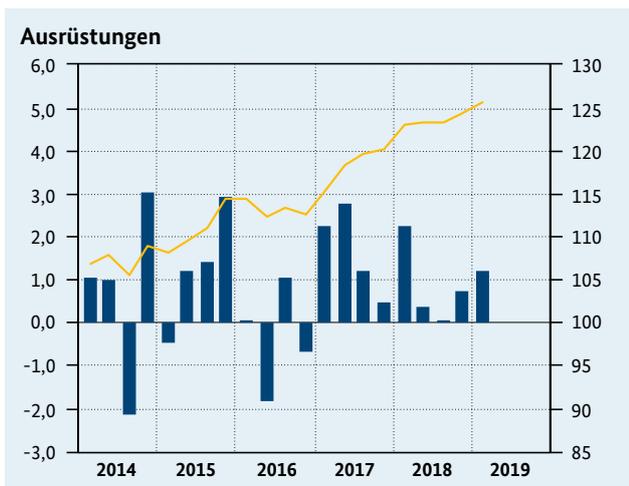
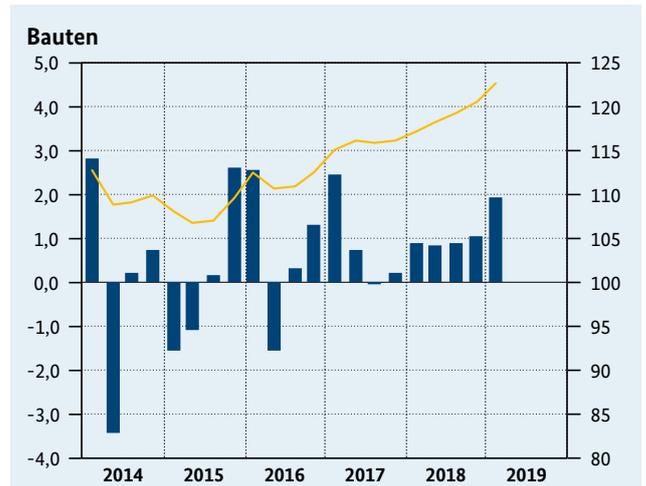
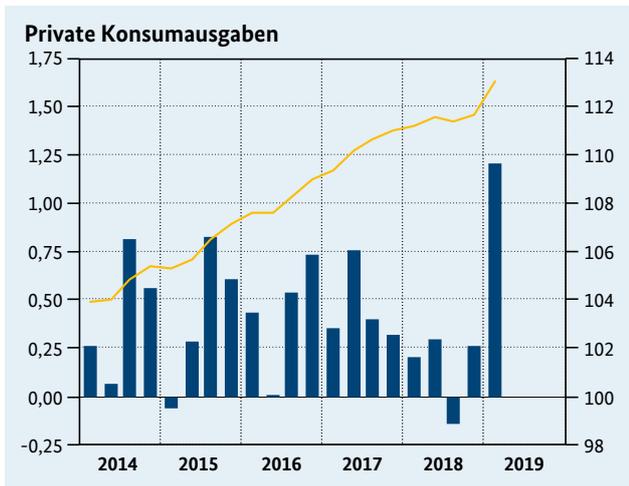
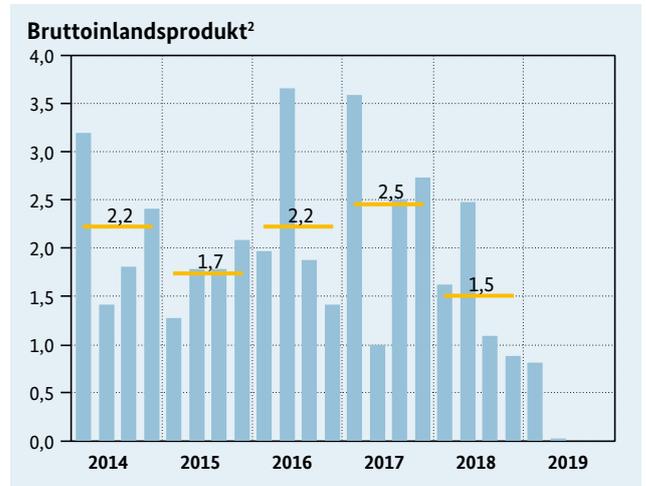
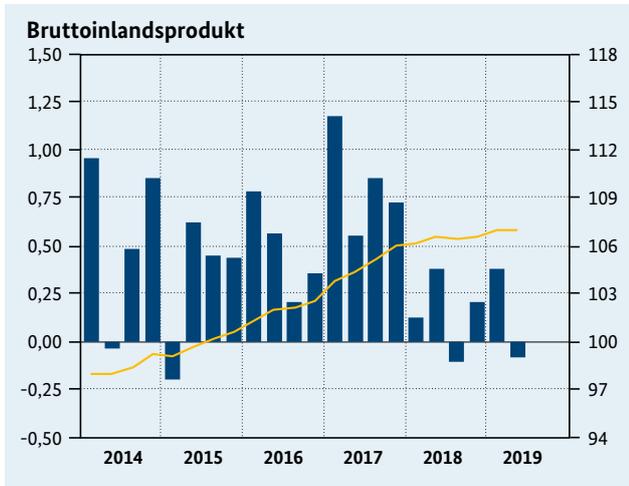
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
	2018						2019				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,4	2,2	1,7	2,2	2,5	1,5	2,5	1,1	0,9	0,8	0,0
Inländische Verwendung	0,9	1,6	1,6	3,0	2,0	1,9	1,9	2,2	2,2	1,6	-
Private Konsumausgaben ²	0,6	1,0	1,7	2,1	1,8	1,1	1,2	0,4	1,0	1,1	-
Konsumausgaben des Staates	1,4	1,6	2,9	4,0	1,6	1,0	1,2	0,6	1,5	1,4	-
Bruttoanlageinvestitionen	-1,3	3,9	1,6	3,5	2,9	2,6	3,2	2,4	3,0	3,3	-
Ausrüstungen	-2,3	5,9	4,1	2,2	3,7	4,2	5,4	3,4	3,5	2,3	-
Bauten	-1,1	2,2	-1,4	3,8	2,9	2,4	2,7	2,5	3,9	5,3	-
Sonstige Anlagen	0,5	5,1	5,4	5,2	1,3	0,4	0,4	0,4	0,5	-0,1	-
Exporte	1,7	4,7	5,3	2,3	4,6	2,0	4,3	1,2	0,4	1,5	-
Importe	3,0	3,7	5,6	4,1	4,8	3,3	3,6	3,8	3,2	4,1	-

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹

Bundesrepublik Deutschland



— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal in %, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)
■ Veränderung gegen Vorjahr in %, gelber Balken = Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2016	2017			2018				2019		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	0,4	1,0	0,7	0,7	0,5	0,3	0,3	-0,1	0,1	0,4	-
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	0,0	0,6	1,6	1,5	1,0	-0,5	0,2	-0,9	-0,8	-0,7	-
Baugewerbe	-0,9	2,9	1,2	-0,2	0,3	0,9	1,0	0,8	1,8	0,2	-
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1,2	1,9	0,7	0,4	0,9	0,7	0,7	-0,3	0,4	1,4	-
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3	-0,2	0,2	0,2	1,1	-0,4	-
Unternehmensdienstleister	0,6	1,6	0,1	0,6	0,3	0,9	0,7	-0,4	-0,3	1,0	-
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,6	0,1	0,5	0,4	0,2	0,6	0,0	0,7	0,2	0,6	-

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁹										
	2018						2019				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	2,0	1,9	1,7	1,2	1,0	1,5	1,4	1,2	1,9	1,9	2,0
Inländische Verwendung	1,6	1,3	0,9	0,8	2,0	2,2	2,2	2,6	2,3	2,0	-
Private Konsumausgaben	1,1	0,9	0,6	0,7	1,6	1,4	1,4	1,5	1,5	1,2	-
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	0,8	0,9	0,9	1,2	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,1	1,0
Arbeitsvolumen ⁴	-0,3	1,1	1,1	0,8	1,3	1,4	2,4	1,4	1,8	1,5	-
Arbeitsproduktivität ⁵	-0,1	1,4	0,8	0,9	0,7	0,1	1,0	-0,1	-0,3	-0,5	-
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	1,8	2,8	2,7	2,2	2,6	3,0	2,8	3,5	2,9	3,2	-
Lohnstückkosten ⁷	2,0	1,4	1,9	1,3	1,9	2,8	1,8	3,6	3,1	3,7	-
verfügbares Einkommen ⁸	1,3	2,5	2,6	3,0	3,4	3,2	3,2	2,6	3,4	3,2	-
Terms of Trade	1,1	1,4	2,6	1,7	-1,0	-0,7	-0,4	-1,5	-0,9	0,4	-

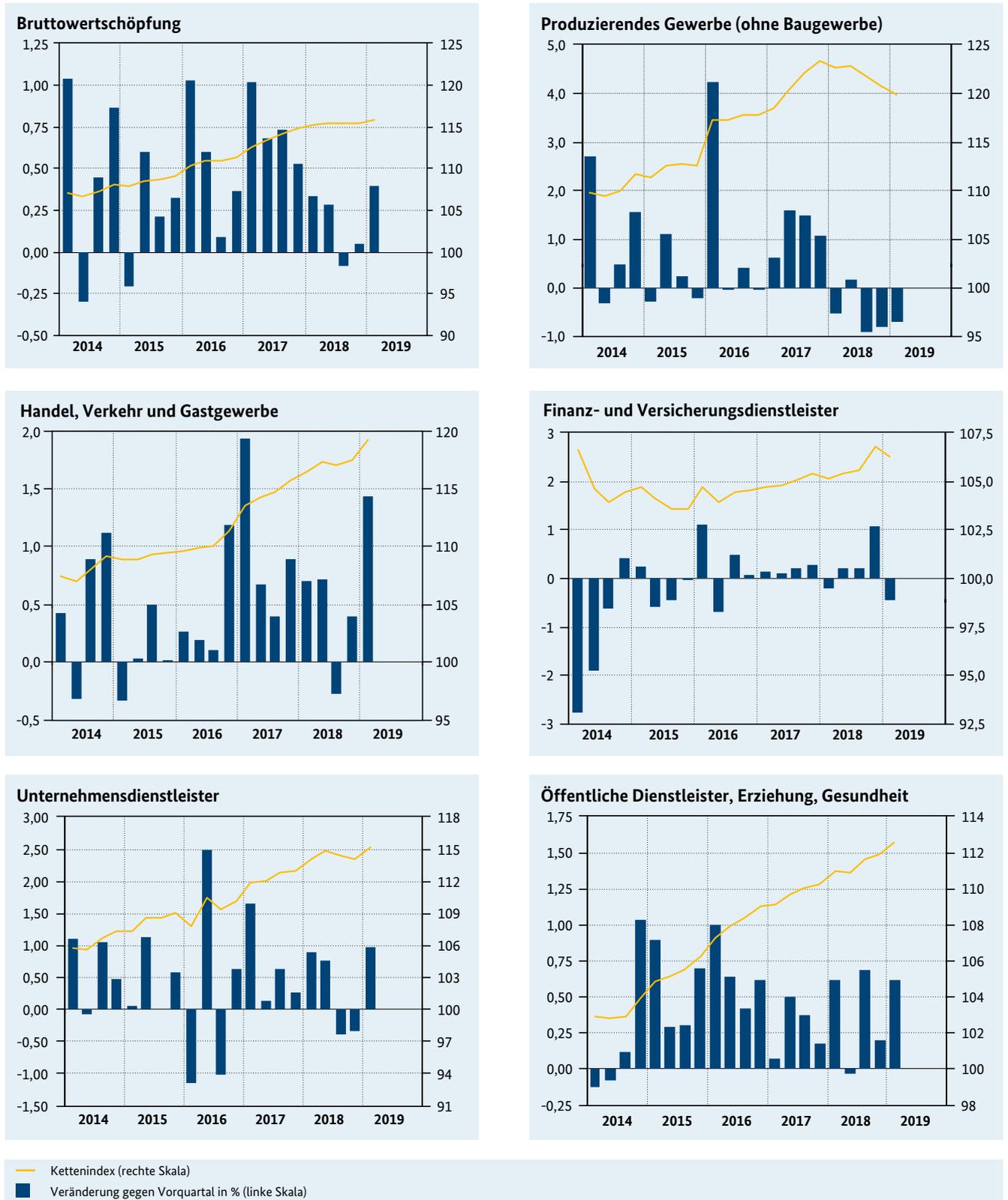
Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2019	2020
IWF	Internationaler Währungsfonds	07/2019	(0,7) ^a	(1,7) ^a
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2019	0,9	1,7
IfW	Institut für Weltwirtschaft	06/2019	0,6	1,6
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	06/2019	0,5	1,8
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2019	0,6	1,7
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2019	0,8	1,4
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	05/2019	(1,2) ^a	(0,7) ^a
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2019	0,5	1,5
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2019	0,8	1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Bundesrepublik Deutschland

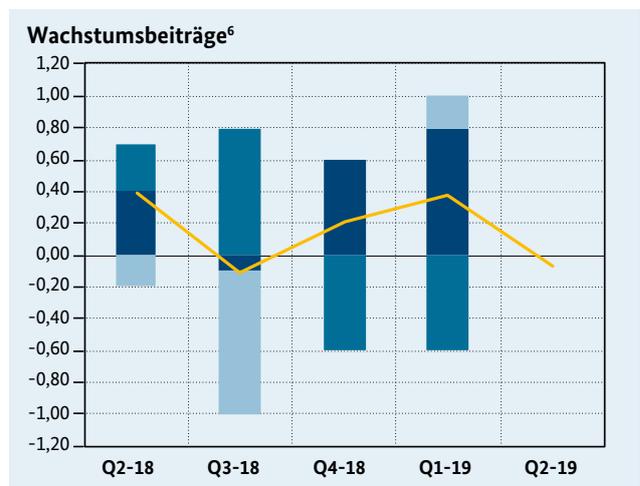
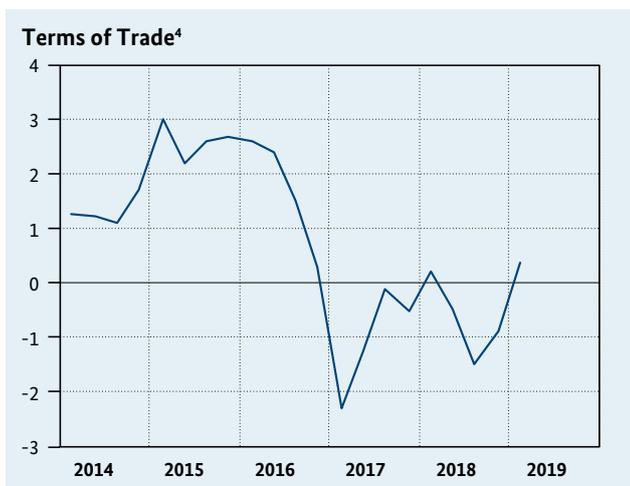
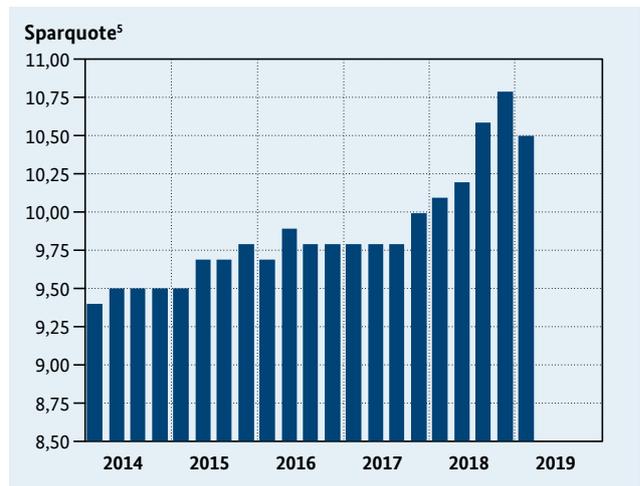
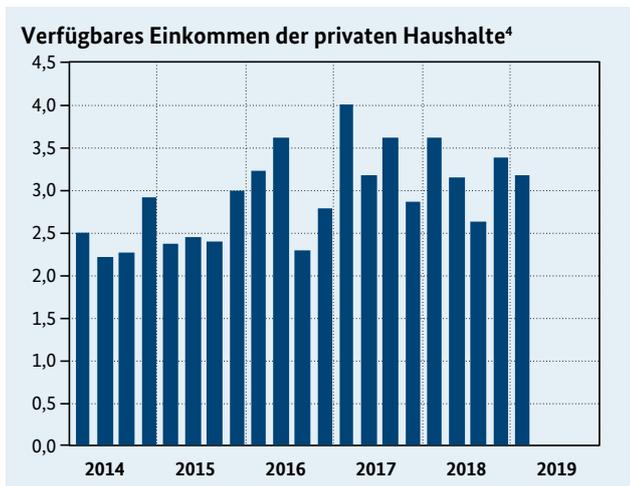
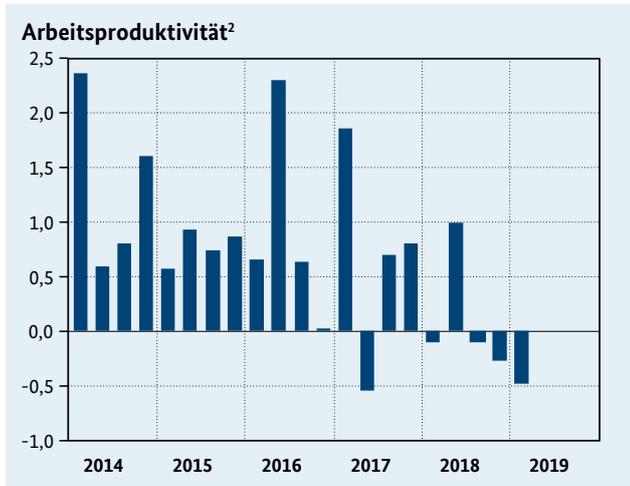


Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹

Bundesrepublik Deutschland



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2016		2017			2018				2019		
	2015	2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	1,7	2,2	2,2	1,4	0,2	0,4	1,2	0,6	0,9	0,7	0,1	0,4	-0,1	0,2	0,4	-0,1
Eurozone (EZ 19) ²	2,1	1,9	2,4	1,9	0,4	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2	0,2	0,4	0,2
Europäische Union (EU 28) ³	2,3	2,0	2,5	2,0	0,4	0,8	0,7	0,6	0,7	0,7	0,4	0,4	0,3	0,3	0,5	0,2
Japan	1,2	0,6	1,9	0,8	0,3	0,2	0,9	0,4	0,7	0,3	-0,1	0,4	-0,5	0,4	0,7	0,4
USA	2,9	1,6	2,4	2,9	0,5	0,5	0,6	0,5	0,8	0,9	0,6	0,9	0,7	0,3	0,8	0,5
China	6,8	6,8	6,7	6,4	1,7	1,6	1,5	1,8	1,7	1,5	1,5	1,7	1,6	1,5	1,4	1,6

	in % des BIP⁴															
	2015	2016	2017	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
Deutschland	8,6	8,4	8,1	7,5	8,1	8,0	8,4	6,9	8,6	8,5	8,4	7,5	6,5	7,4	7,9	7,4
Eurozone (EZ 19) ²	2,7	3,1	3,2	2,9	3,1	2,8	3,0	2,5	3,9	3,5	3,3	3,0	2,6	2,8	3,1	-
Europäische Union (EU 28) ³	0,8	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	0,6	1,6	1,5	1,5	1,6	0,9	1,0	1,0	-
Japan	3,1	3,9	4,2	3,5	1,0	1,0	1,1	0,9	1,1	1,1	0,9	1,0	0,9	0,8	0,8	0,9
USA	-2,2	-2,3	-2,2	-2,3	-2,3	-2,2	-2,2	-2,5	-2,0	-2,3	-2,3	-2,1	-2,4	-2,8	-2,5	-
China	2,8	1,8	1,4	0,4	0,4	0,1	0,1	0,3	0,2	0,3	-0,2	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2

				2018				2019								
	2016	2017	2018	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	4,2	3,7	3,4	3,4	3,4	3,3	3,3	3,3	3,3	3,2	3,2	3,2	3,1	3,1	3,1	-
Eurozone (EZ 19) ²	10,0	9,1	8,2	8,1	8,0	8,0	8,0	7,9	7,9	7,8	7,8	7,7	7,6	7,6	7,5	-
Europäische Union (EU 28) ³	8,6	7,7	6,8	6,8	6,7	6,7	6,7	6,6	6,6	6,5	6,5	6,4	6,4	6,3	6,3	-
Japan	3,1	2,8	2,4	2,5	2,4	2,4	2,4	2,5	2,4	2,5	2,3	2,5	2,4	2,4	2,3	-
USA	4,9	4,4	3,9	3,9	3,8	3,7	3,8	3,7	3,9	4,0	3,8	3,8	3,6	3,6	3,7	3,7
China	4,0	3,9	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,7	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	-

	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2015	2016	2017	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	0,4	1,7	1,9	2,2	2,1	2,2	2,6	2,2	1,7	1,7	1,7	1,4	2,1	1,3	1,5	1,1
Eurozone (EZ 19) ²	0,2	1,5	1,8	2,2	2,1	2,1	2,3	1,9	1,5	1,4	1,5	1,4	1,7	1,2	1,3	1,1
Europäische Union (EU 28) ³	0,3	1,7	1,9	2,2	2,2	2,2	2,3	2,0	1,6	1,5	1,6	1,6	1,9	1,6	1,6	-
Japan	-0,1	0,5	1,0	0,9	1,3	1,2	1,4	0,8	0,3	0,2	0,2	0,5	0,9	0,7	0,7	-
USA	1,3	2,1	2,4	2,9	2,7	2,3	2,5	2,2	1,9	1,6	1,5	1,9	2,0	1,8	1,6	1,8
China	2,0	1,6	2,1	2,1	2,3	2,5	2,5	2,2	1,9	1,7	1,5	2,3	2,5	2,7	2,7	2,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

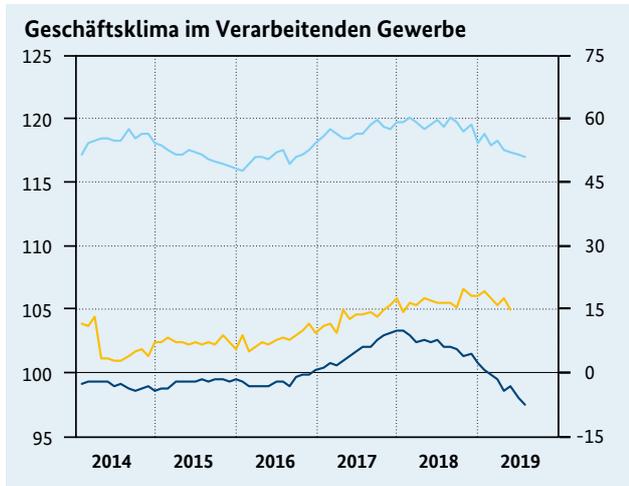
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2018		2019		2019					
	2016	2017	2018	3.Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	99,7	100,5	100,1	99,9	99,6	99,3	99,3	99,3	99,3	99,3	99,3	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	117,3	121,4	125,1	125,5	126,0	126,2	-	127,0	126,3	126,5	-	-	-
CPB Welthandel ²	115,4	121,0	125,1	126,0	125,3	124,9	-	124,9	124,1	124,5	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	2225	2305	2655	2724	2572	2440	2530	2533	2605	2391	2497	2492	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 1,8	5,6	6,6	5,9	3,6	- 0,5	- 4,3	- 1,6	- 4,3	- 2,9	- 5,6	- 7,4	-
Industrieproduktion ⁴	101,7	104,7	105,6	105,9	104,7	105,3	104,7	105,2	104,7	105,5	103,8	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,9	1,1	1,1	1,1	1,2	0,9	0,6	0,8	0,8	0,7	0,4	0,2	-
Konsumentenvertrauen ⁵	- 8,1	- 5,4	- 4,9	- 5,1	- 6,4	- 7,0	- 7,0	- 6,6	- 7,3	- 6,5	- 7,2	- 6,6	-
USA													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,3	57,4	58,8	59,6	56,9	55,4	52,2	55,3	52,8	52,1	51,7	51,2	-
Industrieproduktion ⁷	102,1	104,4	108,6	109,3	110,3	109,8	109,2	109,7	109,0	109,2	109,4	109,2	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	2,9	2,9	3,0	2,7	2,3	2,6	2,5	2,4	2,1	2,1	-
Konsumentenvertrauen ⁸	99,8	120,5	130,1	132,6	133,6	125,8	128,3	124,2	129,2	131,3	124,3	135,7	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,8	104,6	105,7	105,4	106,4	105,9	-	105,4	105,9	105,1	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	100,2	103,0	104,1	103,6	105,0	102,4	103,0	102,2	102,8	104,9	101,2	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	- 0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Konsumentenvertrauen ¹¹	41,7	43,8	43,6	43,4	42,8	41,3	39,5	40,5	40,4	39,4	38,7	37,8	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,3	51,6	50,9	51,1	49,9	49,7	49,6	50,5	50,1	49,4	49,4	49,7	-
Industrieproduktion ¹³	6,1	6,5	6,2	6,0	5,7	6,9	5,6	8,5	5,4	5,0	6,3	4,8	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,9	3,6	3,6	3,6	3,4	3,1	3,3	3,1	3,4	3,3	3,2	3,2	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	104,4	115,6	121,1	118,9	121,4	124,6	124,9	124,1	125,3	123,4	125,9	-	-

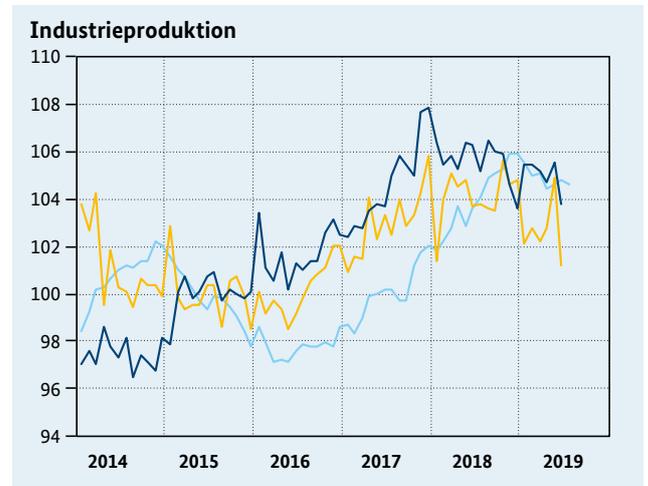
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

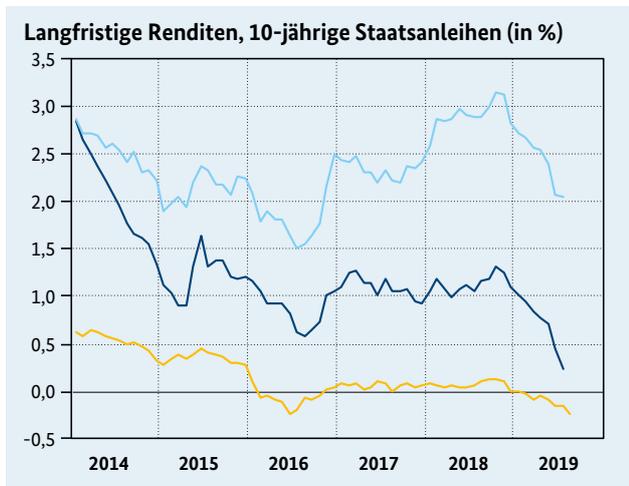
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



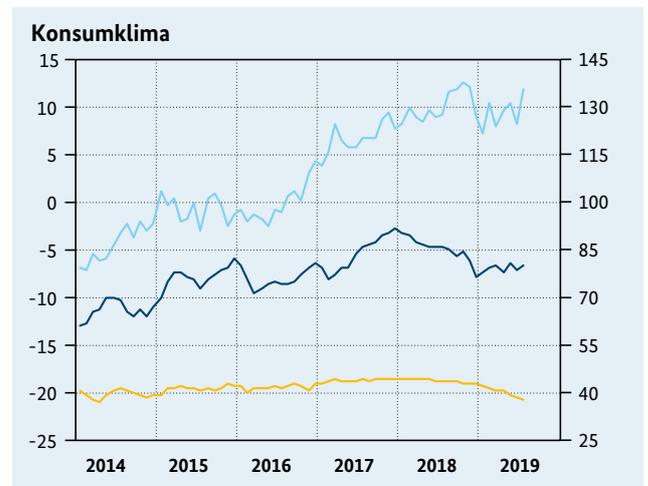
— USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

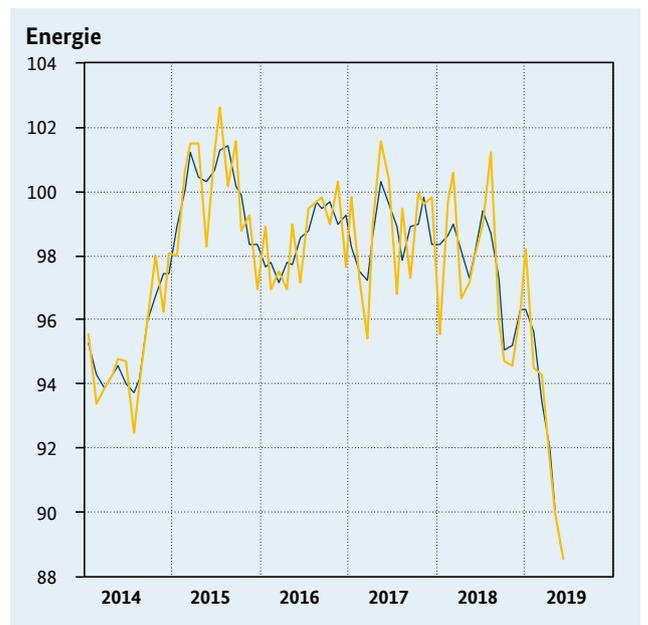
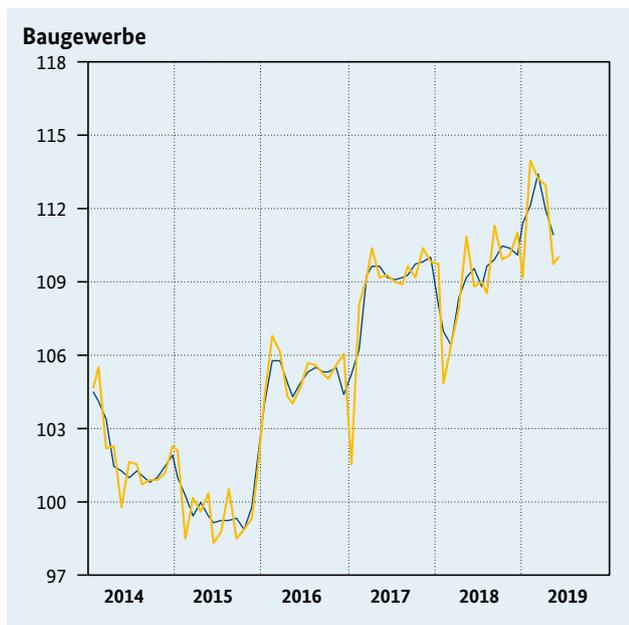
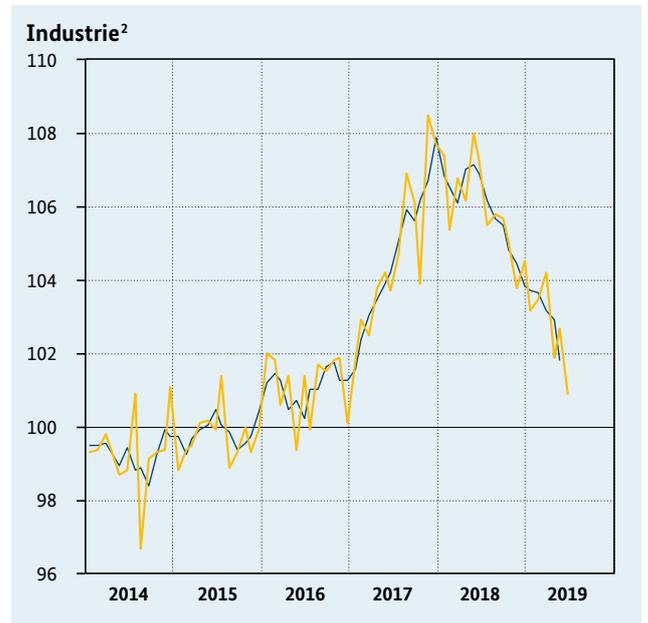
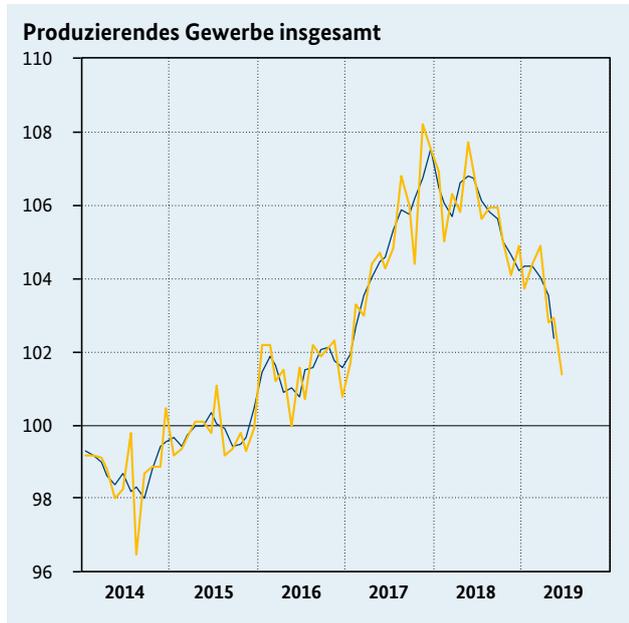
		2018			2019				2019						
		2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	
Produktion¹															
Produzierendes Gewerbe		Index	101,6	104,9	105,8	105,8	104,7	104,3	102,4	103,7	104,4	104,9	102,8	102,9	101,4
	gg. Vp. in %	1,8	3,2	0,9	-0,9	-1,0	-0,4	-1,8	-1,1	0,7	0,5	-2,0	0,1	-1,5	
	gg. Vj. in %	1,8	3,3	0,9	-0,1	-2,0	-1,6	-4,1	-2,8	-0,4	-1,5	-2,8	-4,4	-5,2	
Industrie²		Index	101,1	104,7	106,0	105,7	104,4	103,6	101,8	103,2	103,5	104,2	101,9	102,7	100,9
	gg. Vp. in %	1,4	3,6	1,2	-1,4	-1,2	-0,8	-1,7	-1,2	0,3	0,7	-2,2	0,8	-1,8	
	gg. Vj. in %	1,4	3,6	1,1	-0,2	-2,2	-2,6	-5,0	-3,7	-1,8	-2,3	-4,1	-4,9	-6,0	
Vorleistungsgüter		Index	100,9	104,9	105,5	105,2	104,4	104,4	102,0	104,4	104,2	104,7	103,1	102,5	100,4
	gg. Vp. in %	1,1	4,0	0,6	-1,0	-0,8	0,0	-2,3	0,0	-0,2	0,5	-1,5	-0,6	-2,0	
	gg. Vj. in %	1,1	4,0	0,6	-0,7	-2,7	-1,5	-4,1	-2,1	-1,7	-0,7	-2,1	-4,7	-5,5	
Investitionsgüter		Index	101,3	105,0	106,0	104,7	105,0	103,2	101,4	102,1	103,4	104,2	100,7	102,7	100,9
	gg. Vp. in %	1,7	3,7	1,0	-2,6	0,3	-1,7	-1,7	-3,3	1,3	0,8	-3,4	2,0	-1,8	
	gg. Vj. in %	1,6	3,7	1,0	-1,5	-1,8	-3,2	-5,7	-5,3	-1,1	-3,4	-6,3	-4,4	-6,1	
Konsumgüter		Index	101,3	103,7	106,8	109,3	102,7	102,9	102,6	103,5	102,0	103,2	102,7	103,3	101,9
	gg. Vp. in %	1,5	2,4	3,0	0,7	-6,0	0,2	-0,3	2,0	-1,4	1,2	-0,5	0,6	-1,4	
	gg. Vj. in %	1,4	2,5	2,9	4,5	-2,1	-3,4	-5,4	-3,3	-3,8	-3,2	-2,5	-6,6	-6,9	
Baugewerbe		Index	105,3	108,7	109,0	109,6	110,3	112,1	110,9	109,2	114,0	113,2	113,0	109,7	110,0
	gg. Vp. in %	5,6	3,2	0,3	0,4	0,6	1,6	-1,1	-1,6	4,4	-0,7	-0,2	-2,9	0,3	
	gg. Vj. in %	5,6	3,3	0,3	-0,4	-0,2	6,2	1,6	-0,5	11,4	6,8	5,0	-1,0	1,0	
Bauhauptgewerbe ³		Index	103,1	109,4	117,5	119,2	119,4	124,0	124,5	117,3	127,6	127,0	125,0	122,2	126,2
	gg. Vp. in %	3,4	6,1	7,4	0,4	0,2	3,9	0,4	-1,4	8,8	-0,5	-1,6	-2,2	3,3	
	gg. Vj. in %	3,4	6,1	7,4	5,3	7,2	11,9	4,6	-2,9	23,7	14,4	6,7	0,6	6,6	
Ausbaugewerbe		Index	106,9	108,2	102,6	102,3	103,5	103,2	100,7	103,1	103,7	102,8	104,0	100,2	97,8
	gg. Vp. in %	7,2	1,2	-5,2	0,3	1,2	-0,3	-2,4	-1,7	0,6	-0,9	1,2	-3,7	-2,4	
	gg. Vj. in %	7,3	1,2	-5,3	-5,3	-4,9	1,2	-1,2	1,6	1,8	0,5	3,2	-2,4	-4,2	
Energie⁴		Index	98,6	98,9	97,5	98,7	95,2	95,7	90,1	98,2	94,5	94,3	91,6	90,0	88,6
	gg. Vp. in %	-1,5	0,3	-1,4	1,4	-3,5	0,5	-5,9	2,0	-3,8	-0,2	-2,9	-1,7	-1,6	
	gg. Vj. in %	-1,5	0,4	-1,5	1,0	-4,6	-2,9	-7,4	2,8	-5,3	-6,4	-5,4	-7,2	-9,5	
Umsätze in der Industrie¹															
Industrie insgesamt		Index	100,5	104,8	105,3	104,9	104,5	105,6	103,8	106,3	105,2	105,3	104,7	103,5	103,2
	gg. Vp. in %	0,8	4,3	0,5	-1,4	-0,4	1,1	-1,7	0,9	-1,0	0,1	-0,6	-1,1	-0,3	
	gg. Vj. in %	0,7	4,4	0,6	-0,9	-2,4	-0,1	-2,4	-0,2	0,6	-0,5	-1,4	-2,9	-3,0	
Inland		Index	99,8	102,6	102,2	101,2	101,6	102,4	100,0	103,7	102,1	101,3	101,8	99,9	98,3
	gg. Vp. in %	0,1	2,8	-0,4	-1,7	0,4	0,8	-2,3	2,3	-1,5	-0,8	0,5	-1,9	-1,6	
	gg. Vj. in %	0,0	2,9	-0,4	-2,2	-2,1	-0,8	-3,1	0,0	-0,4	-1,8	-0,7	-3,4	-5,0	
darunter: Investitionsgüter		Index	100,1	102,9	102,2	99,7	102,2	104,5	101,2	106,7	103,7	103,2	102,2	103,2	98,3
	gg. Vp. in %	0,5	2,8	-0,7	-3,8	2,5	2,3	-3,2	3,8	-2,8	-0,5	-1,0	1,0	-4,7	
	gg. Vj. in %	0,5	2,8	-0,7	-4,5	-0,9	1,0	-2,3	3,1	0,9	-0,4	-1,4	0,9	-6,1	
Ausland		Index	101,1	106,9	108,4	108,5	107,3	108,8	107,6	108,9	108,3	109,3	107,6	107,0	108,1
	gg. Vp. in %	1,4	5,7	1,4	-1,0	-1,1	1,4	-1,1	-0,5	-0,6	0,9	-1,6	-0,6	1,0	
	gg. Vj. in %	1,4	5,7	1,4	0,3	-2,7	0,7	-1,8	-0,4	1,6	0,8	-2,0	-2,5	-1,1	
darunter: Eurozone		Index	103,4	109,7	112,1	112,3	111,1	110,7	110,3	110,9	110,0	111,1	111,3	109,5	110,1
	gg. Vp. in %	3,7	6,1	2,2	-0,4	-1,1	-0,4	-0,4	-3,2	-0,8	1,0	0,2	-1,6	0,5	
	gg. Vj. in %	3,7	6,1	2,3	1,5	-1,3	-1,5	-2,1	-1,6	-1,4	-1,5	-0,5	-3,8	-1,9	
			2016	2017	2018			2019							
			3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		in %	84,6	85,3	85,5	86,1	87,0	87,6	88,0	87,7	87,7	87,0	86,2	85,3	83,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren X13 JDemetra+); Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet, zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+; preisbereinigt, Index 2015 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2018			2019				2019						
		2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	
Auftragseingang¹															
Industrie insgesamt	Index	101,3	107,5	107,9	106,9	107,4	102,9	101,9	105,4	101,4	101,9	102,4	100,4	102,9	
	gg. Vp. in %	1,5	6,1	0,4	-1,1	0,5	-4,2	-1,0	-2,2	-3,8	0,5	0,5	-2,0	2,5	
	gg. Vj. in %	1,5	6,2	0,4	-1,2	-3,5	-5,9	-5,8	-3,6	-8,1	-5,9	-5,3	-8,4	-3,6	
Inland	Index	100,3	105,5	103,4	103,5	103,3	100,5	96,4	103,0	101,6	96,9	96,1	97,0	96,0	
	gg. Vp. in %	0,6	5,2	-2,0	0,8	-0,2	-2,7	-4,1	-1,3	-1,4	-4,6	-0,8	0,9	-1,0	
	gg. Vj. in %	0,5	5,1	-1,8	-2,3	-3,2	-3,8	-6,3	-1,8	-1,8	-7,4	-5,1	-7,1	-6,6	
Ausland	Index	102,0	109,1	111,3	109,5	110,5	104,7	106,1	107,3	101,2	105,7	107,2	103,0	108,2	
	gg. Vp. in %	2,1	7,0	2,0	-2,4	0,9	-5,2	1,3	-2,7	-5,7	4,4	1,4	-3,9	5,0	
	gg. Vj. in %	2,2	7,1	2,0	-0,5	-3,6	-7,3	-5,4	-4,8	-12,5	-4,9	-5,3	-9,4	-1,6	
Eurozone	Index	104,6	111,8	113,2	111,0	111,4	107,5	103,8	107,7	104,9	110,0	105,0	103,5	102,9	
	gg. Vp. in %	4,5	6,9	1,3	-2,1	0,4	-3,5	-3,4	-1,3	-2,6	4,9	-4,5	-1,4	-0,6	
	gg. Vj. in %	4,8	7,1	1,2	-0,4	-5,4	-8,0	-8,5	-7,2	-13,9	-2,8	-5,9	-9,3	-10,1	
Nicht-Eurozone	Index	100,3	107,4	110,2	108,6	110,0	103,0	107,6	107,1	99,0	103,0	108,5	102,7	111,5	
	gg. Vp. in %	0,5	7,1	2,6	-2,5	1,3	-6,4	4,5	-3,6	-7,6	4,0	5,3	-5,3	8,6	
	gg. Vj. in %	0,6	7,0	2,6	-0,5	-2,4	-7,0	-3,5	-3,3	-11,5	-6,1	-5,0	-9,4	3,9	
Vorleistungsgüter	Index	100,9	108,2	107,0	106,8	104,4	101,2	98,8	102,3	101,3	99,9	99,4	97,9	99,2	
	gg. Vp. in %	1,1	7,2	-1,1	-1,7	-2,2	-3,1	-2,4	-0,9	-1,0	-1,4	-0,5	-1,5	1,3	
	gg. Vj. in %	1,1	7,2	-1,1	-2,3	-6,4	-6,5	-9,0	-6,2	-6,1	-7,2	-9,4	-10,1	-7,6	
Inland	Index	99,5	105,3	103,5	103,7	101,1	98,0	94,5	98,6	99,3	96,0	94,2	94,9	94,5	
	gg. Vp. in %	-0,3	5,8	-1,7	0,2	-2,5	-3,1	-3,6	-0,9	0,7	-3,3	-1,9	0,7	-0,4	
	gg. Vj. in %	-0,3	5,7	-1,5	-2,9	-6,1	-7,4	-8,7	-7,3	-5,2	-9,5	-7,9	-8,9	-9,3	
Ausland	Index	102,4	111,4	110,7	110,0	107,9	104,6	103,4	106,2	103,5	104,2	105,0	101,1	104,2	
	gg. Vp. in %	2,7	8,8	-0,6	-3,6	-1,9	-3,1	-1,1	-0,8	-2,5	0,7	0,8	-3,7	3,1	
	gg. Vj. in %	2,6	8,7	-0,5	-1,8	-6,7	-5,6	-9,3	-5,1	-7,0	-4,8	-10,7	-11,3	-5,8	
Investitionsgüter	Index	101,6	107,4	108,3	106,2	109,5	103,7	103,1	107,5	101,4	102,3	103,5	101,0	104,7	
	gg. Vp. in %	1,8	5,7	0,8	-1,1	3,1	-5,3	-0,6	-3,0	-5,7	0,9	1,2	-2,4	3,7	
	gg. Vj. in %	1,8	5,8	0,8	-1,8	-2,0	-5,8	-4,0	-1,9	-9,8	-5,7	-3,3	-8,2	-0,6	
Inland	Index	101,5	106,4	103,8	103,9	105,5	102,8	97,6	107,4	103,8	97,1	97,1	98,6	97,2	
	gg. Vp. in %	1,8	4,8	-2,4	2,0	1,5	-2,6	-5,1	-1,5	-3,4	-6,5	0,0	1,5	-1,4	
	gg. Vj. in %	1,6	4,9	-2,4	-1,9	-1,1	-1,2	-4,2	3,1	0,7	-6,6	-3,3	-5,2	-4,4	
Ausland	Index	101,7	108,0	111,0	107,5	112,0	104,3	106,3	107,6	99,9	105,4	107,3	102,5	109,2	
	gg. Vp. in %	1,8	6,2	2,8	-2,9	4,2	-6,9	1,9	-3,8	-7,2	5,5	1,8	-4,5	6,5	
	gg. Vj. in %	2,0	6,3	2,7	-1,7	-2,4	-8,4	-3,9	-4,8	-15,2	-5,2	-3,3	-9,8	1,3	
Konsumgüter	Index	100,4	105,0	109,7	113,6	105,1	105,1	107,8	105,2	102,0	108,2	108,3	107,7	107,3	
	gg. Vp. in %	0,5	4,6	4,5	1,9	-7,5	0,0	2,6	-1,2	-3,0	6,1	0,1	-0,6	-0,4	
	gg. Vj. in %	0,5	4,6	4,6	7,1	-1,5	-3,3	-3,4	-3,2	-5,6	-1,3	0,2	-2,8	-7,2	
Inland	Index	97,6	100,3	100,9	99,4	100,6	100,0	98,2	98,8	100,1	101,0	99,6	98,5	96,4	
	gg. Vp. in %	-2,2	2,8	0,6	-4,1	1,2	-0,6	-1,8	-3,2	1,3	0,9	-1,4	-1,1	-2,1	
	gg. Vj. in %	-2,2	2,9	0,4	-2,5	-1,2	-0,1	-5,2	-2,3	1,7	0,2	-0,6	-9,7	-4,9	
Ausland	Index	102,5	108,5	116,5	124,6	108,6	109,1	115,2	110,1	103,4	113,8	115,1	114,8	115,8	
	gg. Vp. in %	2,6	5,9	7,4	6,0	-12,8	0,5	5,6	0,2	-6,1	10,1	1,1	-0,3	0,9	
	gg. Vj. in %	2,7	5,8	7,6	14,3	-1,8	-5,5	-2,2	-3,9	-10,4	-2,3	0,8	2,2	-8,6	
Industrie ohne Großaufträge²	Index	101,1	107,4	107,9	106,9	106,8	103,2	101,0	105,5	103,0	101,2	103,1	100,2	99,8	
	gg. Vp. in %	1,3	6,2	0,5	-1,6	-0,1	-3,4	-2,1	-2,0	-2,4	-1,7	1,9	-2,8	-0,4	
	gg. Vj. in %	1,3	6,2	0,6	-2,2	-3,4	-5,7	-7,0	-3,5	-6,0	-7,7	-4,6	-8,7	-7,7	

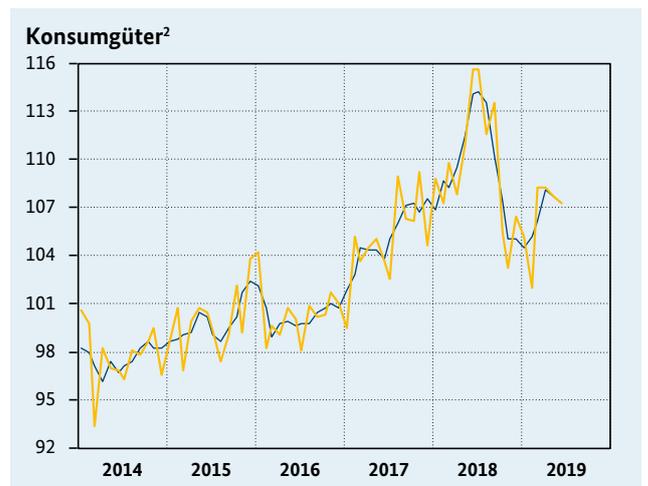
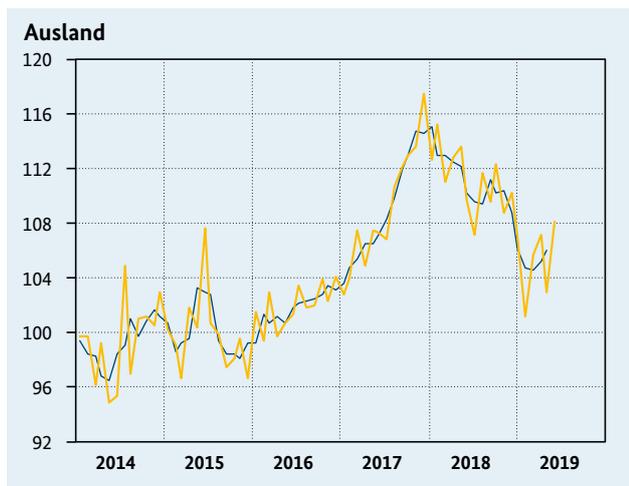
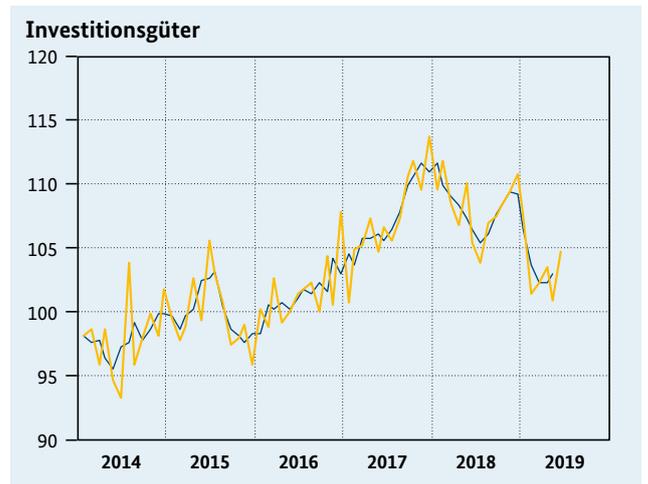
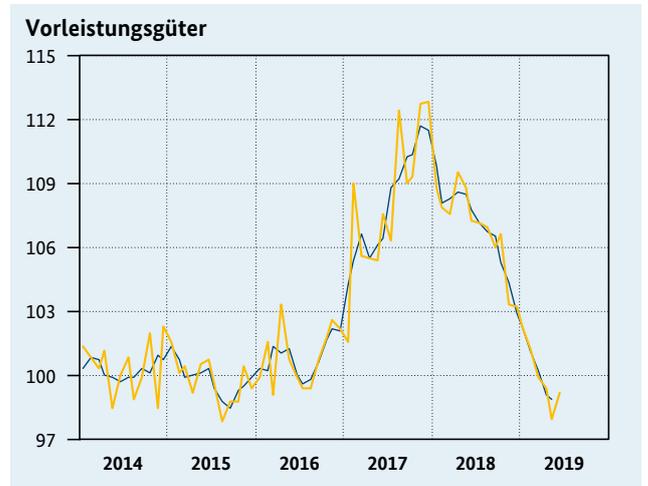
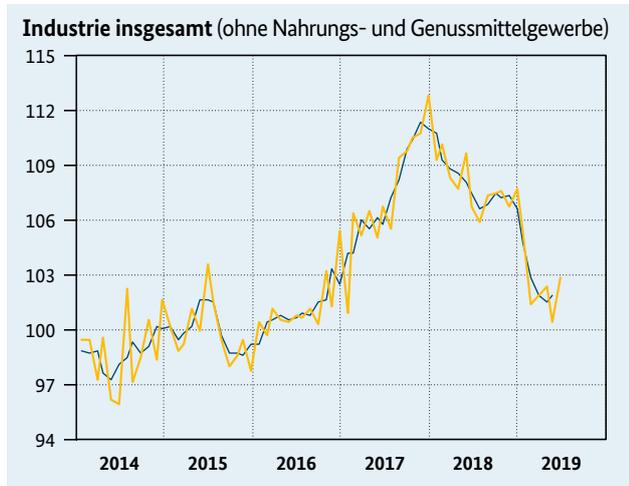
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2015 = 100; saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

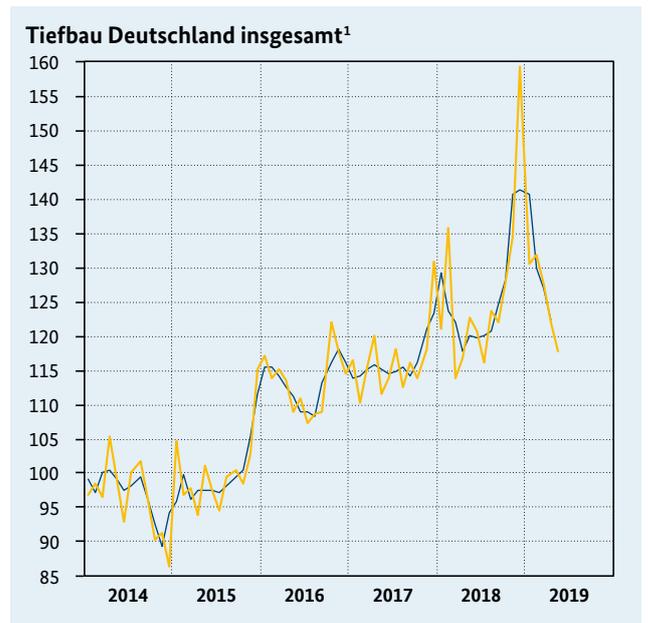
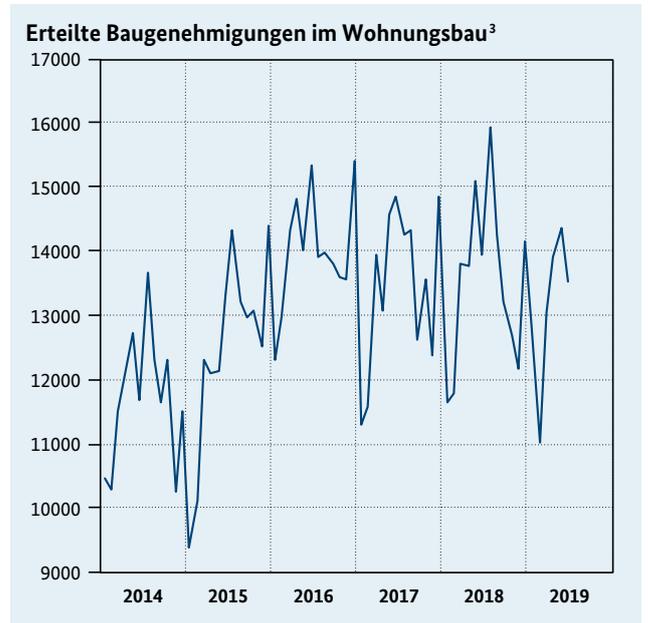
					2018		2019		2019						
		2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	113,2	117,0	122,5	119,6	131,7	129,1	-	131,8	129,2	126,3	124,2	119,0	-
		gg. Vp. in %	13,0	3,4	4,7	1,3	10,1	-2,0	-	-8,3	-2,0	-2,2	-1,7	-4,2	-
		gg. Vj. in %	13,1	3,5	4,4	4,7	7,5	8,0	-	11,6	1,1	11,3	6,4	-2,1	-
Hochbau		Index	113,2	117,4	119,2	118,7	124,0	128,4	-	132,9	126,9	125,3	126,2	119,9	-
		gg. Vp. in %	13,0	3,7	1,5	2,0	4,5	3,5	-	1,9	-4,5	-1,3	0,7	-5,0	-
		gg. Vj. in %	13,2	3,7	1,4	6,0	-0,8	9,4	-	13,5	4,0	10,8	8,2	0,4	-
Wohnungsbau		Index	114,8	117,2	124,2	125,2	137,2	128,6	-	138,1	119,6	128,1	122,7	123,4	-
		gg. Vp. in %	14,9	2,1	6,0	6,6	9,6	-6,3	-	-6,1	-13,4	7,1	-4,2	0,6	-
		gg. Vj. in %	14,9	2,0	5,8	13,1	10,0	10,8	-	15,0	0,0	16,4	0,7	6,7	-
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	112,0	117,5	115,7	114,2	114,8	128,1	-	129,2	131,9	123,3	128,6	117,5	-
		gg. Vp. in %	11,7	4,9	-1,5	-1,2	0,5	11,6	-	8,7	2,1	-6,5	4,3	-8,6	-
		gg. Vj. in %	12,0	4,9	-1,5	1,4	-8,3	8,4	-	12,4	6,7	7,0	14,2	-3,6	-
Tiefbau		Index	113,3	116,5	126,3	120,6	140,7	130,1	-	130,7	131,9	127,6	122,0	117,9	-
		gg. Vp. in %	13,1	2,8	8,4	0,3	16,7	-7,5	-	-18,0	0,9	-3,3	-4,4	-3,4	-
		gg. Vj. in %	12,8	3,2	7,9	3,1	18,4	6,4	-	9,3	-2,1	11,8	4,5	-4,6	-
Straßenbau		Index	119,1	121,1	124,6	118,6	127,1	134,7	-	134,9	140,5	128,8	125,2	113,2	-
		gg. Vp. in %	19,1	1,7	2,9	-4,3	7,2	6,0	-	2,6	4,2	-8,3	-2,8	-9,6	-
		gg. Vj. in %	17,5	2,6	3,1	-0,9	1,8	4,6	-	6,2	13,2	-1,9	6,3	-12,2	-
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	109,8	113,8	127,3	121,8	148,6	127,3	-	128,2	126,9	126,9	120,1	120,7	-
		gg. Vp. in %	9,4	3,6	11,9	3,2	22,0	-14,3	-	-27,0	-1,0	0,0	-5,4	0,5	-
		gg. Vj. in %	10,1	3,5	10,9	5,6	26,1	7,4	-	10,8	-10,2	22,5	3,2	1,0	-
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	110,1	114,5	123,4	119,9	133,2	128,6	-	129,1	128,8	127,9	126,0	123,1	-
		gg. Vp. in %	10,0	4,0	7,8	1,7	11,1	-3,5	-	-15,6	-0,2	-0,7	-1,5	-2,3	-
		gg. Vj. in %	10,4	3,6	7,4	7,6	9,5	6,1	-	13,0	-8,1	14,6	8,5	-1,5	-
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	115,8	119,7	120,4	115,9	126,7	130,0	-	131,2	135,3	123,5	123,1	111,7	-
		gg. Vp. in %	15,3	3,4	0,6	-2,4	9,3	2,6	-	-0,2	3,1	-8,7	-0,3	-9,3	-
		gg. Vj. in %	15,0	4,1	0,3	-3,0	2,9	8,5	-	7,3	13,7	5,2	7,6	-7,3	-
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	98125	83667	106257	28714	25990	23758	28466	8167	7506	8086	8973	9585	9908
		gg. Vj. in %	17,3	1,2	7,0	8,6	0,7	2,7	0,2	10,1	5,2	-5,8	-10,1	2,8	8,8
Wohngebäude		Mio. €	58976	58661	61406	16571	14950	14217	16501	4904	4373	4940	5506	5610	5385
		gg. Vj. in %	15,2	-0,5	4,7	9,5	0,2	3,4	2,3	13,6	0,1	-2,4	5,2	-0,4	2,2
Nichtwohngebäude		Mio. €	39149	40641	44851	12143	11040	9542	11965	3263	3133	3145	3467	3975	4523
		gg. Vj. in %	20,6	3,8	10,4	7,4	1,4	1,7	-2,6	5,3	13,2	-10,6	-27,0	7,5	17,9
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	29235	29987	33445	9200	8078	6857	8570	2412	2288	2157	2622	3171	2778
		gg. Vj. in %	20,0	2,6	11,5	10,2	1,6	-1,9	-6,6	5,4	9,2	-17,3	-21,0	7,9	-4,9
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	9915	10654	11406	2944	2962	2685	3395	852	845	988	845	804	1746
		gg. Vj. in %	22,3	7,5	7,1	-0,5	0,8	12,2	9,2	5,0	25,6	8,7	-41,1	6,2	90,5
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	168,4	161,6	162,7	43,5	39,1	37,0	41,9	12,9	11,0	13,1	13,9	14,4	13,5
		gg. Vj. in %	12,2	-4,0	0,7	5,3	-4,3	-0,8	-2,3	10,5	-6,4	-5,5	0,9	-4,7	-3,0
		gg. Vp. in %	12,4	-3,6	0,9	2,3	-4,1	1,5	-1,1	2,2	-11,3	3,4	2,4	-3,3	2,2
					2018		2019		2019						
		2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	
ifo Konjunkturtest⁴															
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	76,3	78,1	79,5	85,6	83,9	68,0	82,1	63,9	71,4	79,5	83,1	83,7	84,5
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	14,8	18,5	19,0	3,3	4,7	42,0	2,7	56,0	27,0	4,0	2,0	2,0	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2015= 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2018		2019		2019					
		2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.
ifo Konjunkturtest¹														
Gesamtwirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	19,0	25,7	25,3	26,0	23,4	17,4	14,9	18,1	16,8	14,7	13,1	9,3	-
Geschäftslage	Salden	29,0	39,4	43,2	43,7	41,7	37,6	32,2	37,4	35,7	30,7	30,3	26,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	9,4	12,8	8,7	9,6	6,4	-1,0	-1,2	0,4	-0,6	-0,2	-2,9	-6,7	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	11,2	27,6	24,1	23,6	17,3	9,3	3,2	7,1	4,0	4,4	1,3	-4,3	-
Geschäftslage	Salden	21,4	41,8	43,8	42,3	35,5	30,2	19,6	28,5	23,3	19,7	15,9	7,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,6	14,1	6,0	6,4	0,5	-9,6	-11,9	-12,2	-13,6	-9,8	-12,2	-15,5	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	9,7	26,5	24,3	24,4	16,6	6,2	-0,2	3,7	-1,3	3,9	-3,2	-8,4	-
Geschäftslage	Salden	19,2	40,1	45,3	45,3	37,0	27,4	15,0	24,7	17,1	16,7	11,3	4,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	0,6	13,6	5,1	5,3	-2,1	-12,9	-14,3	-15,3	-18,1	-8,2	-16,7	-20,5	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	11,2	31,4	26,3	24,9	19,2	12,4	3,9	9,8	6,1	3,1	2,4	-1,4	-
Geschäftslage	Salden	23,0	47,2	49,9	46,3	39,0	34,7	22,3	33,6	27,5	19,9	19,4	9,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	0,0	16,7	4,9	5,4	1,1	-7,7	-13,0	-11,5	-13,3	-12,4	-13,2	-11,4	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	9,5	15,5	13,8	12,9	11,8	10,2	9,5	7,9	10,1	11,0	7,4	8,1	-
Geschäftslage	Salden	17,8	26,4	22,8	19,9	22,6	26,4	26,0	24,7	28,0	27,5	22,6	20,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,6	5,2	5,2	6,2	1,5	-4,8	-5,8	-7,6	-6,4	-4,4	-6,7	-4,0	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	5,4	14,4	24,3	29,5	29,9	19,9	23,1	21,5	21,6	24,8	23,0	23,3	-
Geschäftslage	Salden	9,9	23,2	42,6	49,9	53,8	41,9	48,7	44,5	48,5	49,7	47,8	46,0	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,0	6,0	7,5	10,9	8,2	-0,2	0,2	0,7	-2,3	2,3	0,7	2,7	-
Handel														
Geschäftsklima	Salden	10,0	16,0	12,7	11,1	10,1	5,9	6,8	8,2	7,2	5,4	7,9	1,4	-
Geschäftslage	Salden	16,0	25,4	25,5	24,9	24,2	23,7	23,2	26,3	24,7	21,1	23,9	18,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,3	7,1	0,6	-1,7	-3,1	-10,5	-8,4	-8,4	-9,1	-9,2	-6,9	-14,4	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	27,9	28,9	29,8	31,4	30,5	24,4	22,8	26,5	26,9	21,1	20,3	17,7	-
Geschäftslage	Salden	39,3	44,0	47,8	49,2	48,3	45,4	41,4	46,0	46,4	38,2	39,7	38,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	16,9	14,8	13,1	14,9	13,9	5,3	5,6	8,5	9,0	5,2	2,5	-1,1	-
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	55,2	84,1	77,4	73,7	57,9	17,9	7,2	11,1	5,5	8,2	7,8	-1,1	-13,5
Konjunkturerwartungen	Salden	6,7	16,4	-8,7	-16,3	-22,1	-10,7	-6,7	-3,6	3,1	-2,1	-21,1	-24,5	-44,1

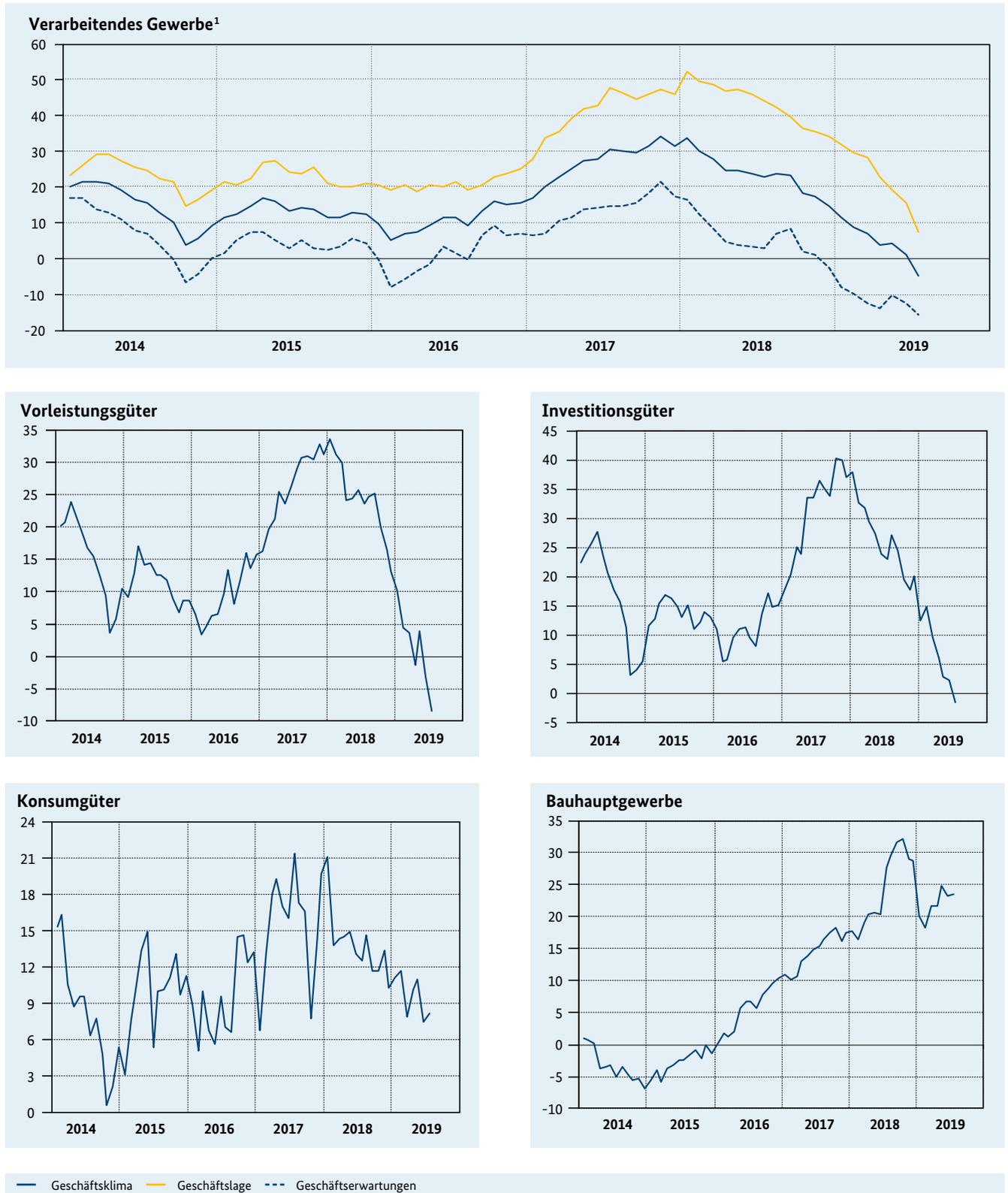
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2016	2017			2018				2019	
		2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung														
Private Konsumausgaben ¹	Index	108,4	110,3	111,5	109,0	109,4	110,3	110,7	111,1	111,3	111,6	111,5	111,8	113,1
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	2,1	1,8	1,1	0,7	0,4	0,8	0,4	0,3	0,2	0,3	-0,1	0,3	1,2
	gg. Vj. in %	1,9	2,0	1,1	1,5	2,1	1,8	2,1	1,1	1,9	1,2	0,4	1,0	1,1
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1808	1870	1930	458	462	466	470	475	477	480	484	489	493
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	3,0	3,4	3,2	1,3	0,8	0,8	0,9	1,1	0,5	0,7	0,8	1,1	0,8
	gg. Vj. in %	3,0	3,4	3,2	2,8	4,0	3,2	3,6	2,9	3,6	3,2	2,6	3,4	3,2
Einzelhandelsumsätze²														
		2016	2017	2018	2018		2019		2019					
		2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Einzelhandel	Index	102,1	105,8	107,5	107,5	108,2	110,0	110,4	110,4	110,1	108,8	112,2	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. in %	2,1	3,6	1,6	-0,6	0,7	1,7	0,4	0,2	-0,3	-1,2	3,1	-	-
	gg. Vj. in %	2,1	3,5	1,6	1,2	1,1	3,6	2,1	3,7	0,7	1,5	4,0	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,9	103,0	104,8	104,6	104,9	106,3	105,9	107,2	105,4	103,8	108,6	-	-
	gg. Vp. in %	0,8	2,1	1,7	-0,9	0,3	1,3	-0,4	1,1	-1,7	-1,5	4,6	-	-
	gg. Vj. in %	0,8	2,1	1,7	1,0	1,1	2,3	0,3	3,0	0,1	-1,5	2,4	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	100,2	106,8	104,0	103,2	102,5	104,1	103,8	106,2	102,6	98,5	110,4	-	-
	gg. Vp. in %	-0,1	6,6	-2,6	-4,3	-0,7	1,6	-0,3	1,8	-3,4	-4,0	12,1	-	-
	gg. Vj. in %	0,1	6,5	-2,7	-3,8	-3,5	1,7	-3,4	4,6	-9,3	-6,9	6,5	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	101,2	111,0	116,7	116,9	119,4	119,4	122,9	120,2	121,6	126,1	121,1	-	-
	gg. Vp. in %	1,2	9,7	5,1	0,2	2,1	0,0	2,9	0,8	1,2	3,7	-4,0	-	-
	gg. Vj. in %	1,3	9,5	5,1	4,0	5,2	5,0	5,5	3,8	6,5	9,6	0,9	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	100,9	101,8	101,2	100,9	101,3	103,7	103,9	104,0	104,2	103,2	104,2	-	-
	gg. Vp. in %	0,7	0,9	-0,6	-1,6	0,4	2,4	0,2	-0,1	0,2	-1,0	1,0	-	-
	gg. Vj. in %	0,7	1,0	-0,7	-1,2	-1,3	3,8	1,5	6,1	-0,9	2,3	3,4	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	105,1	110,2	112,5	112,2	112,9	115,2	-	115,6	115,1	115,6	-	-	-
	gg. Vp. in %	5,4	4,9	2,1	-0,6	0,6	2,0	-	0,1	-0,4	0,4	-	-	-
	gg. Vj. in %	5,3	5,0	1,9	1,1	0,4	3,2	-	4,1	3,0	1,9	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe²														
Insgesamt	Index	100,6	102,5	103,8	103,7	103,9	105,3	-	104,9	104,1	102,7	-	-	-
	gg. Vp. in %	0,6	1,9	1,3	-0,8	0,2	1,3	-	-1,0	-0,8	-1,3	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,8	1,5	1,3	1,5	1,4	1,9	-	2,2	-1,9	0,5	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen³														
Insgesamt	in Tsd.	3352	3441	3436	834	762	880	969	346	311	333	325	333	-
	gg. Vj. in %	4,5	2,7	-0,2	1,2	-8,1	0,2	0,9	-0,5	-1,1	9,1	-4,7	4,7	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1173	1225	1249	289	265	308	360	125	120	124	117	121	-
	gg. Vj. in %	6,8	4,4	2,0	-4,6	-13,1	-6,0	-2,3	-8,3	-0,6	4,5	-10,0	2,6	-
Verbraucherpreise⁴														
Insgesamt	Index	100,5	102,0	103,8	104,5	104,4	103,8	105,4	104,2	105,2	105,4	105,7	106,2	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,5	1,7	1,9	2,0	1,4	1,7	1,3	2,0	1,4	1,6	1,7	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	0,9	3,0	2,3	2,6	1,5	1,0	1,0	0,7	0,8	0,9	1,2	2,1	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,1	1,3	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-4,3	0,9	2,9	3,7	4,5	4,1	3,7	4,6	4,3	3,8	3,1	3,5	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-1,1	2,7	3,0	3,9	4,8	1,8	2,7	2,4	2,9	3,1	2,1	1,7	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁵	Salden	4,7	5,7	3,9	2,8	1,8	2,3	6,4	7,1	3,3	6,9	8,9	4,7	-
Geschäftslage	Salden	11,9	15,0	14,7	14,2	14,3	17,1	21,3	22,7	16,7	21,0	26,2	25,1	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,3	-3,2	-6,4	-7,9	-10,0	-11,5	-7,5	-7,4	-9,2	-6,4	-7,0	-13,9	-
GfK – Konsumklima⁶	Punkte	9,8	10,4	10,6	10,4	10,3	10,5	10,2	10,5	10,2	10,2	10,1	9,8	9,7
Anschaffungsneigung	Punkte	52,8	55,6	56,6	55,3	55,5	54,2	52,5	52,9	52,6	52,5	52,4	50,3	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

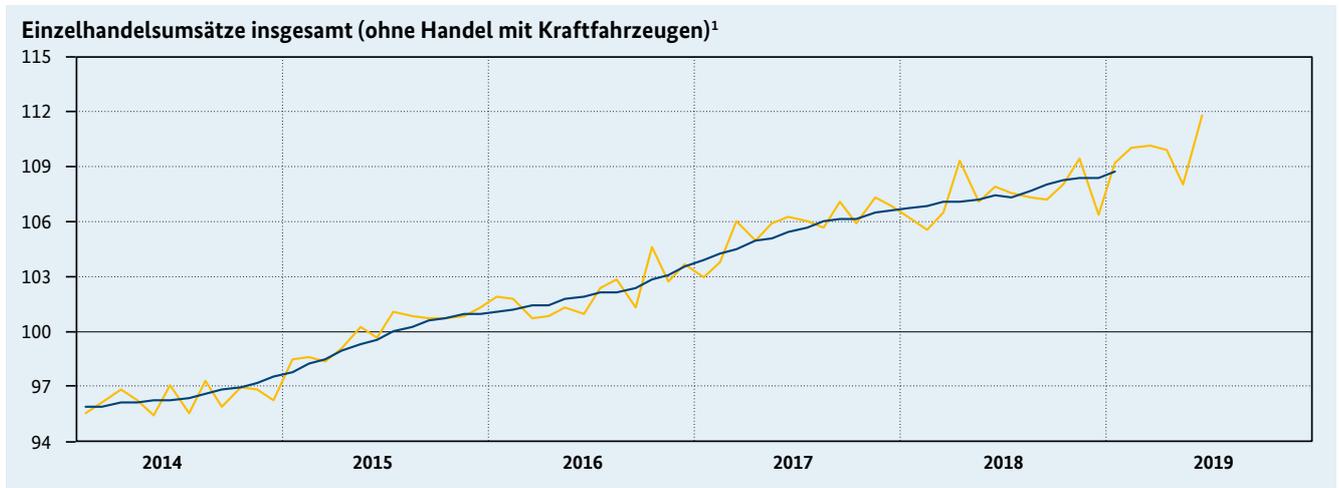
2 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

3 Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; Index 2015 = 100; 5 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo

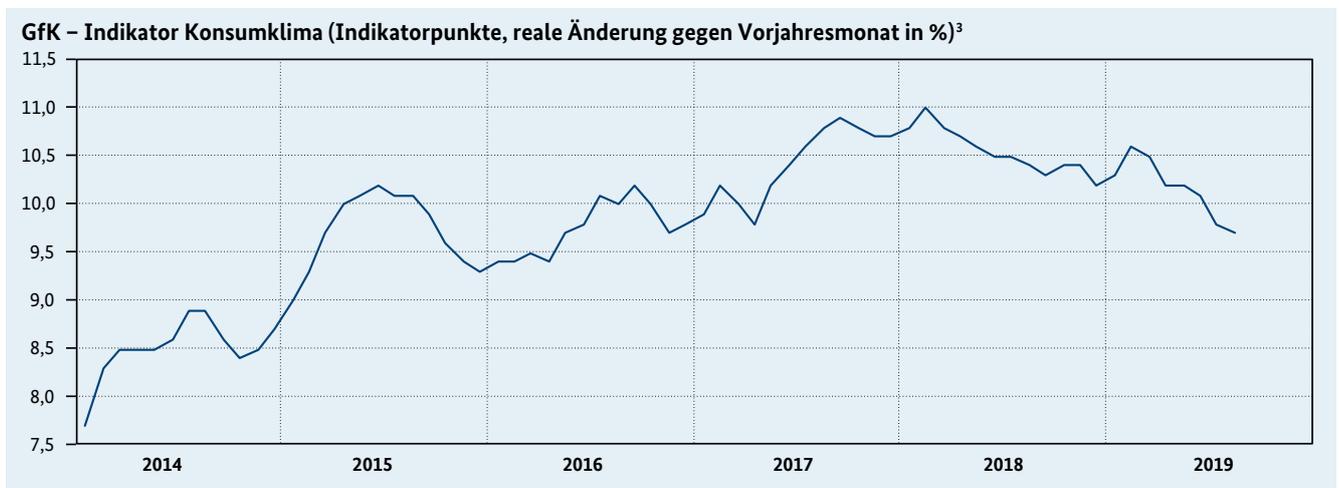
Institut; 6 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 12-Monats-Wert — Monatswerte



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

Bundesrepublik Deutschland

		2018			2019				2019					
		2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	264	263	250	55	63	67	64	23,7	19,4	23,8	21,0	21,9	20,9
	gg. Vp. in %	1,3	-0,4	-4,8	-13,4	15,3	6,5	-4,6	16,9	-17,9	22,4	-11,7	4,1	-4,4
Warenhandel	in Mrd. €	250	255	224	48	57	61	57	20,0	19,2	21,6	17,9	19,5	19,1
	gg. Vp. in %	1,5	1,8	-12,1	-14,5	18,1	6,5	-7,0	-2,1	-3,9	12,7	-17,2	9,1	-1,9
Ausfuhr	in Mrd. €	1173	1260	1298	321	332	336	328	112,5	110,1	113,1	108,9	109,9	108,9
	gg. Vp. in %	0,9	7,4	3,0	-0,5	3,5	1,1	-2,4	0,8	-2,2	2,8	-3,8	0,9	-0,8
Einfuhr	in Mrd. €	923	1005	1074	272	275	275	271	92,5	90,9	91,5	91,0	90,3	89,8
	gg. Vp. in %	0,7	8,8	6,9	2,5	0,9	0,0	-1,4	1,4	-1,8	0,7	-0,6	-0,7	-0,6
Dienstleistungen	in Mrd. €	-21	-22	-21	-6	-6	-5	-5	-2,0	-1,4	-2,1	-1,3	-1,3	-2,8
	gg. Vp. in %	7,0	6,5	-6,7	39,0	4,6	-10,2	-0,2	-47,6	-27,0	44,8	-35,3	-2,2	113,7
Einnahmen	in Mrd. €	263	282	292	74	74	75	75	24,5	25,1	25,0	25,6	25,3	24,2
	gg. Vp. in %	4,4	7,4	3,5	2,5	0,8	0,3	0,8	5,4	2,5	-0,2	2,4	-1,1	-4,3
Ausgaben	in Mrd. €	284	304	313	80	80	80	81	26,4	26,5	27,1	27,0	26,7	27,0
	gg. Vp. in %	4,6	7,3	2,8	4,5	1,1	-0,5	0,7	-1,9	0,3	2,2	-0,5	-1,2	1,5
Primäreinkommen	in Mrd. €	76	81	94	24	25	24	25	9,4	6,7	7,6	9,0	6,7	9,1
	gg. Vp. in %	7,4	7,3	15,3	15,3	0,9	-4,1	4,7	15,7	-29,5	14,1	18,7	-25,4	34,7
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-41	-51	-47	-13	-13	-12	-12	-3,8	-5,0	-3,4	-4,6	-3,1	-4,5
	gg. Vp. in %	11,4	24,0	-8,2	17,9	2,9	-6,0	-0,1	-17,2	32,4	-32,5	35,7	-33,1	46,9
Außenhandel nach Ländern²														
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1204	1279	1318	326	329	336	330	108,8	108,9	118,2	110,0	114,1	106,1
	gg. Vj. in %	0,9	6,2	3,0	2,9	1,4	2,5	-1,3	1,6	4,0	1,8	-0,2	4,6	-8,0
EU-Länder	in Mrd. €	706	750	779	189	193	202	194	65,3	65,7	70,6	64,2	66,2	63,5
	gg. Vj. in %	1,9	6,3	3,8	3,0	1,6	2,4	-2,8	0,7	3,9	2,6	-3,0	0,8	-6,2
Eurozone ¹	in Mrd. €	441	471	492	119	122	127	125	41,4	41,5	44,5	41,8	42,3	40,6
	gg. Vj. in %	1,5	6,9	4,5	3,8	1,8	1,6	-0,6	1,0	3,4	0,5	0,1	4,0	-5,6
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	265	279	287	70	71	74	69	23,9	24,3	26,1	22,3	23,9	23,0
	gg. Vj. in %	2,4	5,2	2,7	1,7	1,3	3,8	-6,6	0,1	4,8	6,5	-8,3	-4,4	-7,2
Drittländer	in Mrd. €	498	529	539	137	136	134	136	43,5	43,1	47,6	45,8	47,9	42,6
	gg. Vj. in %	-0,5	6,2	1,9	2,7	1,2	2,6	0,9	3,1	4,1	0,7	4,0	10,5	-10,7
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	955	1031	1090	273	276	281	275	94,3	91,1	95,9	92,1	93,5	89,3
	gg. Vj. in %	0,6	8,0	5,7	8,1	4,9	5,0	1,0	4,9	5,4	4,8	2,5	5,1	-4,4
EU-Länder	in Mrd. €	632	682	723	179	184	187	185	60,4	61,3	65,0	61,6	62,4	61,5
	gg. Vj. in %	1,7	7,9	5,9	7,3	4,1	5,1	1,9	3,8	6,2	5,1	2,3	4,8	-1,3
Eurozone	in Mrd. €	429	459	488	122	123	127	127	41,0	41,9	44,1	42,1	42,9	42,0
	gg. Vj. in %	0,6	7,1	6,2	9,0	4,3	5,6	3,7	4,4	7,2	5,2	3,3	8,7	-0,7
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	204	223	235	57	60	60	59	19,4	19,5	20,9	19,5	19,5	19,5
	gg. Vj. in %	4,1	9,5	5,2	3,9	3,6	4,0	-1,8	2,6	4,3	5,1	0,1	-3,1	-2,4
Drittländer	in Mrd. €	323	349	367	94	93	95	89	34,0	29,8	31,0	30,5	31,1	27,8
	gg. Vj. in %	-1,5	8,1	5,3	9,6	6,6	4,9	-0,8	6,9	3,7	4,0	3,0	5,7	-10,7

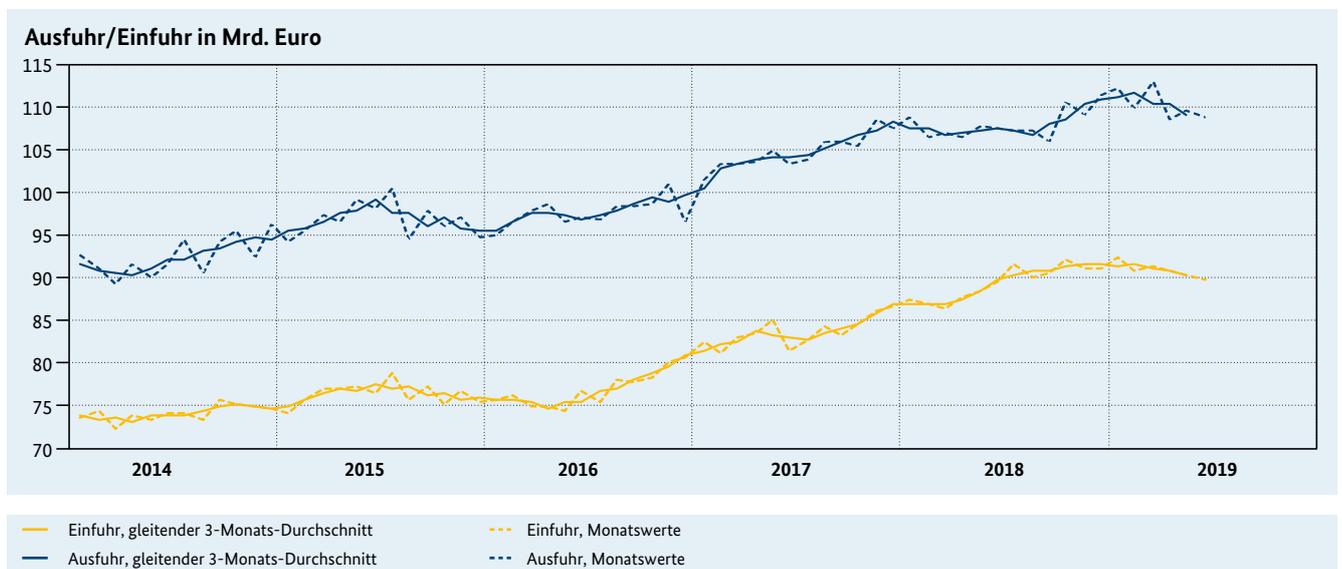
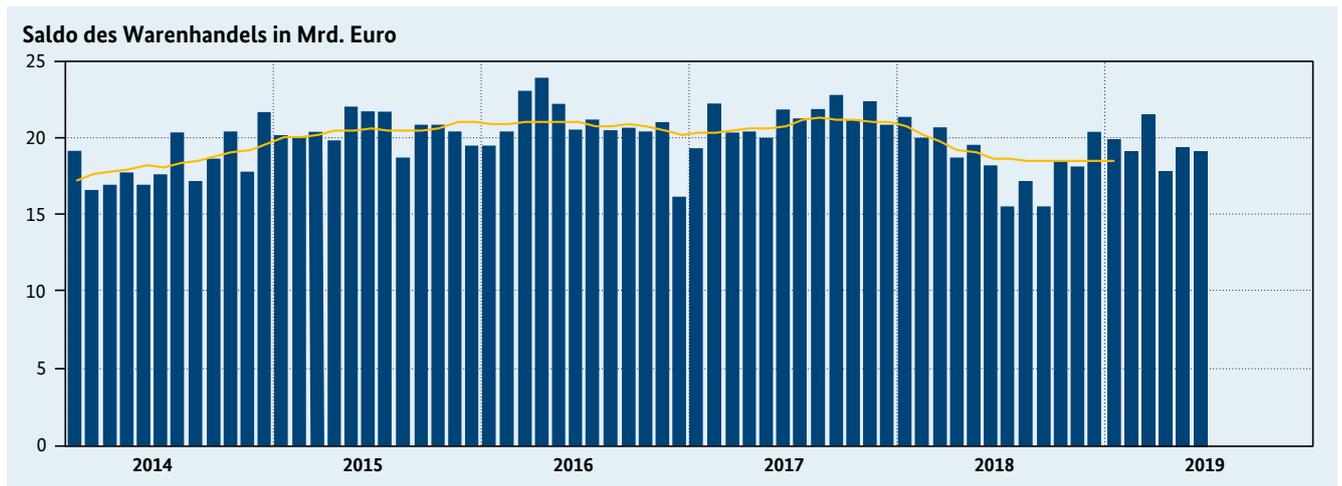
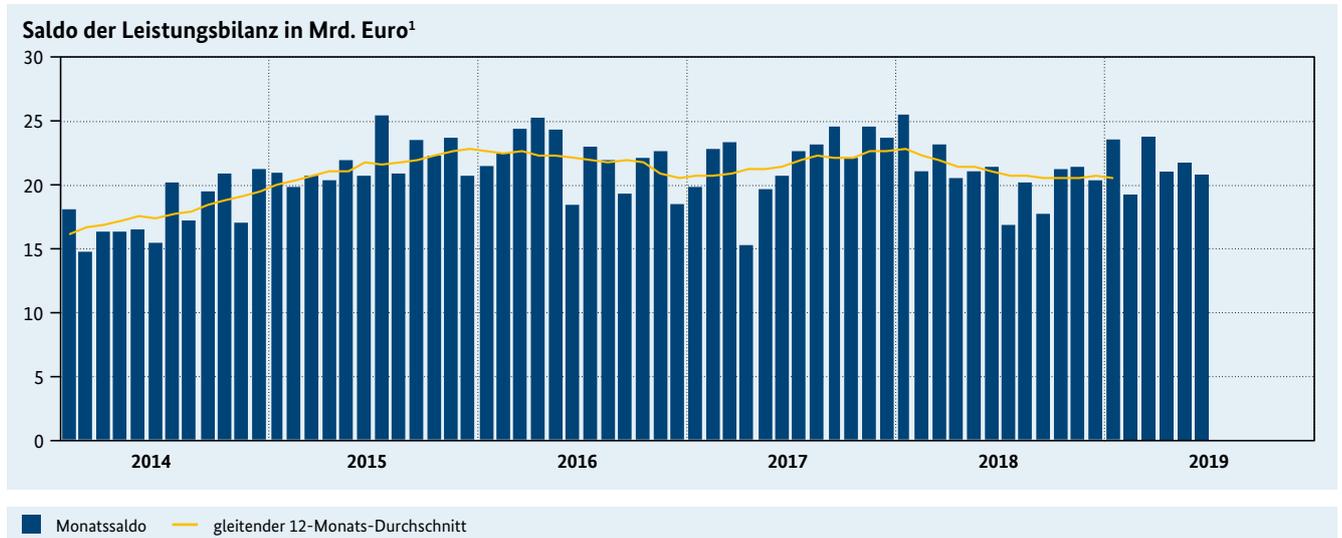
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

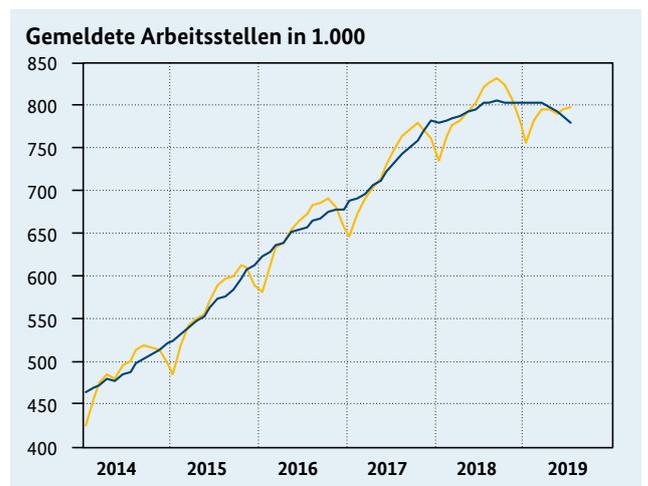
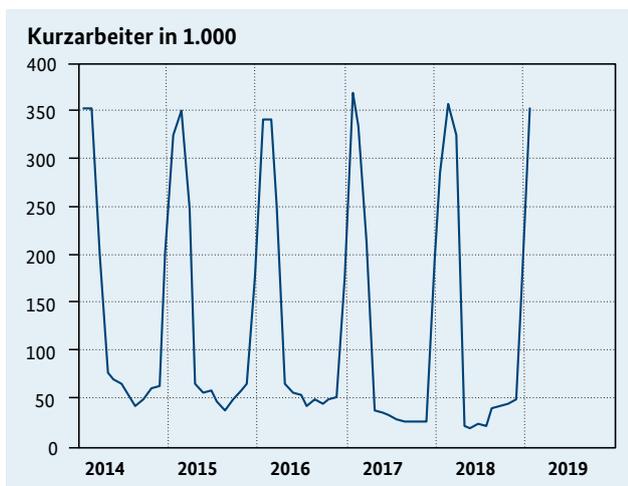
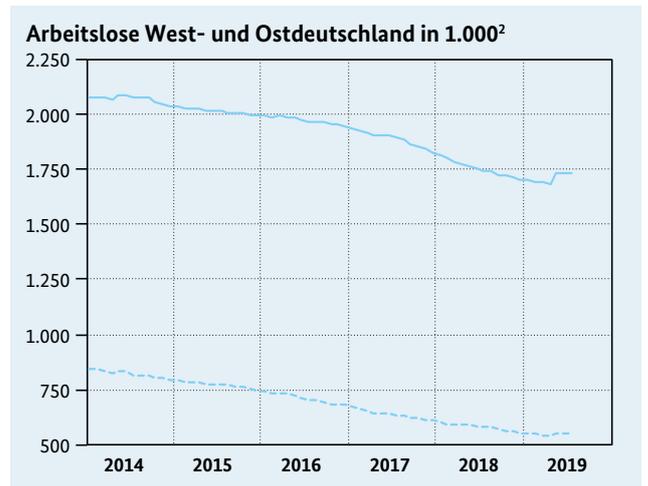
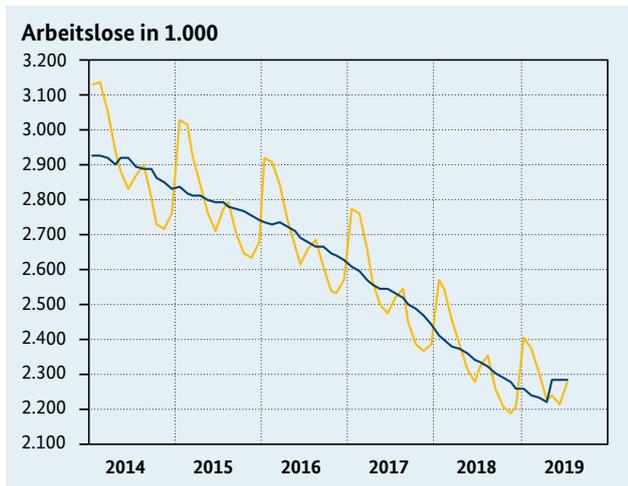
					2018		2019		2019					
		2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	43655	44248	44854	45016	45244	44887	45211	44870	44951	45097	45240	45295	-
	gg. Vj. in Tsd.	533	593	606	580	560	507	434	512	495	465	428	410	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	31538	32266	32992	33132	33429	33209	-	33192	33280	33364	33414	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	683	729	726	714	690	637	-	641	620	582	557	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	1774	1621	1468	1446	1374	1453	1349	1372	1510	1393	1318	1336	-
	gg. Vj. in Tsd.	-176	-153	-153	-140	-142	-111	-139	-265	0	-120	-148	-148	-
Erwerbslosenquote	in %	4,1	3,8	3,4	3,3	3,2	3,4	3,1	3,2	3,5	3,2	3,0	3,1	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2691	2533	2340	2311	2200	2360	2227	2373	2301	2229	2236	2216	2275
	gg. Vj. in Tsd.	-104	-158	-193	-193	-181	-165	-98	-173	-157	-155	-80	-60	-49
SGB II	in Tsd.	1869	1677	1538	1527	1445	1468	1449	1465	1451	1434	1464	1450	1451
	gg. Vj. in Tsd.	-67	-192	-139	-144	-156	-148	-115	-154	-147	-154	-101	-90	-86
SGB III	in Tsd.	822	855	802	784	755	892	778	908	850	795	772	766	825
	gg. Vj. in Tsd.	-37	34	-54	-49	-25	-17	17	-19	-10	-1	22	31	37
Westdeutschland	in Tsd.	1979	1894	1759	1746	1659	1774	1691	1782	1733	1688	1698	1688	1737
	gg. Vj. in Tsd.	-42	-84	-136	-143	-127	-110	-55	-118	-101	-98	-40	-26	-16
Ostdeutschland	in Tsd.	712	639	581	565	541	586	536	591	568	541	538	529	538
	gg. Vj. in Tsd.	-62	-74	-57	-50	-54	-55	-43	-55	-56	-57	-39	-34	-34
Arbeitslosenquote	in %	6,1	5,7	5,2	5,1	4,9	5,2	4,9	5,3	5,1	4,9	4,9	4,9	5,0
Westdeutschland	in %	5,6	5,3	4,8	4,8	4,5	4,8	4,6	4,9	4,7	4,6	4,6	4,6	4,7
Ostdeutschland	in %	8,5	7,6	6,9	6,7	6,4	6,9	6,3	7,0	6,7	6,4	6,3	6,2	6,3
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	642	630	601	615	590	634	581	625	588	587	593	563	585
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	651	645	616	621	605	603	609	657	659	659	586	583	525
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	42	24	25	27	35	35	-	30	34	41	41	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-2	-18	1	11	21	11	-	7	7	28	29	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3577	3517	3285	3217	3146	3286	3185	3312	3251	3195	3191	3168	3201
	gg. Vj. in Tsd.	-54	-61	-231	-243	-220	-202	-105	-202	-188	-157	-92	-66	-48
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	655	731	796	828	804	780	795	784	797	796	792	798	799
	gg. Vj. in Tsd.	87	75	66	65	33	20	1	20	19	11	-1	-8	-24
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	533	593	605	119	129	138	50	34	15	18	12	8	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	683	728	726	167	166	150	-	37	18	32	20	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-162	-166	-151	-16	-35	-26	-39	-7	-9	-13	-18	-18	-
Erwerbslosenquote	in %	4,2	3,8	3,4	3,4	3,3	3,2	3,1	3,2	3,2	3,2	3,1	3,1	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-104	-158	-192	-40	-45	-31	19	-19	-7	-11	61	-0	1
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-68	-191	-140	-36	-50	-28	-2	-16	-11	-16	44	-8	-4
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-35	33	-52	-4	5	-3	20	-3	4	5	17	7	5
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-42	-84	-136	-29	-27	-18	19	-13	-3	-6	47	1	2
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-62	-74	-57	-12	-18	-13	0	-5	-4	-5	14	-1	-2
Arbeitslosenquote	in %	6,1	5,7	5,2	5,1	5,0	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	5,0	5,0	5,0
Westdeutschland	in %	5,6	5,3	4,8	4,8	4,7	4,6	4,7	4,6	4,6	4,6	4,7	4,7	4,7
Ostdeutschland	in %	8,5	7,6	6,9	6,8	6,6	6,4	6,4	6,4	6,4	6,3	6,5	6,5	6,5
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-52	-62	-231	-55	-38	-36	24	-9	-8	3	43	3	0
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	87	75	66	12	-1	1	-11	-0	-0	-5	-6	-5	-9
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	100,8	103,0	104,5	104,8	104,2	102,4	100,6	102,8	101,5	101,5	100,3	100,0	99,6
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	103,2	104,3	104,3	104,0	104,1	103,2	102,6	103,3	103,0	103,1	102,6	102,2	101,6
BA-X Stellenindex	Index	216,4	237,8	252,5	254,7	253,0	254,0	248,3	254,0	253,0	251,0	247,0	247,0	243,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 - - - Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

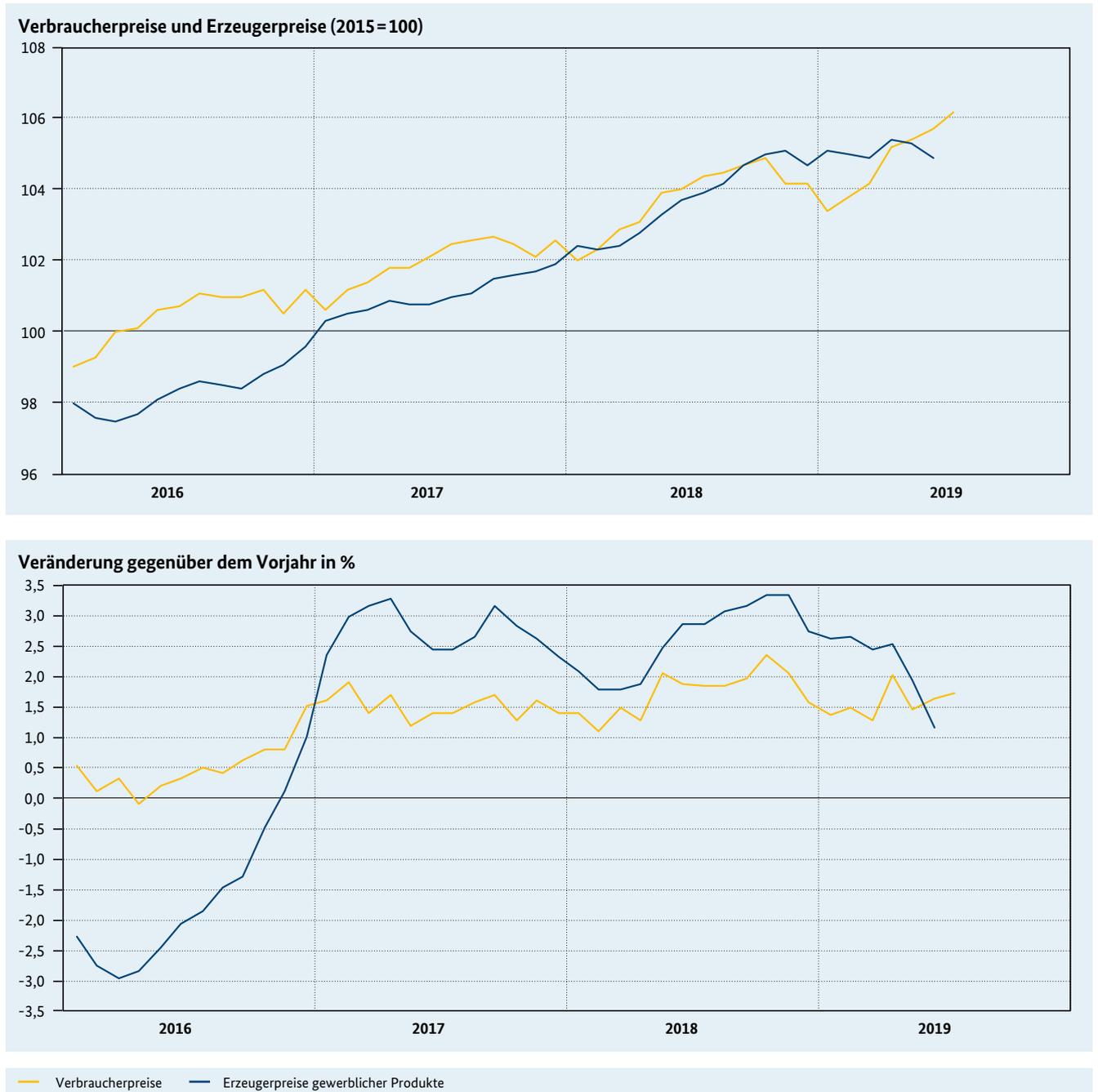
		2018			2019				2019					
		2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	100,5	102,0	103,8	104,5	104,4	103,8	105,4	103,8	104,2	105,2	105,4	105,7	106,2
	gg. Vj. in %	0,5	1,5	1,8	1,9	2,0	1,4	1,6	1,5	1,3	2,0	1,4	1,6	1,7
Waren	Index	99,6	101,3	103,3	103,4	104,6	103,6	105,0	103,6	104,0	104,8	105,3	104,8	104,5
	gg. Vj. in %	-0,4	1,7	2,0	2,5	2,5	1,5	1,7	1,7	1,6	1,8	1,8	1,5	1,8
Verbrauchsgüter	Index	98,9	101,2	104,2	104,6	105,6	104,7	106,3	104,8	104,9	105,8	106,7	106,3	106,3
	gg. Vj. in %	-1,1	2,3	3,0	3,8	3,6	2,0	2,2	2,1	2,2	2,4	2,4	1,8	2,0
darunter:	Index	100,9	103,9	106,3	106,0	106,5	107,3	107,5	107,7	107,1	107,2	107,6	107,7	108,1
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	0,9	3,0	2,3	2,6	1,5	0,9	0,9	1,4	0,7	0,8	0,9	1,2	2,1
darunter:	Index	95,7	96,6	99,4	99,7	101,6	101,6	102,4	101,6	101,9	102,4	102,8	102,0	102,4
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	-4,3	0,9	2,9	3,7	4,5	4,1	3,7	4,3	4,6	4,3	3,8	3,1	3,5
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	100,8	101,8	102,2	101,1	103,9	101,7	103,8	101,5	102,9	104,3	104,1	103,0	101,2
	gg. Vj. in %	0,8	1,0	0,4	0,1	0,8	0,7	1,0	1,2	-0,2	0,9	1,0	1,1	2,0
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	100,9	101,1	101,2	101,2	101,5	101,6	101,6	101,6	101,6	101,6	101,7	101,6	101,4
	gg. Vj. in %	0,9	0,2	0,1	0,2	0,4	0,6	0,6	0,6	0,7	0,6	0,7	0,6	0,4
Dienstleistungen	Index	101,3	102,6	104,2	105,6	104,3	104,0	105,8	104,1	104,5	105,5	105,5	106,5	107,6
	gg. Vj. in %	1,3	1,3	1,6	1,4	1,6	1,3	1,7	1,4	1,2	2,1	1,2	1,9	1,5
darunter:	Index	101,1	102,5	104,0	104,1	104,5	104,9	105,3	104,9	105,0	105,2	105,3	105,4	105,5
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,1	1,4	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Insgesamt ohne Energie	Index	101,1	102,5	104,0	104,8	104,4	104,2	105,6	104,2	104,6	105,4	105,4	105,9	106,4
	gg. Vj. in %	1,1	1,4	1,5	1,5	1,5	1,3	1,5	1,4	1,1	1,7	1,2	1,6	1,5
Energie	Index	94,7	97,1	101,6	102,7	105,0	101,1	104,4	101,0	101,6	103,7	105,4	104,2	104,0
	gg. Vj. in %	-5,3	2,5	4,6	6,6	7,4	3,1	3,7	2,9	4,2	4,6	4,2	2,5	2,4
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	100,5	102,0	103,8	104,0	104,5	104,5	105,2	104,5	104,6	105,1	105,3	105,3	105,4
	gg. Vj. in %	0,5	1,5	1,8	1,9	2,0	1,5	1,6	1,5	1,6	1,8	1,6	1,4	1,6
HVPI⁴	Index	100,4	102,1	104,0	105,2	104,7	103,9	105,7	103,9	104,4	105,4	105,7	106,0	106,4
	gg. Vj. in %	0,4	1,7	1,9	2,1	2,1	1,6	1,6	1,7	1,4	2,1	1,3	1,5	1,1
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	98,4	101,1	103,7	104,3	104,9	105,0	105,2	105,0	104,9	105,4	105,3	104,9	-
	gg. Vj. in %	-1,6	2,7	2,6	3,1	3,1	2,5	1,8	2,6	2,4	2,5	1,9	1,2	-
Vorleistungsgüter	Index	98,5	102,4	105,2	105,7	105,6	105,6	105,6	105,5	105,7	105,9	105,6	105,4	-
	gg. Vj. in %	-1,5	4,0	2,7	2,9	2,2	1,1	0,4	1,1	1,1	1,0	0,5	-0,2	-
Investitionsgüter	Index	100,6	101,8	103,1	103,3	103,5	104,2	104,5	104,2	104,3	104,4	104,5	104,5	-
	gg. Vj. in %	0,6	1,2	1,3	1,4	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6	1,5	1,6	1,5	-
Konsumgüter	Index	100,6	103,6	104,3	104,7	104,5	104,6	106,1	104,6	104,7	105,8	106,1	106,5	-
	gg. Vj. in %	0,6	3,0	0,7	0,3	0,6	0,7	1,7	0,9	0,6	1,6	1,7	1,9	-
Gebrauchsgüter	Index	101,1	102,2	103,9	104,1	104,3	105,0	105,3	105,0	105,1	105,3	105,3	105,4	-
	gg. Vj. in %	1,1	1,1	1,7	1,8	1,8	1,6	1,4	1,6	1,6	1,6	1,4	1,4	-
Verbrauchsgüter	Index	100,6	103,8	104,4	104,8	104,5	104,6	106,2	104,6	104,6	105,8	106,2	106,7	-
	gg. Vj. in %	0,6	3,2	0,6	0,1	0,4	0,6	1,8	0,8	0,4	1,5	1,8	2,1	-
Energie	Index	94,1	96,6	101,9	103,3	105,9	105,3	104,7	105,5	104,6	105,6	105,0	103,5	-
	gg. Vj. in %	-5,9	2,7	5,5	7,5	8,4	7,1	4,4	7,5	6,6	6,6	4,5	2,2	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	102,1	105,3	109,9	110,6	111,5	113,4	114,3	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	2,1	3,1	4,4	4,6	4,8	4,8	4,7	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	100,9	104,7	111,1	112,4	113,7	116,3	117,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	3,8	6,1	6,7	7,1	7,5	7,0	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2015 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2015 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2015 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise

Bundesrepublik Deutschland



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2018			2019				2019					
		2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	87,4	105,3	130,0	136,0	126,7	116,4	117,9	116,7	119,2	123,8	120,5	109,5	112,8
	gg. Vj. in %	-12,7	20,5	23,5	34,4	10,7	-6,3	-11,4	-4,0	-2,3	-3,6	-11,5	-18,6	-16,3
Nahrungs- und Genussmittel	Index	102,1	99,1	94,5	89,7	90,4	89,3	88,0	89,8	87,4	86,9	85,6	91,5	90,9
	gg. Vj. in %	2,1	-2,9	-4,7	-8,3	-5,9	-9,2	-11,5	-9,2	-13,0	-14,0	-15,7	-4,3	-0,5
Industrie-Rohstoffe	Index	97,3	118,2	124,8	121,9	118,1	123,6	126,4	126,8	126,3	127,4	124,8	127,1	134,5
	gg. Vj. in %	-2,8	21,5	5,6	2,6	-2,0	-4,8	-2,3	-3,5	-0,6	0,4	-4,7	-2,7	8,7
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	85,5	104,5	132,8	140,4	130,0	117,5	119,1	117,5	120,6	125,9	122,4	109,0	112,2
	gg. Vj. in %	-14,6	22,2	27,2	40,8	12,9	-6,3	-12,2	-3,8	-1,9	-3,5	-11,9	-20,7	-19,0
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	96,7	100,1	102,7	103,4	103,6	102,4	102,3	102,5	102,5	102,8	102,7	101,3	-
	gg. Vj. in %	-3,3	3,5	2,6	4,7	3,2	1,4	-0,3	1,6	1,7	1,4	-0,2	-2,0	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	99,9	102,1	100,7	100,1	100,6	101,2	101,7	101,1	101,2	101,7	101,9	101,6	-
	gg. Vj. in %	-0,1	2,2	-1,3	-0,5	-0,5	-0,1	0,7	-0,2	-0,2	0,7	0,5	1,0	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	96,4	99,9	102,9	103,8	103,9	102,6	102,3	102,7	102,7	102,9	102,8	101,3	-
	gg. Vj. in %	-3,6	3,6	3,0	5,2	3,6	1,6	-0,4	1,9	1,9	1,4	-0,3	-2,3	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	87,0	101,9	115,8	119,2	120,1	112,9	111,6	113,3	113,2	114,1	113,6	107,0	-
	gg. Vj. in %	-13,0	17,1	13,7	22,2	13,9	3,9	-3,3	5,4	5,4	3,2	-2,9	-9,8	-
Fertigwaren	Index	98,6	99,4	99,9	100,2	100,2	100,2	100,2	100,2	100,2	100,2	100,3	100,0	-
	gg. Vj. in %	-1,4	0,8	0,5	1,3	1,0	0,9	0,4	0,9	0,9	0,8	0,5	-0,2	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	99,0	100,7	101,9	102,3	102,4	102,3	102,5	102,3	102,4	102,6	102,5	102,3	-
	gg. Vj. in %	-1,0	1,7	1,2	1,9	1,7	1,2	0,7	1,3	1,3	1,3	0,7	0,2	-
Terms of Trade	Verhältnis	102,4	100,6	99,2	98,9	98,8	99,9	100,2	99,8	99,9	99,8	99,8	101,0	-
	gg. Vj. in %	2,4	-1,7	-1,4	-2,7	-1,5	-0,1	1,0	-0,3	-0,4	-0,1	0,9	2,3	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,11	1,13	1,18	1,16	1,14	1,14	1,12	1,14	1,13	1,12	1,12	1,13	1,12
	gg. Vj. in %	-0,3	2,0	4,6	-1,0	-3,1	-7,6	-5,7	-8,1	-8,4	-8,5	-5,3	-3,3	-4,0
in Yen	Kurs	120,3	126,7	130,4	129,7	128,8	125,1	123,5	125,3	125,7	125,4	123,0	122,1	121,4
	gg. Vj. in %	-10,4	5,3	3,0	-0,5	-3,1	-6,0	-5,1	-6,0	-4,0	-5,1	-5,1	-5,0	-6,8
in Pfund-Sterling	Kurs	0,82	0,88	0,88	0,89	0,89	0,87	0,87	0,87	0,86	0,86	0,87	0,89	0,90
	gg. Vj. in %	12,8	7,0	1,0	-0,6	0,0	-1,3	-0,1	-1,3	-2,8	-1,2	-0,6	1,4	1,4
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	94,4	96,5	99,0	99,2	98,5	97,4	97,3	97,4	96,9	96,7	97,4	97,9	97,5
	gg. Vj. in %	2,8	2,3	2,5	0,7	-0,1	-2,2	-1,2	-2,2	-2,9	-2,8	-0,7	0,0	-1,8
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	89,5	91,4	93,4	93,7	93,0	91,7	91,4	91,7	91,1	91,0	91,4	91,9	91,5
	gg. Vj. in %	2,2	2,1	2,2	0,5	-0,2	-2,5	-1,8	-2,3	-3,3	-3,2	-1,5	-0,7	-2,5
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	95,3	96,6	98,0	97,7	97,5	96,8	97,0	96,9	96,5	96,9	97,0	97,2	97,1
	gg. Vj. in %	0,7	1,4	1,4	0,1	-0,3	-1,6	-1,1	-1,4	-2,0	-1,7	-1,1	-0,6	-0,6
56 Länder	Index	87,5	88,3	90,4	90,8	90,5	89,3	89,5	89,4	88,9	89,2	89,6	89,8	89,3
	gg. Vj. in %	1,4	0,9	2,3	1,4	1,0	-0,9	-0,7	-0,8	-1,6	-1,4	-0,5	-0,2	-1,1

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

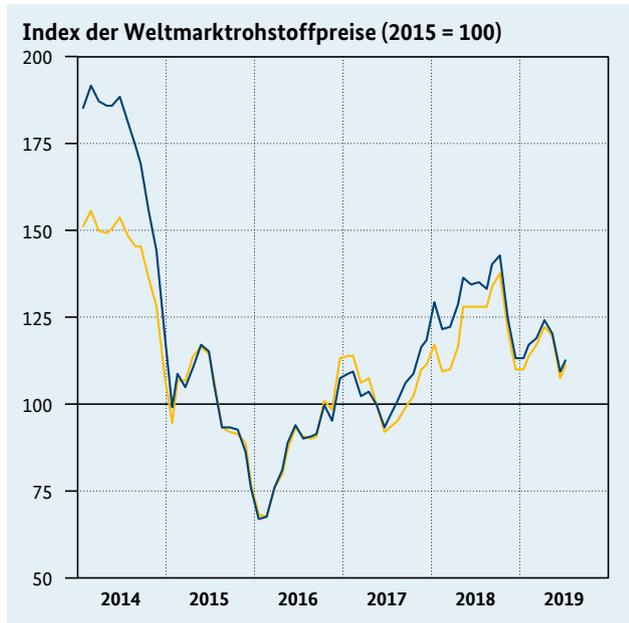
2 Index 2015 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

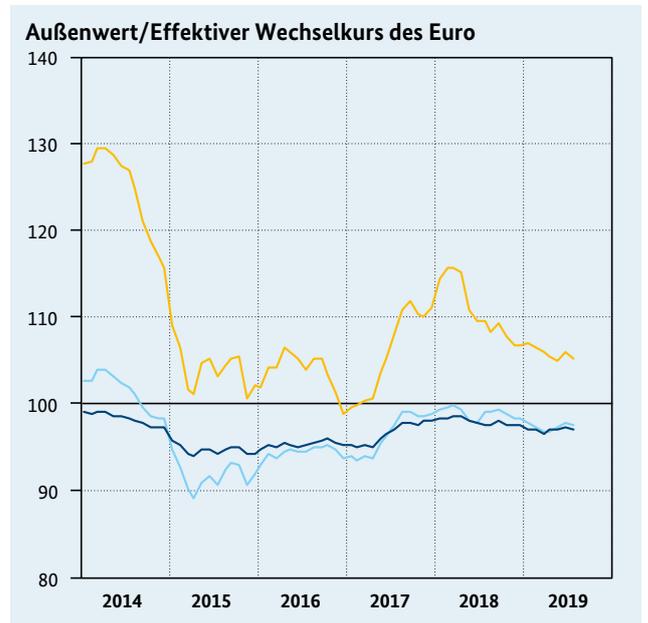
4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

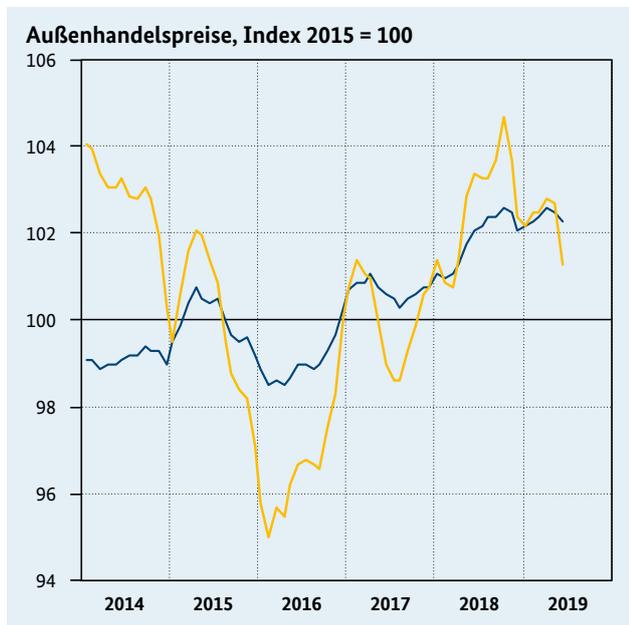
Bundesrepublik Deutschland



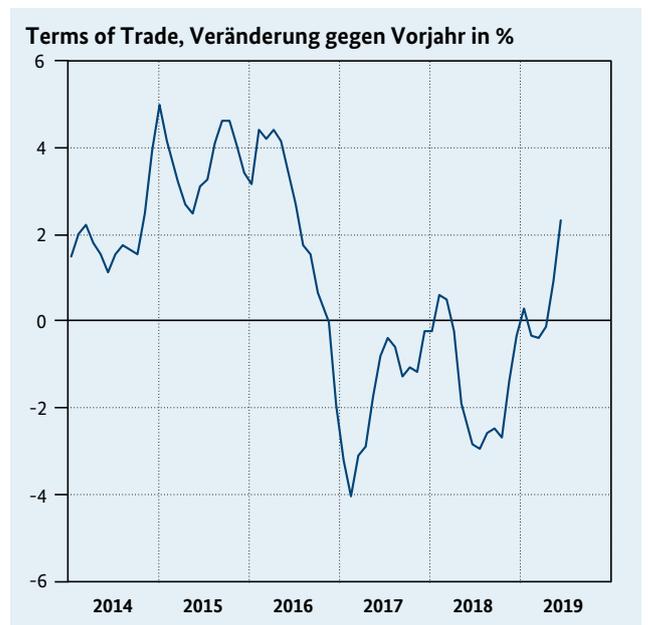
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro¹;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit²



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

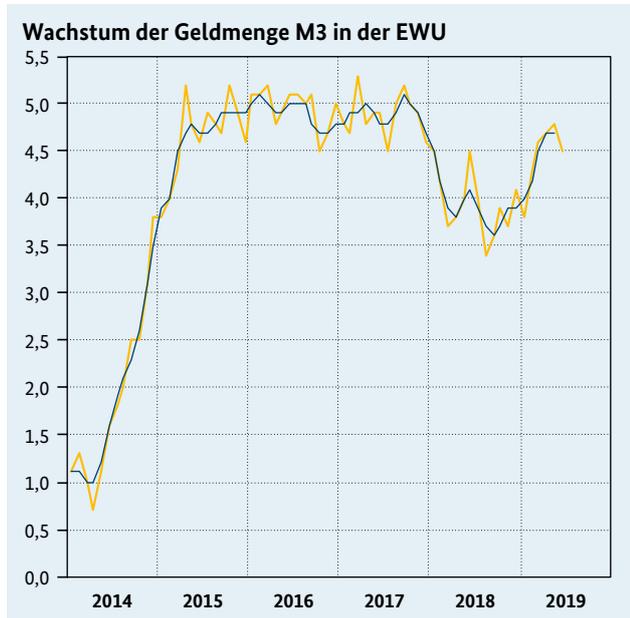
7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2018		2019		2019					
		2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-0,37	-0,42	-0,42	-0,41	-0,43	-0,41	-0,42	-0,41	-0,40	-0,41	-0,41	-0,42	-0,42
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,25	-0,33	-0,33	-0,32	-0,32	-0,31	-0,31	-0,31	-0,31	-0,31	-0,31	-0,32	-0,34
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,16	-0,26	-0,27	-0,27	-0,25	-0,23	-0,25	-0,23	-0,23	-0,23	-0,24	-0,28	-0,35
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,04	-0,15	-0,17	-0,17	-0,14	-0,11	-0,14	-0,11	-0,11	-0,11	-0,13	-0,19	-0,28
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	0,12	0,09	0,09	0,09	0,11	0,10	0,11	0,10	0,09	0,10	0,10	0,10	0,08
Umlaufrendite 3–5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	-0,51	-0,51	-0,32	-0,37	-0,36	-0,45	-0,58	-0,45	-0,46	-0,50	-0,57	-0,67	-0,73
Umlaufrendite 5–8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	-0,28	-0,15	0,04	-0,04	-0,04	-0,22	-0,41	-0,22	-0,26	-0,31	-0,38	-0,53	-0,59
Umlaufrendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,09	0,32	0,40	0,31	0,30	0,07	-0,16	0,06	0,01	-0,04	-0,13	-0,31	-0,39
Geldmenge (Euroraum)														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	9,1	9,1	7,2	6,7	6,7	6,8	7,3	6,6	7,5	7,4	7,2	7,2	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	5,1	5,1	4,5	4,2	4,3	4,6	5,2	4,5	5,2	5,3	5,2	5,0	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	5,0	4,9	4,0	3,7	3,9	4,2	4,7	4,3	4,6	4,7	4,8	4,5	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monats-Durchschnitt ²	gg. Vj. in %	4,9	4,9	3,9	3,7	3,8	4,2	-	4,2	4,5	4,7	4,7	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ²	gg. Vj. in %	1,6	2,6	2,9	3,3	2,9	3,0	3,0	3,2	3,0	3,2	2,8	3,1	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	1,4	2,0	2,8	3,3	2,8	3,0	3,2	3,1	2,9	3,4	2,9	3,2	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	2,8	3,6	4,3	4,3	4,1	4,1	4,3	4,2	4,3	4,3	4,3	4,4	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	3,0	3,6	4,6	4,8	4,8	4,9	5,2	5,0	5,0	5,1	5,2	5,2	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	2,1	3,6	5,6	6,0	5,8	6,0	6,5	6,0	6,1	6,1	6,6	6,9	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	0,1	0,2	10,8	12,5	9,2	9,3	8,5	9,6	9,4	7,9	6,5	11,0	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	2,3	2,3	4,9	6,3	7,4	8,8	13,1	8,8	9,4	11,3	15,5	12,6	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	2,5	4,6	4,5	4,5	4,7	4,7	4,8	4,6	4,7	4,8	5,0	4,8	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	2,9	3,1	3,4	3,4	3,5	3,6	4,1	3,6	3,6	3,8	4,2	4,2	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	3,7	4,1	4,7	4,7	4,8	4,9	5,2	4,9	4,8	5,2	5,3	5,1	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	10196	12441	12243	12409	11280	11258	12110	11281	11543	12082	12091	12158	12407
	gg. Vp. in %	-7,1	22,0	-1,6	-2,0	-9,1	-0,2	7,6	3,0	2,3	4,7	0,1	0,6	2,0
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	3005	3490	3382	3421	3160	3214	3418	3223	3333	3462	3385	3406	3508
	gg. Vp. in %	-12,8	16,1	-3,1	-1,6	-7,6	1,7	6,4	4,5	3,4	3,9	-2,2	0,6	3,0
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	2093	2448	2743	2850	2690	2722	2882	2756	2804	2904	2853	2890	2996
	gg. Vp. in %	1,5	17,0	12,1	5,4	-5,6	1,2	5,9	5,8	1,7	3,6	-1,7	1,3	3,7
Nikkei 225 ⁵	Index	16924	20199	22302	22669	21878	20969	21484	21084	21424	21992	21399	21060	21598
	gg. Vp. in %	-11,7	19,4	10,4	1,4	-3,5	-4,2	2,5	3,4	1,6	2,6	-2,7	-1,6	2,6

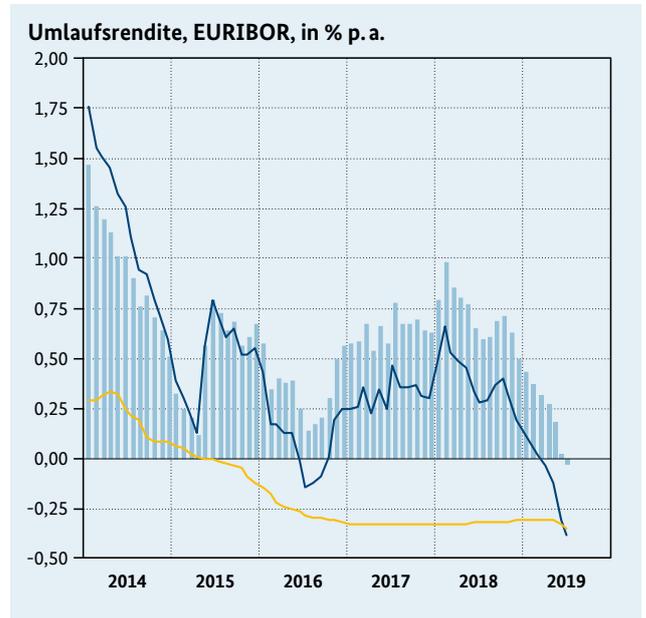
Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

- 1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate;
- 2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Ursprungszahlen;
- 4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 5 Kurs- bzw. Preisindex.

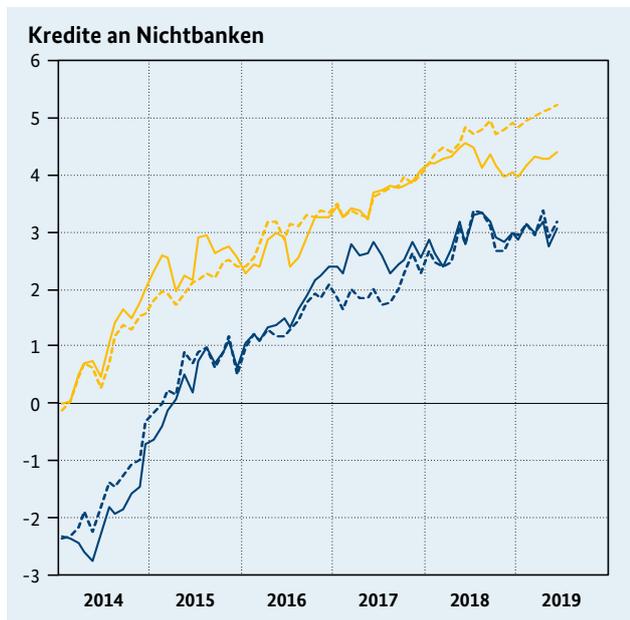
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



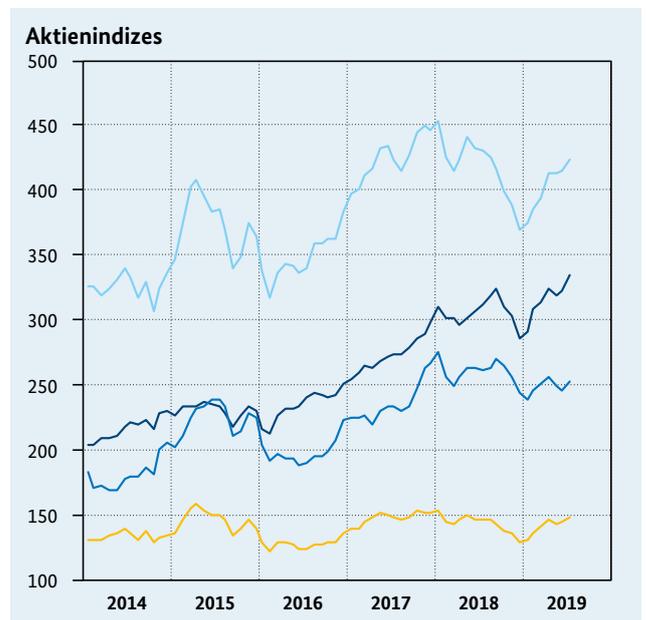
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monats-Durchschnitt



— EURIBOR 3-Monats-Geld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem so weit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Ogleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in sogenannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. Ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Artikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
September 2018	Demografischer Wandel und das Erwerbspersonenpotenzial von Frauen Ressourcenschonendes Bauen
Oktober 2018	Das neue Energieforschungsprogramm Systemübergreifende Forschung und „Reallabore der Energiewende“ als neues Förderformat Nichtigkeitsklage und Rechtsmittel: Schutz der Rechte von EU-Mitgliedstaaten und ihren Bürgern durch den Gerichtshof der Europäischen Union
November 2018	Aufschwung setzt sich fort Deutschland bekämpft Bestechung im Ausland
Dezember 2018	Konjunkturprognosen eine Dekade nach der Finanzkrise Unternehmen mit anhaltender Ertragsschwäche Workshop „Leistungsbilanzüberschüsse in Deutschland“
Januar 2019	Reallabore: Innovationen ermöglichen – Regulierung weiterentwickeln Künstliche Intelligenz – Strategie zur Entwicklung und Anwendung einer Schlüsseltechnologie Die EU-Datenschutz-Grundverordnung – Chancen, erste Praxiserfahrungen und Ausblick Der Weltpostverein im 21. Jahrhundert Referenzprojekte für den Erfolg auf Auslandsmärkten nutzen
Februar 2019	Jahreswirtschaftsbericht 2019: Soziale Marktwirtschaft stärken Kinderzuschlag und Midijob-Gleitzone Deutsch-Indisches Start-up-Programm: Brücken nach Indien bauen Die Internationale Fernmeldeunion im Zuge der digitalen Entwicklung
März 2019	Nationale Industriestrategie 2030 Für Klimaschutz, Stabilität und Wohlstand Startschuss für Freihandel zwischen der EU und Japan Konsultationsverfahren zur Blockchain-Strategie der Bundesregierung eröffnet Aktuelle Entwicklungen der europäischen Datenwirtschaft
April 2019	Der Vertrag von Aachen EXIST-Gründungskultur: Exzellente Start-up-Förderung wird in die Fläche getragen 100 Jahre Wirtschaftsministerium
Mai 2019	Aus Ideen werden Innovationen Das Nationale Reformprogramm 2019 Frühjahrsprojektion 2019 Schlüsseltechnologie Leichtbau Der LNG-Markt und LNG-Infrastruktur in Deutschland
Juni 2019	Wirtschaftsnetzwerk Afrika Das Thema Nachhaltigkeit hat die Mehrheit der Unternehmen erreicht

Ausgabe	Fachartikel
Juli 2019	Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse Sind große Unternehmen produktiver? Einflussfaktoren auf die gewerbliche Investitionsdynamik Internationale Energiewende-Konferenz – erneuerbare Energien haben großes Potenzial
August 2019	Wertschätzung – Stärkung – Entlastung. Eckpunkte der Mittelstandsstrategie Mitarbeiterkapitalbeteiligung. Ein Win-win-Instrument für Unternehmen und Beschäftigte Finanztransfers des Bundes – Bedeutung für gesamtstaatliche Investitionen Die pan-afrikanische Freihandelszone AfCFTA – der Weg zu einem integrierten, aufstrebenden und friedlicheren Afrika? Zwerge mit riesiger Verantwortung. Warum die Mikroelektronik für Europa so wichtig ist



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter:

<https://www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik.html>
